

**Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**

Klaus Schwabe

**Der 17. Juni 1953
in Mecklenburg und Vorpommern**

Reihe
Beiträge zur Geschichte
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 4

Schwerin 2007

© Copyright by
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstr. 8
19053 Schwerin
Deutschland

Druck
Turo Print GmbH
Zum Kirschenhof 16
19057 Schwerin

4. Auflage
Dezember 2007

ISBN 978-3-89892-749-9

Inhaltsverzeichnis

Zur 3. Auflage	4
Vorwort	5
Einleitung.....	6
1. Politische und wirtschaftliche Situation am Vorabend des Aufstandes.....	9
1.1 Folgen der Vereinigung von KPD und SPD	11
1.2 Stalinisierung der SED	13
1.3 Herrschaftssystem der SED in der Krise	17
1.4 Folgen der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft.....	19
1.5 Enteignung von Hotels und Pensionen.....	23
1.6 Konflikt zwischen Kirche und Staat.....	25
1.7 Widerstand an den Universitäten in Greifswald und Rostock	30
2. Der Aufstand in den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg	36
2.1 Werftarbeiter setzen sich zur Wehr	38
2.2 Streiks von Güstrow bis Ludwigslust.....	49
2.3 Proteste von Ueckermünde bis Teterow	53
3. Eine Niederlage und doch gewonnen	57
3.1 „Neuer Kurs“ oder Lernfähigkeit der SED?	58
3.2 Der Aufstand in der Wertung der SED-Führung.....	62
Anhang.....	66
Zeittafel	67
Lebensweg von Robert Dahlem	69
Literaturauswahl.....	73
Dokumentenauswahl (Abschriften)	74
Orts- und Personenregister.....	85
Der Autor.....	87

Zur 3. Auflage

Am 17. Juni 2003 jährt sich zum 50. Mal der Aufstand der Arbeiter in der DDR gegen die Herrschaft der SED. Der Abstand von fünfzig Jahren unter dem Blickwinkel, dass seit über einem Jahrzehnt im vereinigten Deutschland viel von dem erreicht wurde, wofür die Bauarbeiter in Berlin und die Werftarbeiter in Rostock, Stralsund und Wismar gekämpft haben, ist Grund genug, die ursprüngliche Fassung der Broschüre von 1993 zu überarbeiten und zu ergänzen.

Die Sicht auf die damaligen Ereignisse ist auch nach fünfzig Jahren bei Historikern und Parteien keineswegs einheitlich. Dabei sind es nicht nur regionale Unterschiede, etwa in der Beurteilung der Intensität der Aktionen, sondern auch bezogen auf die Ziele und Ergebnisse gibt es durchaus unterschiedliche Meinungen. Das ist heute in unserem Land Ausdruck von Normalität, wofür die Menschen in der DDR 1953 und 1989 auf die Straße gegangen sind. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte ist keineswegs abgeschlossen. Sie muss Anlass sein, darüber nachzudenken, was in der DDR an Positivem und Fortschrittlichem vorhanden war und welche negativen Erscheinungen zu den revolutionären Erhebungen von 1953 und 1989 führten. Erst eine solche Souveränität im Umgang mit der DDR-Geschichte ermöglicht es, Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Gegenwart zu ziehen.

März 2003

Klaus Schwabe

Vorwort

Der 17. Juni steht als Symbol für den Kampf gegen staatliche Willkür in der DDR. Viele Menschen haben den aufrechten Gang geprobt. Etliche sind in den Jahrzehnten der sozialistischen Diktatur in den Westen gezogen, oft gut ausgebildete Fachkräfte, die auf der anderen Seite der Grenze den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland mit gestaltet haben. Andere haben an der Mauer ihr Leben gelassen, wiederum andere wurden wegen „Republikflucht“ inhaftiert.

Im Westen war der 17. Juni ein Gedenktag, der „Tag der Deutschen Einheit“. Er war Anlass für Sitzungen des Deutschen Bundestages, in denen zur Wiedervereinigung Deutschlands Reden gehalten wurden. Diese Reden hinterließen bei denen, die in der DDR lebten, den Eindruck, als sei man im Westen auf die Deutsche Einheit und den Aufbau eines wiedervereinigten Deutschlands vorbereitet.

Heute wissen wir, dass sowohl der 9. November 1989 als auch der 3. Oktober 1990 für beide Seiten überraschend kam. Im damaligen Bonn gab es keine Schubladen, in denen Pläne für die Gestaltung eines wiedervereinigten Deutschlands in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit lagen. In Berlin ohnehin nicht.

Viele Menschen gestalten seitdem in Ost und West den Aufbau des wiedervereinigten Deutschlands mit. Ostdeutsche zogen und ziehen in den Westen, Westdeutsche kamen und kommen in den Osten. Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit bleiben die Grundwerte, die alle miteinander vereinen. Das besondere Aufbauwerk heute liegt im Umbau der Bundesrepublik Deutschland. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Dieses geschieht mit den Erfahrungen, die im Osten und im Westen gesammelt werden konnten. Die Beschäftigung mit dem 17. Juni 1953 und seiner Wirkungsgeschichte kann auch dazu einen Beitrag leisten.

Schwerin, März 2003

Dr. Gottfried Timm
Innenminister des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

Einleitung

Lange Zeit hielten die Archive in der DDR ihre Informationen über den Aufstand am 17. Juni 1953 unter Verschluss. Er passte nicht ins Bild von der kontinuierlich erstarkenden Republik und dem angeblich engen Bündnis von Partei und Volk. Jahrzehntlang wurde deshalb versucht, dem Klassegegner die Schuld für diese Ereignisse zu geben, getreu dem Grundsatz, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Generationen von DDR-Bürgern wuchsen mit den Informationen der Schulbücher auf, die eine Geschichtsklitterung darstellten.

Die SED erwies sich als unfähig, die wahren Ursachen des Aufstandes zu erkennen und schon gar nicht wollte sie dessen Ziel akzeptieren. Nicht verirrte Kleinbürger und ideologisch zurückgebliebene Teile der Intelligenz, auch nicht Reste aus dem kapitalistischen Bürgertum hatten sich gegen das sozialistische System erhoben, sondern die Arbeiterklasse, deren Führung sie beanspruchte, hatte zum Sturm geblasen. Ausgehend von der Stalinallee in Berlin verbreitete sich die Nachricht über den Streik mit Windeseile vor allem über westliche Rundfunkstationen. Kuriere wurden ausgesandt, um die Solidarität der Arbeiter auch in anderen Teilen des Landes herbeizuführen.

Nicht der Sturz der SED-Herrschaft stand am Vorabend des 17. Juni auf der Tagesordnung. Die Arbeiter wollten vor allem eine Rücknahme der Normerhöhung erreichen. Entsprechend der miserablen wirtschaftlichen Situation hatte das 13. Plenum des ZK der SED beschlossen, die Arbeitsnormen insgesamt um mindestens zehn Prozent zu erhöhen. Die schlechte Versorgung der Bevölkerung sowie die Erreichung der Ziele der 2. Parteikonferenz waren entscheidende Motive für diese Maßnahme. Die Schwere zwischen dem Verdienst, der bei Produktionsarbeiter durchschnittlich 320 Mark betrug und den Preisen, abgesehen von den Lebensmitteln, die überwiegend noch auf Karten ausgegeben wurden, vergrößerte sich zunehmend. Ein Vergleich mit der Bundesrepublik, der für viele DDR-Bürger durch eigene Reisen noch selbst gezogen werden konnte, erzeugte nicht gerade Begeisterung für eine sozialistische Entwicklung.

Eine Verschärfung der sozialen Konflikte war vorprogrammiert, zumal die Parteiführung nicht bereit schien, die Ursachen hierfür nicht zuerst bei sich selbst zu suchen. Diejenigen in der Spitze von SED und Regierung, die selbstkritisch analysierten und auch bereit waren, Fehler einzugestehen, wurden früher oder später als „Agenten des Imperialismus und Feinde des Sozialismus“ aus ihren Funktionen gedrängt. Mit den Ereignissen des 17. Juni stieß die SED offensichtlich an die Grenzen ihrer Macht und geriet in einen sichtbaren Konflikt mit einem Teil der Bevölkerung. Das es vor allem die Arbeiterklasse war und dazu

noch oftmals Mitglieder der SED wirkte als regelrechter Schock bei den Funktionären.

Acht Jahre nach dem Ende des Krieges musste die Besatzungsmacht mit den Mitteln ihrer militärischen Macht einschreiten, um das nach sowjetischem Modell installierte System zu retten. Ausnahmezustand und Panzer waren die entscheidenden Voraussetzungen für die Niederschlagung des Aufstandes und damit die Rettung der SED-Herrschaft. Im Zusammenwirken mit der Staatssicherheit und der Polizei gelang es, die Aktionen relativ schnell zu beenden. Im Gegensatz zu Berlin und anderen Bezirken wurde das im Norden der DDR ohne Blutvergießen erreicht.

Es erwies sich, dass die SED-Führung wichtige politische Strukturen in den wenigen Jahren ihrer Herrschaft nach ihren ideologischen Leitlinien geformt hatten. Eine oppositionelle Kraft, die in der Lage gewesen wäre, Führungsaufgaben in diesem Aufbegehren der Arbeiterschaft zu übernehmen, gab es nicht. Stets waren Ulbricht und seine Helfer darauf bedacht, jene Kräfte auszuschalten, die sich ihnen bei der Umgestaltung der Gesellschaft in den Weg stellten. In Mecklenburg und Vorpommern waren das beispielsweise die Sozialdemokraten Albert Schulz, Willi Jesse und Max Fank, der Christdemokrat Siegfried Witte und der Liberaldemokrat Arno Esch. Sie waren mit Tausenden anderen für ihren Widerstand ermordet worden, in den Westen geflüchtet oder in Gefängnisse gesperrt.

Es zeigte sich aber, dass neue Kräfte heran gewachsen waren und ehemalige Oppositionelle neu in Erscheinung traten. Ehemalige Sozialdemokraten, Mitglieder der SED und der anderen Parteien, Gewerkschafter und einfache Arbeiter standen nun an der Spitze von Streikleitungen und Komitees.

Die Nordbezirke der DDR gehörten gewiss nicht zu den Schwerpunkten des Aufstandes. In den Streiks, die in erster Linie durch die Arbeiterschaft in den größeren Betrieben getragen wurden, dominierten die traditionellen industriellen Zentren Berlin, Magdeburg, Halle, Leipzig und Chemnitz. Dennoch hatte der rasche Aufbau von Industriebetrieben in der Küstenregion, wie das Dieselmotorenwerk in Rostock, die Werften in Warnemünde, Rostock, Wismar, Stralsund und Wolgast sowie den größeren Baubetrieben in den Bezirken Schwerin und Neubrandenburg zu einer erheblichen Konzentration von Arbeitern geführt. Die Solidarität mit den Aufständischen Berlins wurde sofort nach bekannt werden der Ereignisse spontan in eigene Aktionen umgesetzt.

Die sowjetischen Kommandanten und SED-Bezirksleitungen reagierten mit entsprechenden Gegenmaßnahmen. Der Ausnahmezustand wurde angeordnet, Verhaftungen der sogenannten Rädelsführer vorgenommen und Agitatoren wurden zu den Streikenden geschickt.

Diese Arbeit soll ein Beitrag sein, die Aktivitäten im Norden der DDR um Umfeld des 17. Juni 1953 aufzuarbeiten. Die Ursachen, Gewinner und Verlierer des Aufstands werden benannt. Die Quellenlage ist insgesamt lückenhaft und einseitig. Informationen liefern die Berichte der BDVP sowie Einschätzungen und Wertungen der SED-Bezirks- und Kreisleitung. Quellen aus der Streikbewegung konnten nicht ermittelt und Teilnehmer der Ereignisse nicht befragt werden. Auch war eine Einsichtnahme in Unterlagen sowjetischer Archive nicht möglich.

Rücksichtslos setze die SED ihren Machtapparat ein, um ihre Herrschaft nach dem Aufstand zu festigen. Die nachfolgenden Jahre bestätigten: „Wenn politische Macht den von ihr beherrschten Staatsapparat zum Zentralorgan für die Gestaltung von Gesellschaft ausbaut, dann ist jene Schwelle rasch überschritten, die eine legitimierbare Gewaltausübung von Kriminalität trennt. In dem Maße, wie das Erziehungswesen, die Wirtschaft, die Medien und vor allem auch die Rechtsprechung an die Vorgaben der herrschenden Politik gebunden werden, entfallen wirksame Kontrollmöglichkeiten gegenüber Unfähigkeit, Korruption, Böswilligkeit, Vermessenheit und Abenteuerertum im Machtzentrum der Gesellschaft.“¹

¹ Joachim Kahlert, Regierungskriminalität und politische Justiz arbeiten Hand in Hand. 3. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, 16. bis 17. Juni 1992. Dokumentation, S. 5.

1. Politische und wirtschaftliche Situation am Vorabend des Aufstandes

Wenn der Aufstand der Arbeiter auch spontan und ohne eine führende Kraft erfolgte, so entsprachen die Ursachen doch weitgehend dem klassischen Muster revolutionärer Erhebungen. Neben grundlegenden sozialen Forderungen nach besserer Versorgung mit Lebensmitteln, Wohn- und Arbeitsbedingungen, erweiterten sie sich sehr schnell durch politische Positionen und trafen damit das Herrschaftssystem der SED. Die Forderung nach demokratischen Veränderungen, freien Wahlen und Aufhebung der Alleinherrschaft der SED war verbunden mit der Absetzung der Regierung, Bestrafung einzelner Verantwortlicher, wobei Walter Ulbricht im Zentrum der Kritik stand und seine Ablösung gefordert wurde.

Die soziale Ausgangssituation nach dem Krieg war für Mecklenburg und Vorpommern in mancherlei Hinsicht schwieriger als in den übrigen Teilen der sowjetischen Besatzungszone. So hatte die Region im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung den höchsten Anteil an Flüchtlingen und Umgesiedelten aufzunehmen. Um über eine Million Menschen erhöhte sich die Bevölkerung und dazu zogen Tausende durch das Land in Richtung westliche Besatzungszonen. Der Leiter der Medizinalabteilung in der Landesregierung beschrieb den Zustand der in Mecklenburg Ankommenden: „Hunderttausende Umsiedler erreichten uns in total ver-seuchtem Zustand, verlaust, wie es für europäische Be-griffe unvorstellbar war...durch Verlust der Heimat, ihrer Familien... Hab und Gut sind sie in einem solchen Zustand der Resignation, Apathie, Indolenz und Demoralisation, der unvorstellbar ist.“²

Verpflegung, Wohnung und Arbeit für diese große Anzahl von Menschen war eine Herausforderung für die Verwaltung des Landes, wie sie bisher in der Geschichte des Landes noch niemals vorgekommen war. Die Nahrungsmittelreserven waren im Krieg gänzlich aufgebraucht worden und die Lebensmittelindustrie verfügte nur über wenig Rohstoffe für die Produktion. Hunger war zumindest für die ersten Jahre insbesondere für die Flüchtlinge täglicher Begleiter.

Wohnraum war angesichts dieser Massen bei weitem nicht ausreichend vorhanden. Vor allem in den Städten, wo ein beträchtlicher Teil der Wohnungen zerstört war und somit jede Möglichkeit genutzt werden musste, den Menschen zumindest eine zeitweilige Bleibe zu vermitteln. Flüchtlingslager wurden errichtet, Hotels, Guts-häuser wurden belegt und privater Wohnraum von Einheimischen eingeschränkt und nebst Mobiliar beschlagnahmt.

² LHA Schwerin. MdI, Nr. 121 a, Bl. 127.

Arbeit fanden die Menschen in der Landwirtschaft, in der Demontage von Betrieben und Einrichtungen, bei der Beseitigung zerstörter Häuser und Betriebe und deren Wiederaufbau. „Die Demontagen und Reparationen mit ihren langfristigen Auswirkungen belasteten die Lebensverhältnisse der gesamten Bevölkerung. Sie verstärkten die Folgen der Kriegszerstörungen erheblich.“³

Die Sowjetunion besaß nach dem Potsdamer Abkommen mit der obersten Regierungsgewalt und war dafür verantwortlich, das politische und wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu setzen sowie für eine Normalisierung der Lebensverhältnisse der Menschen zu sorgen. Insofern hatte sie abzuwägen zwischen der Entnahme materieller Güter, Entzug von Arbeitskräften, Wissenschaftlern und Technikern und dem Wiederaufbau des Landes. Darüber hinaus hatte sie ein Interesse daran, die entstandene Lage nach dem Krieg zu nutzen, um ihren Einfluss in Europa dauerhaft auszudehnen und damit ihre Position gegenüber den USA zu stärken. SMAD, SMA der Länder sowie die örtlichen Kommandanten verfügten über weitreichende Kompetenzen hinsichtlich der Struktur der Wirtschaft und auch der personellen Zusammensetzung von Leitungen der Betriebe und zugelassenen Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen.

Daneben existierte die ernannte Landesverwaltung bzw. die im Dezember 1946 gewählte Landesregierung mit dem Charakter einer Auftragsverwaltung und somit eingeschränkter Eigenständigkeit bei der Umsetzung der Anweisungen der Besatzungsmacht. Wiedereingangssetzung der Wirtschaft war verbunden mit einer grundlegenden Strukturreform, die das sowjetische Entwicklungsmodell zum Vorbild hatte und den ideologischen Intensionen von KPD/SED entsprachen. In Mecklenburg und Vorpommern wurde mit der Durchführung der Bodenreform das Zentrum wirtschaftlicher Macht zugunsten der Kleinlandwirte, die wirtschaftlich und politisch völlig abhängig waren, verändert. 2000 Güter, 472 Domänen und 1157 Bauernwirtschaften aktiver Nationalsozialisten fielen unter die Enteignung.⁴ Schon bald bestätigte sich, dass die Bodenreform nicht im Interesse der Neubauern durchgeführt wurde, obwohl zunächst ca. 80 000, unter ihnen viele Flüchtlinge, mit der Landzuteilung Arbeit und eine Existenz erhielten. Trotz enormer Schwierigkeiten erholte sich allmählich die Landwirtschaft in Mecklenburg und Vorpommern. In der Tier- und Pflanzenproduktion wurden schon nach wenigen Jahre die Vorkriegserträge erreicht. Aber Anfang der 50er Jahre begann mit der Zwangskollektivierung ein erneuter tiefgreifender politischer Eingriff in die landwirtschaftliche Entwicklung. Wie viele Gutsbesitzer 1945, so wurden nun massenhaft die Bauern von ihren Höfen vertrieben.

³ Kathrin Möller, Wunder an der Warnow. Zum Aufbau der Warnow Belegschaft in Rostock-Warnemünde (1945 bis 1961), Bremen 1998, S. 37.

⁴ Klaus Schwabe. Arroganz der Macht – Herrschaftsgeschichte von KPD und SED in Mecklenburg und Vorpommern 1945 – 1952. Schwerin 1997, S. 39.

Die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher nach den Bestimmungen der alliierten Siegermächte wurde genutzt, Betriebe zu sogenanntem Volkseigentum zu überführen. In Mecklenburg waren bis 1949 annähernd 900 Betriebe davon betroffen.⁵ Damit schuf sich die SED eine Basis wirtschaftlicher Macht, die sie in der Folgezeit systematisch erweiterte. Begleitet war diese Entwicklung von Verletzungen der Menschenrechte, Rechtsbeugung und Willkür. Eine massenhafte Flucht in den Westen setzte ein und begleitete die DDR bis zu ihrem Ende.

Für die Umsetzung dieser Politik wurde durch den Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 mit der Zulassung eines Parteiensystems die Voraussetzung geschaffen, in der sowjetischen Zone die Sowjetisierung zu betreiben ohne selbst dabei in der Öffentlichkeit als Initiator dieser Politik zu stehen. Die KPD bzw. SED übernahm die Rolle, ein System aufzubauen, das den Wünschen der Besatzungsmacht in jeder Hinsicht gerecht wurde und gleichzeitig den eigenen Vorstellungen folgte. Abgesehen von einigen taktischen Varianten sowjetischer Nachkriegspolitik bestand grundsätzliche Übereinstimmung darin, den Kapitalismus zu liquidieren und dafür ein sozialistisches System aufzubauen.

Zu den Bedingungen für die erfolgreiche Durchsetzung dieser Strategie gehörte, dass alle neu gebildeten politischen Parteien und Organisationen diese Zielsetzung grundsätzlich akzeptierten. Freiwillig würden aber weder die Sozialdemokraten noch die Mitglieder der bürgerlichen Parteien sich der Linie der Kommunisten unterordnen. Man musste also ein Konzept finden, um diese Akzeptanz zu erreichen. Das Vorbild für diesen Weg war die Politik Stalins, modifiziert entsprechend den deutschen Bedingungen. Ausschaltung von Freiheit und Demokratie mit den Mitteln des Zwangs, der Manipulierung und des politischen Drucks konnte die Devise nur lauten. Dabei waren die Forderungen der Antihitlerkoalition hilfreich und die Präsenz der Besatzung eine Garantie für den Erfolg.

1.1 Folgen der Vereinigung von KPD und SPD

Zunächst galt es, den sozialdemokratischen Einfluss in der Bevölkerung zu verringern. Zu diesem Zweck wurden antifaschistische Aktionsausschüsse von KPD und SPD ab Juli 1945 mit dem Ziel gebildet, das einheitliche Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten beim Verwaltungsaufbau, in der Personalpolitik und bei der Verwirklichung der Befehle der Besatzungsmacht zu garantieren. Die Ausschüsse wurden zu einem entscheidenden Instrument auf dem

⁵ Klaus Schwabe. Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1945 – 1949. Reihe Geschichte Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro M/V. Schwerin 2000, S. 13.

Weg zur Vereinigung beider Parteien. Schon frühzeitig hatte sich eine oppositionelle Bewegung gegen die Vereinigung gebildet. Sein Zentrum befand sich in Rostock und wurde von Albert Schulz und Willi Jesse geführt. Gemeinsam waren sie mit vielen anderen Sozialdemokraten bemüht, die Selbständigkeit der SPD in Mecklenburg und Vorpommern zu erhalten.

Die KPD-Führung intensivierte im Herbst 1945 ihre Bemühungen zur Herstellung der Einheit. Sie wurde dabei unterstützt von den Befürwortern der Vereinigung im Landesvorstand der SPD um Carl Moltmann, Wilhelm Höcker und Xaver Karl. Noch im Januar 1946 wurden von Betriebsgruppen der SPD Resolutionen verabschiedet, die forderten, dass nur ein Reichsparteitag über die Vereinigung beschließen könne, wobei damit erreicht werden sollte, „...Entscheidungen zu verzögern und auf einen nicht fixierbaren Zeitpunkt in ferner Zukunft zu vertagen ...“⁶ Massiv schaltete sich die SMA ein und forderte die Rücknahme der Entschlüsse bzw. deren Widerruf. Vom Landesvorstand wurde eine „prinzipielle“ Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen gefordert und zugleich den Klärungsprozess in der SPD zugunsten der Befürwortung einer Vereinigung voranzutreiben. Im Zusammenhang mit der Rostocker Resolution vom 6. Januar 1956 erinnert sich Albert Schulz: „Unser Parteiblatt in Schwerin brachte an dem folgenden Tag einen ganzseitigen Artikel gegen unsere Entschlüsse in Rostock. Die Parteiorganisation in Rostock und ihre Führung wurden darin nach Strich und Faden verhauden. Wir waren wütend über unsere Parteizeitung. Ihr Chefredakteur Heinz Pohlmeier – vor 1933 in Hamburg – versicherte uns später vertraulich, der Artikel stamme weder aus seiner Feder noch aus der eines anderen Sozialdemokraten, sondern sei ihm von der SMA in Schwerin aufgezwungen worden. Der Artikel versuchte den Eindruck eines Schreibers der SPD-Landesleitung zu vermitteln. Selbst Pohlmeier wusste angeblich nicht, wer der Verfasser ist. Wir hörten später, dass er von Erich Glückauf von der Landesleitung der KPD stammte. So sah damals die Pressefreiheit für Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone aus.“⁷

Die Vereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg und Vorpommern am 7. April 1946 wurde später immer als freie Willensentscheidung von Sozialdemokraten und Kommunisten dargestellt. Dabei hatten weder die Einen noch die Anderen in der Mehrheit jemals die Möglichkeit, sich frei zu entscheiden, denn dazu fehlte ihnen vor allem die Sachkenntnis. Die Diskussion über ideologische und politische Fragen aus der Vergangenheit wie auch über die Zukunft war unbefriedigend. Der Sozialdemokrat Robert Brinkmann aus Wismar, ein Befürworter der Einheit, sagt auf einer Versammlung: „Unser Blick geht vorwärts, und der Schritt soll

⁶ Andreas Malycha. Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Bonn 1995, S. LXXV.

⁷ Albert Schulz. Erinnerungen (Manuskript), S. 99.

ebenfalls vorwärts sein. Wir haben uns darüber zu unterhalten, was bringt die Zukunft für uns, und es sind so gewaltige große Aufgaben zu lösen, dass wir gar keine Zeit haben, das hervorzuholen, was uns einmal trennte. Mutig und kampfbereit geht der Weg vorwärts, und ich wünsche mit ganzem Herzen die Zeit baldigst herankommen, die Zeit, wo wir nicht mehr getrennt marschieren.“⁸

Die Kommunisten waren jedoch nicht gewillt, ihre Versprechen gegenüber den Sozialdemokraten einzuhalten, abgesehen von einigen Formalien, wie beispielsweise die doppelte Besetzung von Funktionen. Es entbrannte nun eine erbitterte ideologische Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED im Zuge ihrer Stalinisierung.

1.2 Stalinisierung der SED

Getreu der Losung „Aus den Erfahrungen der KPdSU lernen!“ verstärkte die Landesleitung ihre Aktivitäten zur Erhöhung der Qualität der politischen Führung aller gesellschaftlichen Bereiche. Ein wichtiges Augenmerk galt der Wirtschaft. Der Übergang zu zentralistischen Methoden der Planwirtschaft und der damit verbundenen Beschneidung der Kompetenzen der Länder war sichtbarer Ausdruck für diesen neuen Abschnitt. In einer erweiterten Landesvorstandssitzung am 8. Juli 1948 wurden die Aufgaben beraten, die sich für Mecklenburg aus dem Zweijahresplan 1949/50 ergaben. Der Plan sah für diesen Zeitraum erhebliche Steigerungen in der Produktion von Industrie und Landwirtschaft vor. Die Werften hatten sich darauf einzustellen, dass Zuwachsraten von über einem Drittel erreicht werden, und in der Landwirtschaft sollte der Versorgungsanteil mit einheimischen Produkten wesentlich erhöht werden. Für entscheidend hielt die SED jedoch die Erhöhung ihrer Führungsrolle durch eine verbesserte Leitungstätigkeit und den vorbehaltlosen Einsatz aller Mitglieder und Kandidaten für die Realisierung der Aufgaben. Die Entschließung des Landesvorstandes stellte deshalb fest: „Die gesamte Mitgliedschaft der Partei muss auf den Zweijahresplan eingestellt werden. Die erfolgreiche Durchführung des Planes hängt entscheidend ab von der ideologischen Klarheit und Einheit unserer Partei, von ihrer organisatorischen Festigung, von der Initiative, die jeder Funktionär, jedes Mitglied im Betrieb, auf dem Dorf, in der Verwaltung als auch in den demokratischen Massenorganisationen entwickelt.“⁹

Auch im Staatsapparat fand das seinen Niederschlag. Die Schlüsselministerien wurden von zuverlässigen SED-Mitgliedern geführt. Ministerpräsident Wilhelm Höcker hatte seine sozialdemokratische Vergangenheit vollständig abgelegt,

⁸ LA Greifswald. BPA Rostock, Nr. III/6.

⁹LHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/L/1/128.

Johannes Warnke leitete das Ressort Inneres, Bernhard Quandt das für Mecklenburg außerordentlich wichtige Landwirtschaftsministerium, Gottfried Grünberg das Ministerium für Volksbildung und Alfred Starosson das Ministerium Handels und Versorgung. Darüber hinaus waren die Hauptabteilungsleiter aller Ministerien von SED-Mitgliedern besetzt und die Abteilungsleiter bis auf wenige Ausnahmen ebenfalls. Das war jedoch noch nicht immer die Gewähr dafür, dass die Linie der Partei auch ohne Abstriche durchgesetzt wurde. Selbst erfahrene Kommunisten wie Gottfried Grünberg und Bernhard Quandt gerieten in das Feuer der Kritik, weil sie sich nach Auffassung des Sekretariats der Landesleitung zeitweise mehr als Minister und weniger als Parteifunktionäre im Ministeramt verstanden. Während Quandt bei entsprechender Selbstkritik, vor allem im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in der Raiffeisengenossenschaft Güstrow 1950, mit einem blauen Auge davon kam, musste Grünberg die Funktion aufgeben, und er erhielt den Posten eines Generalsekretärs der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin.

Unablässig drehte sich das „Kaderkarussell“ im Landesvorstand und vor allem in den Kreisleitungen. Das Sekretariat der Landesleitung mit der Landespartei kontrollkommission untersuchte permanent die Vergangenheit der Funktionäre, insbesondere ihr Verhalten während der NS-Zeit, Aufenthalte während der Emigration, Leitungsstil, Familienverhältnisse, Freunde und prüfte ihre Ergebenheit gegenüber der Partei. Demokratie in der Partei wurde zusehends dem Zentralismus und der Parteidisziplin geopfert. Wer des Opportunismus, Objektivismus oder anderer Ismen verdächtig, nicht konsequent genug in der Durchsetzung von Parteibeschlüssen war oder sein eigenes Wohl über das der Partei setzte, wurde unter Umständen aus der Partei ausgeschlossen und hatte mit einem Funktionsverbot, in der Regel befristet, zu rechnen. Hierüber hatten nicht die Gremien zu befinden, die den Funktionär gewählt hatten, ganz gleich ob Parteifunktionär, staatlicher Leiter oder in einer gesellschaftlichen Organisation tätig, sondern das Sekretariat der Landesleitung entschied hierüber und setzte neue Kader ein.

Auffallend war, dass Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre verhältnismäßig viele Funktionäre sowohl aus der früheren SPD als auch der KPD in die Kritik gerieten. Eine erste große Parteisäuberung, als Umtausch der Parteidokumente deklariert, sollte die Treue der Mitglieder und Kandidaten zum Marxismus-Leninismus-Stalinismus feststellen. Viele bestanden diese Prüfung nicht. Die Gründe hierfür waren sehr unterschiedlich. Eine Gruppe weigerte sich, den Zentralismus in der Partei und vor allem der Wirtschaft mitzumachen. Zu ihnen gehörten Albert Schulz (Rostock), Max Fank (Stralsund), Karl Moritz (Wismar). Sie wurden in der Regel kriminalisiert und aus der Partei ausgeschlossen, oftmals strafrechtlich verfolgt und eingesperrt oder es gelang ihnen noch vorher, die DDR zu verlassen.

Andere waren offensichtlich mit den Aufgaben überfordert, die sich aus der Funktion ergaben. Ohne entsprechende Ausbildung mit geringer Schulbildung hatten sie als Funktionäre keinen leichten Stand. Eine weitere Gruppe hatte sich in den Augen der Parteiführung zu „Werkzeugen des Klassenfeindes“ machen lassen, was oftmals einher ging mit antisowjetischen Haltungen. Die wohl mit Abstand größte Gruppe bestand aus denjenigen, die nicht die erforderlichen moralischen Qualitäten für ihre Funktion besaßen und nicht ihrer Vorbildrolle gerecht wurden. Karrierismus, Alkoholismus, kriminelle Delikte, fortgesetzter Ehebruch, Misshandlungen in der Familie sind einige Vergehen, deren man sich schuldig machte.

Der Struktur- und Funktionswandel in der SED, der sich bis zum Abschluss der Herausbildung einer stalinistischen Partei neuen Typs bis 1952 hinzog, ist bedingt durch die Orientierung auf die Einführung des sowjetischen Modells des Sozialismus. Hierzu wurde eine Kaderpartei mit Funktionären benötigt, die ohne Vorbehalt die Parteilinie umzusetzen bereit waren. Neue und junge Kader kamen vorrangig aus den Produktionsbetrieben, waren in den Parteischulen mit dem Marxismus-Leninismus geschult worden und vor allem bereit, Parteidisziplin zu üben. Charakteristisch für diese Form von Disziplin war die bedingungslose Unterordnung der eigenen Person gegenüber den Zielen der Partei. Einzig der Wille der Partei, was im Prinzip nicht anderes bedeutete als die Richtlinien in Form von Parteibeschlüssen eines kleinen Führungszirkels, des Politbüros, war maßgebend.

Die SED-Führung benötigte zur Durchsetzung ihres Führungsanspruchs in der Gesellschaft den „Parteisoldaten“, dessen Denken nur insofern von Bedeutung war, wie es um die optimale Durchsetzung von Parteibeschlüssen ging. Dieser Anspruch war keineswegs gering, erforderte er doch die Überzeugung von der Richtigkeit dieser Beschlüsse. Deshalb wurde der Machtanspruch der SED stets mit allgemeinen Floskeln wie „Kampf für die Erhaltung des Friedens“ und „Alles für das Wohl des werktätigen Menschen“ kaschiert. Zugleich wurden die Feinde des Friedens und des Sozialismus konkret benannt. Je nach Bedarf war das der „amerikanische Imperialismus und seine Helfer in Bonn“, Titoismus, Maoismus oder Trozismus.

Mitglieder und Kandidaten der SED, die nicht bereit waren, ihr eigenes Leben ganz in den Dienst der Partei zu stellen, mit Ideologien und Theorien sympathisierten, die als parteifeindlich galten, wie etwa „Sozialdemokratismus, Objektivismus“ oder nicht dem Vorbild eines Genossen entsprachen, weil moralische Schwächen oder gar kriminelle Handlungen vorhanden waren, hatten mit Parteierziehungsmaßnahmen zu rechnen, die von der Parteikontrollkommission vom Kreis, Land/Bezirk oder der Zentrale nach einer inquisitorischen Untersuchung dem Sekretariat zur Beschlussfassung vorgelegt wurde.

Von Mai 1949 bis Oktober 1951 wurden in der Parteiorganisation des Landes Mecklenburg 5720 Parteistrafen durch die Kontrollkommissionen ausgesprochen. Davon waren 439 Verwarnungen, 551 Rügen, 304 strenge Rügen und 4426 Ausschlüsse. Es handelt sich hier um das Ergebnis der ersten großen Parteisäuberung nach dem Beschluss des Parteivorstandes vom 29. Juli 1948. Sie hatte zum Ziel, die Reinheit SED nach dem Prinzip „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich!“ herzustellen. Der Hauptstoß wurde dabei gegen den sozialdemokratischen Flügel geführt: „Wo trotzkistische und Ostbüroeinflüsse die Ursache [des Versagens] sind, muss die Parteikontrolle eingreifen und deren Träger vor der Mitgliedschaft entlarven, die Leitungen auf Zustände aufmerksam machen. So helfen wir der Partei, die Beschlüsse durchzuführen und erziehen sie zur Wachsamkeit gegenüber Abweichungen von der Generallinie der Partei und zum Kampf gegen feindliche Einflüsse und gegen die angloamerikanischen Agenturen.“¹⁰

Die Überprüfung aller Mitglieder und Kandidaten, wobei die Funktionäre aller Ebenen besonders gewissenhaft über sich in mündlicher und schriftlicher Form Auskunft zu liefern hatten, gehörte bis 1989 zum Ritual der Parteierziehung. Bei der Überprüfung 1951 galt als eine Besonderheit bei allen Mitgliedern, die bereits vor 1945 politisch tätig waren, ihr Verhalten während der NS-Zeit. Ein besonderes Augenmerk richtete sich sowohl auf die Zugehörigkeit oder Sympathie zu den Abweichungen von KPD und SPD wie SAP oder RGO als auch auf das Verhalten während der Emigration, wobei sorgfältig differenziert wurde, ob in ein westliches, östliches oder nördliches Land emigriert wurde. Für Mecklenburg und die Nordbezirke der DDR galt, wie anderswo auch, dass die Parteiüberprüfung selbst bei höchsten Funktionären zum Stolperstein in der Karriere werden konnte. Beispiele hierfür wäre der verdienstvolle Kommunist Erich Wiesner, der über ein Verschweigen der NSDAP-Mitgliedschaft seiner Lebensgefährtin in die Kritik geriet und Karl Mewis, der 1949 Sekretär der Landesleitung der SED wurde, 1951 die Nachfolge Kurt Bürgers im Amt des 1. Sekretärs der Landesleitung antrat und als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock mit besonderer Schärfe die Kollektivierung der Landwirtschaft vorantrieb, was ihm das Wohlwollen Walter Ulbrichts einbrachte. Er schaffte es immerhin in der Parteihierarchie bis zum Kandidaten des Politbüros, bis auch ihn seine Vergangenheit einholte. Das Resultat war auch hier das Ende seiner politischen Laufbahn, da er mit seiner Vergangenheit neue Konstellationen im Machtgefüge der SED störte.

Bei den Parteiüberprüfungen spielten stets machtpolitische Ziele einzelner Funktionäre eine Rolle. Ein Beleg hierfür ist die Tatsache, dass viele Funktionäre, besonders in Spitzenfunktionen später unter anderen Voraussetzungen rehabilitiert wurden.

¹⁰Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/4/8.

1.3 Herrschaftssystem der SED in der Krise

Mit dem 3. Parteitag der SED im Juli 1950 stellte die SED die Weichen für einen beschleunigten Ausbau der Wirtschaft. Die industrielle Produktion sollte sich gegenüber dem Vorkriegsstand verdoppeln. Der erste Fünfjahrplan, beschlossen im August 1950 erhob die Steigerung der Industrieproduktion von 23 auf 45 Mrd. Mark, die Erhöhung der Erträge in der Landwirtschaft um ein Viertel und die Steigerung des Volkseinkommens um 60 Prozent zum Gesetz.¹¹ Diese enormen Zuwächse sollten erreicht werden in einer Phase gesellschaftlicher Entwicklung, wo in der Industrie der Umstrukturierungsprozess nicht beendet war und in der Landwirtschaft mit der LPG-Bildung eine Entwicklung eingeleitet wurde, dessen wirtschaftliche und soziale Ergebnisse noch völlig ungewiss waren.

Am nachhaltigsten belasteten jedoch die negativen Auswirkungen der willkürlichen Eingriffe der SED in das gesellschaftliche Gesamtgefüge mit dem Ziel, die Entwicklung in ein marxistisch-leninistisches Korsett zu zwingen. Die Wirtschaftsplanung basierte sehr stark auf dem Wunschdenken der SED-Führung, dass diese Form der Wirtschaftsführung der kapitalistischen Marktwirtschaft überlegen ist. Deshalb kamen die Vorgaben für den Fünfjahrplan auch von der SED. „Die Ausarbeitung und der Vorschlag des Gesetzes über den Fünfjahrplan erfolgte von der Sozialistischen Einheitspartei.“¹² Mit dem Beschluss der 2. SED-Parteikonferenz 1952 den Aufbau des Sozialismus planmäßig zu beginnen, wurde diese Linie der „führenden Rolle der SED“ bestätigt. Bei vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie blieben für den Ausbau der Konsumgüterproduktion und den Wohnungsbau wenig übrig. Der Zentralismus in der Planung und Leitung der Wirtschaft ließ den Ländern keine Möglichkeit, an diesem Missverhältnis zwischen den Wirtschaftszweigen etwas zu ändern. Nach diesem Muster waren die Länder und später die Bezirke in ihrem Handlungsspielraum stark eingeschränkt. „Landesregierung und Landesparlament wurden in dieser Entwicklung der Zentralisierung und der „Gleichschaltung“ von Länderkompetenzen zu nachgeordneten Organen, die die zentralen Verordnungen und Vorgaben der DWK und dann der DDR-Regierung bzw. Volkskammer nachzuvollziehen hatten.“¹³ Unter diesen Bedingungen war an einer freien Wirtschaftsführung nicht zu denken. In der Folge ergab sich eine Versorgungskrise, die nur durch das Lebensmittelmarkensystem gemildert wurde, das auf Grund dieser Situation mehrfach zu ungunsten einzelner Bevölkerungsgruppen geändert wurde.

¹¹ Michael Sparing. Aktion Rose – Was geschah vor 40 Jahren? Greifswald 1993, S. 5.

¹² LHA Schwerin. Landtag Mecklenburg 1946 – 1952, Nr. 260.

¹³ Detlev Brunner. Die ernannte Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 1945-1946. (Manuskript), S. 6.

Mecklenburg nahm infolge seiner wirtschaftlichen Struktur und geographischen Lage unter den Ländern der Republik eine besondere Stellung ein. Daraus ergaben sich für die Weiterentwicklung dieser Region einige Möglichkeiten, die besonders auch im Interesse der Sowjetunion lagen. Was bereits Ende der vierziger Jahre von der Besatzungsmacht mit dem Ausbau der Werften befohlen war, wurde nun mit dem Aufbau einer leistungsfähigen Werftindustrie fortgesetzt. Bestehende Werften in Warnemünde, Rostock, Wismar und Stralsund sollten moderne Großwerften werden mit Spezialisierung Hochsee-, Flussfahrgast- und Fischereischiffbau. Damit verbunden war die Entwicklung einer bedeutenden Zubringerindustrie für die Produktion von Spezialerzeugnissen für den Schiffbau.¹⁴

Die reichen Vorkommen an Ton, Kalk, Kreide und Torf sollte nach dem Fünfjahrplan zur Errichtung einer auf diese einheimischen Rohstoffe verarbeitende Industrie führen. So war beispielsweise eine Verdreifachung der Ziegelproduktion anvisiert.

Eine weitere Richtung industrieller Entwicklung in Mecklenburg war der Aufbau einer leistungsfähigen Landmaschinenindustrie. Diese umfangreichen Vorhaben machten ein Investitionsvolumen erforderlich, das Mecklenburg nicht allein aufbringen konnte, was auch durch die zentralistische Wirtschaftsführung gar nicht mehr möglich war.

Trotz der beschleunigten industriellen Entwicklung blieb die Landwirtschaft der wichtigste Schwerpunkt in der Wirtschaft. Das System der Gutswirtschaften gab es nach der Bodenreform nicht mehr und die noch vorhandenen großbäuerlichen Wirtschaften hatten ein jährlich wachsendes Ablieferungssoll zu erfüllen, das wenig Mittel für die Reproduktion und Erweiterung übrig ließ. Systematisch wurde eine Politik der Großbauernverdrängung betrieben, obwohl gerade sie überproportional zur der Versorgung der Bevölkerung beitrugen. Ein Untersuchungsbericht aus dem Jahre 1952 kam zu dem Ergebnis (bezogen auf den Bezirk Schwerin): „Lediglich 20 % der Höfe sind wirtschaftsstark und investitionsfähig; 40 % können den Acker im notwendigen Intensitätsgrad bewirtschaften und das Ablieferungssoll erfüllen, jedoch kaum investieren; weitere 40 % zehren von der Substanz, leiden unter akutem Arbeitskräftemangel und haben hohe Kredit- und Ablieferungsschulden.“¹⁵ Dieser staatliche Druck, verbunden mit Schikanen und Willkürmaßnahmen zwang viele Bauern zur Aufgabe ihrer Wirtschaften und Flucht in den Westen, was ein Verlust an Fachwissen und Wirt-

¹⁴ LHA Schwerin. Ministerpräsidium, HA Wirtschaft, Nr. 109, Bl. 1 (Mecklenburg und der Fünfjahrplan).

¹⁵ Siegfried Kuntsche. Agrarwirtschaftlicher und sozialer Wandel durch Bodenreform und LPG-Bildung, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. 5, S. 78/79.

schaftskraft bedeutete, denn gleichzeitig blieben die Felder oftmals längere Zeit unbestellt. Noch katastrophaler wirkte sich die Misswirtschaft von Neubauern aus. Jährlich gaben Hunderte ihre Wirtschaft wieder auf, zogen in die Städte oder verließen Mecklenburg. 1951 waren etwa 5 Prozent der Höfe verlassen. Örtliche landwirtschaftliche Betriebe (ÖLB) wurden 1953 gebildet, um wenigsten einen Teil der verlassenen Betriebe aufzufangen.

1.4 Folgen der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft

Es ergab sich nun die Frage, wie man die große Zahl von Neubauern, die mit ihren 10 Hektar Land, einem unzureichenden Viehbestand und oftmals mangelhafter maschineller Ausrüstung, wieder zu einer leistungsfähigen Landwirtschaft führen kann, wobei ein Teil der Neubauern ihre Höfe rentabel bewirtschafteten. Mit der Genossenschaftsbildung erhoffte die SED-Führung auf dem Weg der kollektiven Großraumwirtschaft, die Ernährungssituation für die Bevölkerung entscheidend verbessern zu können und zugleich die Bauern weiterhin an das Land zu binden. Zunächst wurde der Eintritt in die LPG mit einer Vielzahl von Vergünstigungen gefördert wie Niederschlagung der Ablieferungsrückstände und Steuerschulden sowie Erlass der Kaufgelder für Bodenreformland u.a. Wer dennoch nicht eintreten wollte, wurde oftmals erpresst indem Gefängnisstrafen angedroht wurden für Ablieferungsrückstände oder sonstigen Schulden.

Das politische Ziel der Genossenschaftsbildung wurde durch die 2. Parteikonferenz vorgegeben und bestand in der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Land. Dem hatte sich alles andere unterzuordnen.

Mit der LPG-Gründung war aber auch beabsichtigt, die erheblichen sozialen Spannungen zwischen den Bauern abzubauen, die sich im Ergebnis der differenzierten Bauernpolitik der SED aufgebaut hatten. Ein einheitlicher Bauernstand mit einer gewissen sozialen Grundzufriedenheit hatte sich nach der Bodenreform niemals wieder hergestellt. In einer Analyse der Lage in der Bauernschaft heißt es deshalb: „Es macht sich eine gewisse Unruhe und ein Misstrauen gegenüber unserer Regierung in der Bauernschaft bemerkbar. Nach unserer Ansicht ist aber unsere Regierung bemüht, jedem Bauern, der unverschuldet in Not geraten ist, zu helfen. Es besteht auch die Gefahr, dass viele Neubauern aufgrund ihrer schlechten Wirtschaftlage ihre Siedlung abgeben wollen. Seitens der SED wird gebeten, durch eine baldige Änderung der Lage, die schlechte Stimmung der Neubauern zu heben.“¹⁶

In der Öffentlichkeit wurden die Grobauer pauschal als reaktionäre Elemente dargestellt, die den Aufbau des Sozialismus in der DDR sabotieren und deren

¹⁶ LHA Schwerin. Rat des Kreises Parchim, Nr. 55.

Hauptbetätigungsfeld in der Störung des Volkswirtschaftsplanes liegen würde. Während 1952 für die Genossenschaften ein Bündel von Fördermaßnahmen erlassen wurde erfolgten zeitgleich Verordnungen, die faktische eine Enteignung bäuerlichen Besitzes beinhalteten. „Das agrarwirtschaftliche Instrumentarium wurde so ausgestaltet, dass sich die Bedingungen der Wirtschaftsführung für Großbauern weiter verschlechterten. Eine neue Tarifordnung für Leistungen der MTS erhöhte im Januar 1953 die Gebühren für Großbauern auf mehr als das Doppelte. Kredite der Deutschen Bauernbank wurden begrenzt.“¹⁷ Die Bauern sollten wirtschaftlich gezwungen werden, in die LPG einzutreten. Das gelang jedoch nur in wenigen Fällen. Im Bezirk Schwerin konnte man bis September 1952 nur 5 Großbauern bewegen, in die LPG einzutreten und Anfang 1953 waren es 20. Andererseits wurden aber zahlreiche Großbauern gezwungen, ihre Höfe aufzugeben. Sie verließen die DDR und bauten sich in vielen Fällen in der Bundesrepublik eine neue Existenz auf. Auf diesem Weg kam man billig an das Eigentum der Bauern heran, denn ein Verlassen der Höfe führte zwangsläufig dazu, dass die Verpflichtungen in der Ablieferung nicht mehr erfüllt wurden. Das wurde strafrechtlich mit dem Vermögenseinzug verfolgt.

Mit hohem Tempo wurde die LPG-Bildung nach der 2. Parteikonferenz forciert. Ein Wettlauf zwischen den Bezirken begann, denn jeder wollte in der Gunst der Parteiführung ganz oben stehen. Der Bezirk Schwerin erwies sich als besonders eifrig bei der Gründung von Genossenschaften. Innerhalb weniger Monate, von September 1952 bis Januar 1953 stieg die Zahl der LPG-Gründungen von 13 auf 175.¹⁸ In den drei Nordbezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg bestanden zu diesem Zeitpunkt 400 Genossenschaften, von denen 350 LPG der Typen I und II entsprachen. Diese Formen des genossenschaftlichen Wirtschaftens lehnten sich an Erfahrungen des Genossenschaftswesens vergangener Jahre an. Obwohl die wenigsten der Mitglieder über eigene Erfahrungen in einer Raiffeisengenossenschaft verfügten, waren sie dieser Form gegenüber aufgeschlossen, weil sie in hohem Maße ein Mitspracherecht behielten, während sie die LPG Typ III als sowjetische Kolchos-Genossenschaft ablehnten. Entscheidende Voraussetzung für die Wahl des Typs war die Stabilität der Wirtschaft,

¹⁷ Siegfried Kuntsche. Agrarwirtschaftlicher und sozialer Wandel durch Bodenreform und LPG-Bildung, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. 5, S. 79.

¹⁸ Um den Bauern ihren Eintritt in die LPG zu „erleichtern“, konnten sie sich entscheiden, ob sie der LPG Typ I, II oder III beitreten wollten. Während sie beim Typ I ihre Wirtschaft als Privatbesitz erhielten und nur einer genossenschaftlichen Bewirtschaftung der Felder zustimmten, bedeutete Typ III die völlige Aufgabe der juristischen Selbständigkeit. Der eingebrachte Boden war zwar noch Privatbesitz, aber die Verfügbarkeit erheblich eingeschränkt. Wie sich später herausstellte, bedeuteten die Typen I und II nur Übergangsmodelle auf dem Weg zu Typ III.

abgesehen davon, dass die Bereitschaft zu Zugeständnissen in der Gründerphase noch relativ groß war. Gleichzeitig erhöhte sich aber der Druck auf die Bauern, da bei ihnen eine freiwillige Entscheidung für den Eintritt in die LPG in den meisten Fällen nicht zu erwarten war, selbst nicht bei Mitgliedern der SED. Allein im IV. Quartal 1952 wurden in den drei Nordbezirken ca. 300 Strafverfahren gegen Großbauern wegen Nichterfüllung des Ablieferungssoll durchgeführt. Das entsprach der Forderung Walter Ulbrichts, der hierin überwiegend eine bewusste negative Haltung zum Fortschritt, d.h. Sozialismus vermutete. „Aufgrund der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz und der Festlegung der Aufgaben der Staatsmacht in der DDR müssen die U-Abteilungen der Deutschen Volkspolizei dieser Frage eine besondere Bedeutung beilegen und entschieden besser an die Bearbeitung von Vorgängen gegen Großbauern bei Nichterfüllung der Ablieferung herangehen.“¹⁹

Eine Situation der Angst, Verfolgung und Repression wurde erzeugt, so dass viele von ihnen ihren Besitz, den sie in Generationen zusammengehalten hatten, aufgaben und in die Bundesrepublik gingen. Es kam vor, dass alle Großbauern mit ihren Familien eines Dorfes republikflüchtig wurden. Das hatte auch tiefe soziale und kulturelle Folgen für das Dorf, denn mit ihnen ging in der Regel der Kern der einheimischen Bevölkerung.

Aber nicht nur Großbauern verließen die DDR in großer Zahl. Im IV. Quartal 1952 waren es im Bezirk Schwerin 209 Neu-, Mittel- und Kleinbauern, zusammen mit den 124 Großbauern bedeutete es den Verlust von 333 Landwirten. In den ersten Monaten des Jahres 1953 setzte sich dieser Trend fort. Diese Politik repressiver Maßnahmen gegen die Bauern mit weitreichenden Folgen erzeugte eine negative Grundstimmung in der Bevölkerung, die sich in den Aktionen vom 17. Juni 1953 entlud.

Am 11. Juni 1953 wurden die Verordnung, die eine faktische Vertreibung der Großbauern von ihren Höfen darstellte, aufgehoben. Aber nur etwa ein Fünftel der von der Enteignung betroffenen Bauern wollte den Hof zurücknehmen.²⁰ Nur wenige kamen gar aus der Bundesrepublik wieder. Das Misstrauen gegenüber der SED und ihrer Politik saß bei ihnen tief. Wie sich später erwies, auch zu Recht.

Vorübergehend verlangsamte sich das Tempo der Zwangskollektivierungen, und in einigen Fällen traten Bauern wieder aus den Genossenschaften aus. Die Gründe hierfür lagen sowohl in ihrer mangelnden Attraktivität als auch im Wunsch, den Hof zu erhalten und in eigener Verantwortung zu wirtschaften.

¹⁹ LHA Schwerin. Rat des Bezirkes Schwerin, Nr. 1950.

²⁰ Siegfried Kuntsche. Agrarwirtschaftlicher und sozialer Wandel durch Bodenreform und LPG-Bildung, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. 5, S. 80.

Die generelle Aufgabe zur Bildung der Genossenschaften blieb aber auch nach den Ereignissen des 17. Juni bestehen. Vorübergehende Zugeständnisse, eine Verlangsamung des Tempos der LPG-Gründungen sind bestenfalls ein Beleg für die Verunsicherung der SED-Führung durch den Aufstand der Arbeiter. Schon 1958 wird das Tempo wieder verschärft, Zusagen an Bauern zurückgenommen und eigene Fehler in der Vergangenheit relativiert.

Die letzte Phase in der Zwangskollektivierung wurde zu einem Zeitpunkt eingeleitet, als sich viele Bauern wirtschaftlich erholt und auch ein Teil der Genossenschaften, dank der enormen Fördermaßnahmen, eine gewisse Stabilität erreicht hatten, aber für die meisten Bauern keine Alternative für ihre Wirtschaft darstellten.

1960 meldete der Bezirk Rostock als erster in der DDR dem Abschluss der Genossenschaftsbildung. Die Bezirke Neubrandenburg und Schwerin folgten kurze Zeit später. Angesichts der politischen Vergewaltigung der Bauern und der Vertreibung von ihrem Besitz war es eine Verhöhnung, wenn 1960 festgestellt wurde: „Die Volkskammer beglückwünscht die Bauern zu diesem Übergang zur genossenschaftlichen Produktion und stellt fest, dass der freiwillige Zusammenschluss aller Bauern in LPG, der den Interessen der Bauern und des gesamten Volkes entspricht, in völliger Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Entwicklungsgeboten und den Beschlüssen der Volkskammer steht.“²¹

Wenige Monate zuvor hatte Politbüromitglied Gerhard Grüneberg in einer Versammlung in Sternberg gedroht, wenn die letzten Bauern des Kreises sich nicht bald zum Eintritt in die LPG entschließen würden, müsste man mit ihnen in einer Sprache reden, die sie sicher verstehen würden. Sie haben verstanden, denn die Bezirksleitung der SED meldete das Ende der Zwangskollektivierung in einem Telegramm an Walter Ulbricht: „Wir können euch mitteilen, dass heute Abend auch die Kreise Hagenow und Ludwigslust der Bezirksleitung mitteilten, dass sie die Umgestaltung der Landwirtschaft abschließen konnten. Damit ist der ganze Bezirk vollgenossenschaftlich. Zu diesem Erfolg, an dem alle Kreisleitungen unserer Partei teilhaben, übermitteln wir allen Genossen die herzlichsten Grüße und Glückwünsche.“²² Kein Wort über die Tränen und das Leid derer, die gewaltsam von ihrem Eigentum getrennt wurden. Nach der Wende 1989 wurden die LPG`en aufgelöst. Bauern erhielten auf Antrag und nach Prüfung in der Regel ihr Eigentum zurück.

Für Mecklenburg und Vorpommern trug ein weiterer Eingriff in die Grundrechte der Bürger durch die SED dazu bei, dass sich die negative Stimmung weiter verstärkte. Es handelte sich dabei um die sogenannte „Aktion Rose“.

²¹ Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I (Berlin), 1960, Nr. 26, S. 255/256.

²² LHA Schwerin. Rat des Bezirkes Schwerin, Nr. 1034.

1.5 Enteignung von Hotels und Pensionen

Die SED-Führung beabsichtigte mit dieser Aktion, einen Bereich unter ihre Kontrolle zu bringen, von dem sie sich eine erhebliche soziale Aufwertung versprach, wenn sie die Vergabe von billigen Ferienplätzen nach eigenen Vorstellungen steuern könnte. Im eigenen Land sollten sich die Werktätigen erholen können, da die erforderlichen finanziellen Mittel für einen Urlaubsaufenthalt im Ausland ohnehin bei den meisten nicht vorhanden waren. Vor allem aber sollte ein weiterer „Hort des Kapitalismus“ zerschlagen und das Kleinbürgertum in ihren Einflussmöglichkeiten auf die Gesellschaft eingeeignet werden. Nicht zuletzt war beabsichtigt, die Hotelkapazität an der Ostseeküste unter staatlichem Einfluss um mindestens 50 Prozent in den nächsten Jahren zu erweitern.

Die Aktion wurde von der SED-Führung beschlossen, von der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei in Verbindung mit der Generalstaatsanwaltschaft der DDR geplant und von der Volkspolizeischule für Kriminalistik Arnsdorf ausgeführt. Eine Einsatzleitung wurde gebildet, zu der auch ein Vertreter der BDVP Rostock gehörte. Die zuständigen bezirklichen Partei- und Staatsorgane wurden erst wenige Tage vor Beginn der Aktion informiert und zu strengster Geheimhaltung verpflichtet.

Als offizielle Begründung mussten sogenannte kriminelle Machenschaften der Geschäftsleute herhalten. „Charakteristisch für die festgestellten strafbaren Handlungen, welche durch die Besitzer der Hotels, Pensionen und Wirtschaftsbetriebe begangen worden sind, ist, dass sie sich zu fast ca. 95 Prozent gegen wirtschaftsregelnde Gesetze vergangen haben. Die Verstöße wurden von den Beschuldigten seit 1945 laufend begangen. Im wesentlichen sind festzustellen, Schwarzhandel, Verderbenlassen von Lebensmitteln, Verfüttern von Speisekartoffeln an Schweine, Entzug von Lebensmitteln von den Werktätigen bzw. Urlaubern.“²³ Außerdem wurden die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946, die Wirtschaftsstrafverordnung vom 23.9.1948 sowie das Gesetz zum Schutz des Friedens vom 15. Dezember 1950 herangezogen.

Am 10. Februar, 8.00 Uhr, begann im gesamten Küstengebiet die Aktion und endete am 11. März 1953. 711 „Überprüfungen“ erfolgten bei denen in 527 Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. 447 Personen wurden verhaftet und 219 konnten vorher noch in den Westen fliehen.

In materieller Hinsicht war die „Aktion Rose“ außerordentlich einträglich. Nach eigenen Angaben wurden 621 Objekte mit einem sogenannten Einheitswert

²³ LA Greifswald. BDVP Rostock, 202/1 Nr. 105.

von 30 Mio. DM beschlagnahmt. An Bargeld und Konten wurden 1,6 Mio. DM sowie Schmuck und Wertsachen von ca. 300.000,- DM erbeutet. Auch bewegliche Güter wie Omnibussen, Personenkraftwagen, Lkw, Lieferwagen und Motorrädern sowie Fischerboote, Aggregate, Funkgeräte und einige Waffen wurden beschlagnahmt.²⁴

Die neuen Rechtsträger der enteigneten Objekte wurden die Ministerien für Staatssicherheit und des Innern und mehrheitlich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund. Staatssicherheit und Ministerium des Innern entzogen diese Objekte der öffentlichen Nutzung indem sie nur Angehörigen dieser Ministerien dort einen Urlaubsaufenthalt gestatteten. Es sollten noch Jahre vergehen bis der Feriendienst des FDGB so ausgebaut werden konnte, dass sich die Anzahl der Ferienplätze spürbar erhöhte. Zum Leidwesen derjenigen, die einen Ferienplatz suchten, war die in Jahrzehnten gewachsene kulturelle und touristische Struktur vieler bekannter Ostseebäder zerstört und Arbeitsplätze verloren, was den Ärger der Menschen noch erhöhte.

Trotz der hohen Geheimhaltungsstufe gelang es nicht, die Bevölkerung an der Küste aus dieser Aktion herauszuhalten. Bekannte und Verwandte waren plötzlich verschwunden, weil man sie eingesperrt hatte oder in andere Orte umgesiedelt hatte. Man sah sich veranlasst, Vergleiche mit den Menschenrechtsverletzungen in der NS-Zeit zu ziehen.

Eine Folge für die Gemeinden und Städte waren erhebliche Mindereinnahmen durch die ausbleibenden Urlauber und Gäste, Steuereinnahmen wurden drastisch reduziert.

SED- und Staatsführung reagierten in der Öffentlichkeit erstmals am 27. Februar 1953 mit einem Rundfunkkommentar, der am darauffolgenden Tag in der Ostseezeitung erschien. Er ist ein Beleg dafür, wie der Klassenkampf gegen vermeintliche Feinde der DDR geführt wurde. Nachdem der Versuch unternommen wurde, die Aktion zu rechtfertigen, indem die vermeintlichen Interessen der Werktätigen verteidigt wurden, kam der Kommentator zum Kern der kommunistischen Strategie, wie sie seit dem Ende des Krieges in der SBZ und der DDR verfolgt wurde: „...die ganze Handlungsweise ist typisch für die verfaulende kleinbürgerlich-kapitalistische Schicht, die entlang der Ostseeküste die Hotels und Pensionen besaß... es ist typisch, dass diese Figuren jetzt, wo die Werktätigen an der Macht sind, auf ihre Art Klassenkampf führen, indem sie die in ihre Hotels eingewiesenen Werktätigen betrügen, bestehlen, übervorteilen und schikanieren... Die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Grundlagen des Sozialismus schafft,... macht Schluss damit, indem sie Hotels und Pensionen, in denen bisher Arbeiter betrogen wurden, in Volks-

²⁴ Vgl. ebenda.

eigentum überführt und in Heime umwandelt, in denen sich die Werktätigen wohlfühlen können.“²⁵

Eine weitere Seite in der Politik der SED, die zu einer Verschärfung des Konfliktes mit der Bevölkerung führte, bestand in der Auseinandersetzung mit den sogenannten bürgerlichen Parteien, insbesondere den liberalen Studenten und Wissenschaftlern an den Universitäten Rostock und Greifswald.

1.6 Konflikt zwischen Kirche und Staat

Die Kirchen waren für die SED-Führung stets ein Faktor in der Herrschaftspolitik, der zu keinem Zeitpunkt ihrem Hegemoniestreben unterworfen werden konnte. Trotzdem waren Arrangements in mancherlei Fragen aber möglich, weil trotz aller Unterschiedlichkeit der Mensch mit seinen Bedürfnissen in der SED-Politik genauso wie in der Seelsorge der Kirchen eine elementare Rolle spielte. Hier lag ein Feld von Gemeinsamkeit wie Gegensätzlichkeit. Politik hatte hier zu vermitteln, Konfrontationen zu vermeiden und die Grenzen des jeweils anderen zu bestimmen. Dabei wird das Bild eines differenzierten Beziehungsgeflechts im Verhältnis von Staat und Kirche mit immer nebeneinander bestehenden kooperativen und konfrontativen Elementen sichtbar. Die beiderseits akzeptierte Trennung von Staat und Kirche sollte verhindern, dass die Kirche sich in die Politik des Staates einmischt. „Der Missbrauch der Kirche und der Religionsausübung zu parteipolitischen Zwecken ist verboten.“²⁶

Nach dem Ende des Krieges sah sich die Kirche dem Druck der staatlichen Behörden auf Veranlassung der Sowjetischen Militäradministration und der KPD bzw. SED ausgesetzt. Die Predigten der Pfarrer unterlagen der Zensur, der Religionsunterricht wurde nur widerwillig geduldet und weitgehend aus den Schulen verbannt. Auch die Bodenreform, in der Kirchenland zwar nicht veranlagt wurde, hatte dennoch erhebliche finanzielle Auswirkungen, da mit den Gutsbesitzern über 100 Hektar die potentesten Kirchensteuerzahler ausfielen. Zugleich sind aber deutliche Signale für eine Integration der Kirche und der gläubigen Bürger in das politische System erkennbar. So bemühte sich beispielsweise der damalige Landrat von Güstrow Bernhard Quandt darum, den Segen der Kirche für die Durchführung der Bodenreform zu erhalten. In der Frage des Religions-

²⁵ Zitiert aus Michael Sparing. Reaktionen und Verhalten der Staats- und Parteiorgane sowie der Bevölkerung während und nach der „Aktion Rose“ im Jahr 1953 (Diplomarbeit), Greifswald 1997, S. 28.

²⁶ Vgl. Verfassung des Landes Mecklenburg vom 15. Januar 1947, in: Klaus Schwabe. Verfassungen in Mecklenburg zwischen Utopie und Wirklichkeit. Reihe Geschichte Mecklenburg-Vorpommern Nr. 3. Schwerin 1993, S. 70.

unterrichtes bezogen sowohl die Landesleitung der KPD als auch der Landesvorstand der SPD eine den Kirchen entgegenkommende Haltung.

Vielleicht stärker noch als in anderen Ländern der SBZ drängte 1945 die “Bekennende Kirche”, die während der NS-Zeit der politischen und ideologischen Gleichschaltung entgegenzuwirken versuchte, auf die Wahrnehmung von Verantwortung für einen politischen Neuanfang. Indem exponierte Vertreter der “Bekennenden Kirche” wie die Pfarrer Karl Kleinschmidt, Aurel von Jüchen, Bruno Theek, Heinrich Schwarze u.a. sich parteilich zur SPD bekannten und nach der Vereinigung mit der KPD Mitglied der SED wurden, wird dieser Anspruch verdeutlicht. In einem Aufruf von Pastoren und Kirchenvertretern zu den Wahlen von 1946 wurde der Zusammenhang von Christentum und Sozialismus hergestellt und eine Parteinahme der Christen für den Sozialismus gefordert. In der SED seien Männer und Frauen vereinigt, “die am klarsten ein umfassendes, auf der Höhe der christlichen Ethik stehendes sozialistisches Aufbauprogramm vertreten, das die Menschenwürde jedes einzelnen achtet und schützt; die für die freie Entfaltung des religiösen Lebens ohne staatliche Einmischung in persönliche Glaubensentscheidungen eintreten und den Religionsunterricht bereits den Kirchen als deren ureigenstes Anliegen zurückgegeben haben. In freier Zusammenarbeit aller, die eine sozialistische Zukunftsgestaltung wollen, wurde ein Parteiprogramm geschaffen, dem wir als Christen unsere volle Zustimmung geben können... Gebt Eure Stimme geschlossen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!”²⁷ Mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft “Christentum und Sozialismus“, die über die Landesgrenze hinaus wirkte, beabsichtigten Kleinschmidt und von Jüchen eine Integration der Kirche in das politische System dieser Zeit. Aber selbst bei der SED-Führung gab es Vorbehalte, da die Mehrheit der Christen hierin eine Verletzung ihrer christlichen Würde erblickte. Dennoch war die SED-Führung bemüht, das in der Landesverfassung festgelegte moderate Verhältnis zwischen Staat und Kirche einzuhalten, zumindest es nicht zu offenen Konflikten kommen zu lassen. Von freier Entfaltung der Christen in der Kirche konnte jedoch keine Rede sein.

Ende der 40er Jahre verstärkten sich die Momente des Klassenkampfes in der Beziehung zwischen Partei und Kirche. Mit der Umbildung der SED zu einer stalinistischen Partei neuen Typus wurde der Religion der Kampf angesagt und die verfassungsmäßig garantierten Rechte in der täglichen Praxis drastisch eingeschränkt. Eine wirkliche Instanz der Beschwerde, etwa ein Verfassungsgericht, gab es indes nicht. Nur in Gesprächen mit staatlichen Stellen konnte eine einvernehmliche Lösung erreicht werden. Die SED hielt sich bei den von ihr provozierten Konflikten stets im Hintergrund. Die Kirche war für sie kein Verhandlungspartner, “da die SED aus ideologischen Gründen und wegen der

²⁷Vgl. LHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV/L/2/4/1195.

mitgliedschaftlichen Unvereinbarkeit von vornherein gehindert war, ihre verfassungsrechtlich verankerte politische Führungsmacht den Kirchen gegenüber auszuspielen.”²⁸

Die Zuspitzung des kalten Krieges und die politischen Auseinandersetzungen in den Nachbarländern Polen, Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei sowie die Auswirkungen des Konfliktes zwischen Stalin und Tito hatten auch für die Situation in der DDR Bedeutung. Die SED nutzte die Gelegenheit für den Versuch, vermeintliche Klassengegner und Feinde des Fortschritts ausfindig zu machen und war der Auffassung, diese insbesondere in Kirchenkreisen ausmachen zu können. Der Hirtenbrief von Bischof Dibelius zu Pfingsten 1949, in dem er die Verhältnisse in der SBZ mit denen der NS-Zeit verglich, war für die SED-Führung eine Bestätigung ihrer These von der offensichtlichen Verquickung maßgeblicher Kirchenkreise mit dem amerikanischen Imperialismus. Die Landesleitungen der SED erhielten vom Politbüro Anweisungen bezüglich ihres Verhaltens gegenüber den Kirchen. Die bisherige Politik der Differenzierung zwischen Kirchenführung und Gläubigen, selbst zwischen einzelnen Vertretern der Kirche sollte forciert werden. Unter „Differenzierung“ wurde ein „methodisches Grundprinzip der bewussten Beachtung objektiv vorhandener Unterschiede der operativen Bedeutsamkeit von Personen, Handlungen, Vorkommnissen, Erscheinungen...“²⁹ verstanden und auf unterschiedlichen Ebenen praktiziert. Die 1950 gebildete Nationale Front hatte hierbei eine maßgebliche Rolle zu übernehmen.

Widerstand an Schulen und Universitäten gegen die Übernahme Stalinscher Bildungs- und Erziehungspolitik war teilweise durch engagierte junge Christen getragen, die sich in der Jungen Gemeinde zusammengefunden hatten.

Die Junge Gemeinde hatte einen starken Zulauf. In Mecklenburg und Vorpommern gehörten ihr Ende 1952 annähernd 25.000 junge Menschen an. Das empfand die SED-Führung des Landes als eine ernste Bedrohung, zumal zunehmend in Städten und Dörfern von ihnen Probleme diskutiert wurden, die sich kritisch mit der politischen Entwicklung auseinandersetzen. Hierzu gehörten das Verhältnis von Christen und Marxisten in der DDR und die forcierte atheistische Propaganda an den Schulen, der Stellenwert von Freiheit und Freizügigkeit in der Zukunftsplanung junger Menschen, die Unmöglichkeit der Bildung einer christlichen Jugendorganisation neben der FDJ usw. Deshalb beschloss die Landesleitung der SED, mit repressiven Maßnahmen etwas gegen die Junge Gemeinde und ihre Mitglieder zu unternehmen. Besonders den Oberschulen galt ihre Aufmerksamkeit, weil hier die Jugendlichen der Jungen Gemeinde sowohl bei ihren Mitschülern als auch bei Lehrern Resonanz mit ihren kritischen Anmerkun-

²⁸Horst Dähn (Hg.). Die Rolle der Kirchen in der DDR - Eine erste Bilanz. München 1993, S. 28.

²⁹Vgl. Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 90.

gen fanden. Der Protest, der sich in den Aktionen der Jugendlichen widerspiegelte, richtete sich gegen die Verengung der Entfaltungsmöglichkeiten religiös gebundener Menschen, gegen die sich verschärfende Indoktrinierung an den Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen des Landes und gegen die heuchlerische SED-Politik besonders in der Frage der Erhaltung der Einheit des deutschen Vaterlandes. Nachdem die SED-Führung in den ersten Jahren um Einvernehmlichkeit und Toleranz gegenüber den Kirchen und Christen bemüht war, wollte sie es nun auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Ein deutliches Zeichen hierfür war auch der Ausschluss des prominenten SED-Mitglieds und Pfarrers Bruno Theek 1950 aus der SED und die Verhaftung und Verurteilung des Schweriner Pfarrers und SED-Mitglieds Aurel von Jüchen zu 15 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien.

Mitglieder der Jungen Gemeinde wurden in ganz Mecklenburg von Oberschulen relegiert und hatten sich als Studenten für ihr christliches Engagement zu rechtfertigen. Einer Weisung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Schwerin entsprechend - in Rostock und Neubrandenburg ist Gleiches angewiesen worden - sollte kompromisslos gegen jene Schüler vorgegangen werden, die sich gegenüber den Vorhaltungen der Schulleitung uneinsichtig zeigten. In einer Antwort auf eine Anfrage bei der SED-Bezirksleitung heißt es: „In der Zeit vom 27.3. - 2.4.1953 werden alle reaktionären Schüler der kirchlichen Jugendorganisation in den Versammlungen der Oberschulen entlarvt und von der Schule verwiesen. In den Versammlungen wird besonders gegen die feindliche Tätigkeit der Jungen Gemeinde Stellung genommen. Es ist damit zu rechnen, dass seitens der Kirche gegen diese Aktion Stellung genommen wird. Aus diesem Grunde sind in der Zeit vom 28.3. - 5.4.1953 alle Kulthandlungen der ev. und kath. Kirche zu überwachen.“³⁰

An allen Oberschulen fanden Versammlungen unter der von der SED-Führung vorgegebenen Thematik „Die Aufgaben der Oberschule beim Aufbau des Sozialismus“ statt. Neben Funktionären der SED-Kreisleitungen nahmen Parteisekretäre aus Betrieben an diesen Versammlungen teil, weil man sich über die Haltung der Lehrer und Eltern durchaus nicht im klaren war und verhindern wollte, dass für die auszuschließenden Schüler Sympathien bekundet wurden. Bereits in den vorhergehenden Parteileitungssitzungen hatte es sich gezeigt, dass die Meinungen über das rigorose Vorgehen gegen die Schüler geteilt waren. In Berichten heißt es, dass von einigen Eltern und Lehrern ein „versöhnlerisches Verhalten“ an den Tag gelegt wurde.

An der Schweriner Goethe-Oberschule kam es zu tumultartigen Vorgängen, weil die Mehrzahl der Schüler und auch einige Lehrer nicht mit der Relegation von vier Mitschülern einverstanden waren, denn sie besaßen Ansehen und konnten

³⁰Vgl. LHA Schwerin. BDVP, Nr. 13/91.

gute bis sehr gute schulische Leistungen vorweisen. Die Begründung für ihre Verweisung war keineswegs überzeugend und konnte nicht verbergen, dass hier ein tiefergehender Konflikt zu Lasten der Schüler ausgetragen wurde. So bei Peter M.: Er befolgt die Anordnungen des Lehrers nicht. Sein Vater war Angestellter, zuletzt Pastor. Albrecht-Joachim v. M.: M. sabotiert offen die FDJ-Arbeit, indem er unter den Mitgliedern der Jungen Gemeinde agitiert, lieber in der Kirche Laienspiele aufführt als in der FDJ. Vater ist Pastor. Jürgen P.: Die FDJ-Arbeit in seiner Klasse sabotiert er, indem er keinerlei Disziplin an den Tag legt und andere Jugendliche aufhetzt, dasselbe zu tun. Er ist aktiver Funktionär der Jungen Gemeinde. Ähnlich lautende Begründungen gab es auch bei der Verweisung von Schülern anderer Schulen.

Bischof Beste protestierte in einem Schreiben an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung gegen eine solche Verfahrensweise gegen Schüler und Eltern und betonte, dass unter diesen Umständen ein Keil in die Bevölkerung getrieben und die DDR an Ansehen verlieren würde. Ohne zunächst jedoch von dieser harten Linie abzuweichen, begann dann unter der Wirkung zentraler Weisungen ein allmähliches Umdenken. Die SED-Führung erfasste zwar, dass die Kirche nach wie vor ein hohes Ansehen in der Bevölkerung genoss und ein Einlenken angesichts schwelender gesellschaftlicher Konflikte angebrachter war als eine offene Konfrontation, aber dennoch kann es als Teil der Vorbereitung auf die 2. Parteikonferenz 1952 betrachtet werden, den Konflikt mit der Kirche erneut eskalieren zu lassen. Die SED-Führung schlug alle Warnungen in den Wind und verschärfte die atheistische Propaganda. Die marxistische Weltanschauung sollte zur allgemein dominierenden gemacht werden, was eine Zurückdrängung und Diffamierung des religiösen Glaubens einschloss. Dass es dabei vor allem darum ging, die Jugend an sich zu binden, indem der FDJ als einzig zugelassener Jugendorganisation das Monopol in der Jugend-erziehung eingeräumt wurde und die Volksbildung die atheistischen Inhalte von schulischer Bildung und Erziehung in das Zentrum stellte, ist eine Folge dieser Orientierung. Verstärkt wurden sowjetische Propagandaschriften übersetzt und massenhaft verbreitet. In einer dieser Broschüren hieß es: „Auf die antireligiöse Propaganda kann nicht verzichtet werden, da dies einen Verzicht auf den Kampf zwischen Wissenschaft und Aberglauben, zwischen dem Licht und der Finsternis, zwischen dem Fortschritt und der Reaktion bedeuten würde. Es ist die Pflicht eines jeden bewussten Menschen der sozialistischen Gesellschaft, zu Überwindung der religiösen Überbleibsel im Bewusstsein der Menschen beizutragen, die noch unter dem Einfluss dieses Erbes einer schweren Vergangenheit stehen.“³¹

Die atheistische Propaganda entsprach dem ideologischen Selbstverständnis der SED. Nach der Marxschen Vorgabe bedeutete die Religion „Opium für das Volk“,

³¹G. A. Gurjew. Wissenschaftliche Vorausschau - religiöses Vorurteil. Berlin 1958, S. 95.

woraus der Anspruch abgeleitet wurde, die Kirche als Träger von Religion und Glauben im Sozialismus systematisch zu eliminieren. Religion war nach Auffassung der SED-Führung ein Relikt der kapitalistischen Gesellschaft, das mit ihrer Liquidierung ebenfalls verschwinden würde. Allerdings war man sich der Tatsache bewusst, dass dies nicht im Selbstlauf geschehen würde. Nachdem der Versuch eines „Kirchenkampfes“ Anfang der 50er Jahre scheiterte, änderte die SED ihre Taktik, jedoch ohne Aufgabe des eigentlichen Ziels.

Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen dafür, dass es der SED niemals gelang, die Bevölkerungsmehrheit für den Sozialismus zu begeistern. „Die erbittertesten Feinde der Deutschen Demokratischen Republik konnten keinen heißesten Wunsch heben als den, einen Zwist zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der protestantischen Kirche hervorzubringen. Denn damit verlor die Deutsche Demokratische Republik heimliche Bundesgenossen und den aus den Verhältnissen selbst entsprungenen Resonanzboden innerhalb der Grenzen der deutschen Bundesrepublik. Jener heißeste Wunsch der Feinde der Deutschen Demokratischen Republik ist inzwischen erfüllt worden.“³²

1.7 Widerstand an den Universitäten in Greifswald und Rostock

Das Land Mecklenburg unterhielt 1950 zwei Universitäten in Rostock und Greifswald. Beide verfügten über eine Tradition widerständischen Verhaltens gegenüber der Staatsmacht. Der Geist der Wissenschaft konnte stets nur in Freiheit und Unabhängigkeit gedeihen. Die SED-Führung hatte die Absicht, hieran etwas zu ändern.

In beiden Universitäten gab es sowohl unter den Studenten als auch in den Lehrkörpern erheblichen Widerstand gegen die SED und ihren Führungsanspruch, der die Ideologisierung des Lehrbetriebes nach sowjetischem Muster beinhaltete. Seit Wiedereröffnung der Universitäten nach dem Krieg entwickelte sich ein Machtkampf, der Ende der vierziger Jahre erheblich an Schärfe zunahm als Reaktion auf Versuche der SED, den Lehrbetrieb marxistisch zu fundieren und Einfluss auf die Auswahl der Studenten und Dozenten zu nehmen.

In einer Beratung der Leitung der SED-Betriebsgruppe der Universität Greifswald 1949 wurde sowohl die schlechte Beteiligung an den Studentenratswahlen mit 70 Prozent kritisiert als auch die Tatsache, dass mit dem parteilosen Studenten Erich Londe, der bis 1946 der SPD angehörte, ein von den bürgerlichen Parteien unterstützter Kandidat die Mehrzahl aller Stimmen erhielt, und man befürchtete,

³² Ernst Niekisch. Denkschrift an den sowjetischen Hochkommissar W. S. Semjonow. Zitiert aus: 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand in der DDR, S. 177.

dass Londe „allzu leicht von der Studentenschaft als Exponent der SPD angesehen werden könnte.“ Die Ursache für das schlechte Wahlergebnis der SED-Kandidaten - sie erhielten den geringsten Stimmenanteil - sah man nicht in der Ablehnung des SED-Kurses in der Hochschulpolitik, sondern: „Es waren also äußere Hemmnisse, die zu dem schlechten Ergebnis der Wahl führten“.³³ Damit meinten sie die unzureichende Unterstützung durch den Landesvorstand der SED, überhebliches Auftreten einiger Genossen oder auch „mangelnde politische Erfahrung“. Aber schon bei der Wahl des Studentenrates 1950 konnte die SED ein befriedigenderes Ergebnis zur Kenntnis nehmen. Der neue Wahlmodus sowie die Zurückdrängung des Einflusses der bürgerlichen Parteien vor allem bei den Studenten und nicht zuletzt eine inszenierte Kampagne unter der Losung „Verschärfung des Klassenkampfes“. Im Ergebnis wurde die politische und ideologische Auseinandersetzung mit allen Kräften geführt, die sich dem Diktat der SED nicht unterordnen wollten. Das bedeutete eine weitere Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten an den Universitäten. Im Kern führte das zu einer Politisierung und Ideologisierung des Studiums und einer umfassenden Durchsetzung des Führungsanspruchs der SED. Konkret fand das seinen Niederschlag in einer „Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen“ vom 23. 5. 1949 und bedeutete eine erhebliche Einschränkung studentischer Rechte, wie z. B. die Mitsprache bei der Zulassung zum Studium, Vergabe von Stipendien usw. Die FDJ, die einzig zugelassene Jugendorganisation in der DDR, wurde von der SED zum bestimmenden Interessenvertreter der Studenten gemacht, wozu sie weder legitimiert noch in der Lage war.

Eine weitere Zielgruppe der SED-Hochschulpolitik war der Lehrkörper der Universitäten. An den Universitäten Rostock und Greifswald betrug der Anteil von Professoren und Dozenten bürgerlicher Herkunft mit einer wissenschaftlichen Ausbildung aus der Vorkriegszeit 1949 noch durchschnittlich 80 Prozent und an einigen Fakultäten wie Medizin, Jura, Philosophie und Naturwissenschaften bis zu 90 Prozent. Wenn auch die meisten Angehörigen der Universitätsleitung der SED angehörten oder ihr ergeben waren, auf eine große Zahl der Professoren und Dozenten konnte die SED sich nicht im Sinne ihrer politischen Doktrin bei der Umstrukturierung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses verlassen. Ein Ziel der SED war es deshalb, den Anteil der Genossen im Lehrkörper zu erhöhen, denn 1950 gehörten von den 110 Professoren, Dozenten, Lehrbeauftragten und Lektoren an der Universität Greifswald nur 30 der SED an. An der Rostocker Universität war das Verhältnis von Parteilosen bzw. Mitgliedern von Blockparteien und Mitgliedern der SED ähnlich.

Ab 1949 wurde mit der systematischen politischen Schulung des Lehrpersonals an den Universitäten begonnen. Die Teilnahme an diesen Lehrgängen wurde als

³³ LHA Schwerin. Bezirksleitung der SED Schwerin, Nr. 502.

moralische Verpflichtung deklariert. Allerdings wollten sich die Mitglieder der CDU und der LDP hierzu nicht zwingen lassen, da sie sich durch die Thematik der Veranstaltungen indoktriniert sahen.³⁴ An der Greifswalder Universität war neben dem Historischen und Germanistischen Institut die Philosophische Fakultät ein besonderer Schwerpunkt der SED-Attacken gegen Professoren und Assistenten. In einem Forschungsbericht über diese ideologisch geprägten Auseinandersetzungen wurde ausgeführt, dass eine besondere Aggressivität der Partei gegen den Philosophen Prof. Jacoby entfaltet wurde, da seine Vorlesungen „einen Feldzug gegen den Materialismus“ darstellten. Er ließ sich jedoch nicht disziplinieren mit der Folge, dass er am 14. April 1953 von Vorlesungen und Seminaren entbunden und sein Hilfsassistent fristlos entlassen wurde. Jacoby hatte die Meinung vertreten, dass an den Universitäten der DDR ein Lehrstuhl für bürgerliche Philosophie bzw. ein „freier Lehrstuhl“ eingerichtet werden müsse. Die Partei legte fest, dass Streitgespräche über philosophische Einzelfragen mit ihm geführt werden mussten. Es sollte ihm nachgewiesen werden, dass seine Grundkonzeption unwissenschaftlich sei, da er u. a. die Annahme einer Welterschöpfung durch Gott eindeutig vertrat. Die Parteileitung fragte daher: „Kann heute Prof. Jacoby unseren Studenten, Arbeiterstudenten, überhaupt konkretes Fachwissen beibringen?“

Trotz eines erheblichen Drucks von Seiten der SED-Leitung und des Rektors, verteidigte der von den Hochschulgruppen der CDU und LDP maßgeblich beeinflusste Studentenrat die Auffassung, dass eine Ideologisierung des Studiums unweigerlich zu einer Einengung des Selbstbestimmungsrechts und der Selbstverwaltung an den Universitäten führen würde. In Greifswald gelang es nicht, den Widerstand der Studenten zu brechen. Die SED setzte deshalb andere Mittel ein. So wurde kurzerhand die Landwirtschaftliche Fakultät aufgelöst und der philosophischen angedroht, sie ebenfalls aufzulösen. Damit erreichte die SED eine Einschüchterung der Studenten, und auch die Opposition von Professoren und Dozenten reduzierte sich auf einige wenige, zumal es hier auch zu Entlassungen und Versetzungen kam.

Unterstützt von der Vorpommerschen Landeskirche stand die Theologische Fakultät im Zentrum der Auseinandersetzung mit der Betriebsgruppe der SED. Da die Mehrzahl der Dozenten der CDU angehörten und die SED über die Nationale Front Druck auf sie dahingehend ausübte, dass sie sich aus jeder politischen Auseinandersetzung an der Universität heraushalten sollten, ist das nicht erreicht worden. Wäre es nach dem Willen von Karl Mewis, 1. Sekretär der BL der SED

³⁴ Der Themenplan eines Lehrganges vom 19. September bis 1. Oktober 1949 sah u.a. Themen vor wie: Der dialektische Materialismus; Der historische Materialismus; Das Wesen des Kapitalismus und Imperialismus und unser Kampf gegen das Monopolkapital; Der Leninismus; Der Sozialismus; Wesen und Ziel der SED.

Rostock, gegangen, hätte die Theologische Fakultät ihre Arbeit einstellen müssen, denn er vertrat den Standpunkt: Die Theologische Fakultät habe nicht an einer Universität zu wirken.

An der Universität Rostock kam es ebenfalls 1949 zum offenen Widerstand gegen die Hochschulpolitik der SED. Die Hochschulgruppe der LDP war in Rostock besonders aktiv. Sie zählte bereits 1948 etwa 200 Mitglieder. Das war für die SED Grund genug darauf hinzuwirken, nicht nur die eigene Mitgliederzahl zu erhöhen, sondern wichtige Leitungspositionen mit politisch zuverlässigen Leuten zu besetzen und nicht zuletzt auch ideologische Auseinandersetzungen im Lehrkörper und in der Studentenschaft zu provozieren. Das wurde erreicht, indem politische Themen zur Gegenwartsentwicklung wie die Deutschlandpolitik der Alliierten, die Oder-Neiße-Grenze, die Haltung zur Sowjetunion oder das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz in verschiedenster Form zum Gegenstand der Diskussionen gemacht wurde. Selbst in Lehrveranstaltungen sollten die Studenten angehalten werden, sich hierzu zu äußern. Von besonderer Brisanz waren die Bestrebungen, den Lehrplan der einzelnen Fakultäten durch den dialektischen und historischen Materialismus und die politische Ökonomie zu erweitern. Während jene Professoren, Dozenten und Lehrbeauftragten, die der SED angehörten, verpflichtet waren, ihre Lehrveranstaltungen zu politisieren, weigerte sich der überwiegende Teil der Parteilosen und Mitglieder von LDP und CDU, diese Linie zu vertreten.

Ende 1949 kam es zu einer weiteren Zuspitzung in der politischen Auseinandersetzung an der Universität. Die SED nahm massiv Einfluss auf die Lehrplangestaltung. Vorlesungen zum Marxismus wurden von SED-Mitgliedern gehalten, womit man es jedoch nicht bewenden ließ. Auch die Naturwissenschaftler sollten sich mit dem dialektischen Materialismus befassen und ihn zum Gegenstand ihrer Vorlesungen und Seminare machen. Philosophische Fragen von Raum und Zeit, Verhältnis von Materiellem und Ideellem sowie auch allgemeine erkenntnistheoretische Probleme sollten ausschließlich aus marxistischer, nach Auffassung der SED der einzig wissenschaftlichen Sicht, behandelt werden. Damit musste es unweigerlich zum Konflikt mit der Mehrzahl der Lehrkräfte kommen. Die SED warf ihnen Objektivismus vor, weil sie nicht gewillt waren, der geforderten Einseitigkeit in ihren Lehrveranstaltungen nachzukommen. Agitatoren der SED-Landesleitung wurden an die Universität geschickt, um mit gestandenen Wissenschaftlern zu diskutieren. Sie mussten folgerichtig unterliegen.

Erheblich heftiger waren die Reaktionen von Studenten auf den politischen und ideologischen Druck der SED. Zentren des studentischen Protestes waren die Philosophische und Juristische Fakultät. Von Studenten, die der LDP angehörten, wurden Aktivitäten entwickelt, die das Missfallen der SED-Betriebsgruppe hervorriefen, woraufhin sich schon bald die SED-Kreis- und -Landesleitung einschalteten. Der Parteisekretär berichtete der Landesleitung: „Im Laufe des

S=S 1949 (Sommersemesters) kristallisierte sich die oppositionelle Fraktion unter der Führung der LDP heraus, die von den (jetzt verschwundenen) Esch und Wiese und Jeschke beeinflusst wurden. Nur in einigen Fällen machte die Gegenseite plumpere Fehler und bot somit Angriffsflächen, sonst jedoch verstand sie es, unsere schwachen Punkte zu erkennen und erfolgreich anzugreifen. Die unerfreulichen Vorgänge der Vergangenheit bewiesen, dass nur sehr formal und beschränkt bei der LDP-Seite die Bereitschaft zu ehrlicher Mitarbeit bestand. Die Verständigung durch sogenannten interfraktionelle Besprechungen privaterer Natur gelang selten und dann nur aus Gründen der Angst und Unsicherheit. Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass wir manchmal zu sehr davon ausgingen, wie man uns angreifen könnte, ohne dass wir die Mitarbeit im Sinne der Blockpolitik zu erzwingen imstande waren.“³⁵

Arno Esch, Mitglied des Landesvorstandes der LDP, war zweifellos die wichtigste politische Führungspersönlichkeit der LDP-Hochschulgruppe. Mit Friedrich-Franz Wiese und weiteren Studenten knüpfte er die Fäden der Opposition über die Universität hinaus. Sie stellten die Verbindung zu LDP-Hochschulgruppen anderer Universitäten und – was in den Augen von SED und Besatzungsmacht besonders verwerflich war – auch nach Westberlin her. Esch, der auch FDJ-Mitglied war, lehnte den Führungsanspruch der SED ab und betrachtete eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Blockparteien als die einzige Möglichkeit, eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft zu errichten. Dass die SED hieran nicht interessiert war, zeigte sich in vielfältigen Erscheinungen, nicht zuletzt auch in der Hochschulpolitik.

Die Opposition der liberalen Studenten um Arno Esch erhielt für die SED mit der Gründung der Radikal-Sozialen-Freiheitspartei eine zusätzliche Dimension, die bei Bekanntwerden, trotz sorgfältiger Konspiration, den NKWD und die politische Polizei K 5 zum Eingreifen veranlasste. Im Herbst 1949 erfolgte eine erste Welle von Verhaftungen an der Rostocker Universität. Zu den ersten gehörten Esch, Wiese und Krumm. Sie wurden in der berüchtigten Folterzentrale des NKWD im Schweriner Justizgebäude wochenlang verhört und dann vor Gericht gestellt. Arno Esch wurde in einem zweiten Gerichtsverfahren in Moskau erneut zum Tode verurteilt, das am 24. Juli 1951 vollstreckt wurde. Die anderen Mitglieder der Esch-Gruppe erhielten eine Gefängnisstrafe von 25 Jahren. Neben den Studenten der Rostocker Universität waren weitere Funktionäre der LDP zum Tod bzw. 25 Jahren Haft verurteilt worden.³⁶ Einige sind in der Haft

³⁵ Vgl. Abschlussbericht der ersten Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der SED-Archive der ehemaligen Bezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock in den Landesarchiven Greifswald und Schwerin. Rostock 1994, S. 39.

³⁶ Horst Köpke und Friedrich-Franz Wiese. Mein Vaterland ist die Freiheit. Rostock 1990, S. 136/137.

gestorben, andere wie beispielsweise Wiese, der zunächst in Schwerin neben Arno Esch zum Tode verurteilt wurde, wurde dann erneut in Moskau vor Gericht gestellt und zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1955 begnadigte man ihn und entließ ihn in die Bundesrepublik.

1950 und 1951 kam es erneut zu umfangreichen Verhaftungen unter den Studenten, die nun vom 1950 geschaffenen Staatssicherheitsdienst der DDR vorgenommen wurden. Die Gruppe Karl Alfred Gedowski – hierzu gehörten u. a. Alfred Gerlach, Otto Mehl und Hartwig Bernitt – wurde von einem Sowjetischen Militärtribunal nach dem Strafgesetzbuch der RSFSR, das auch für die sowjetisch besetzten Gebiete gültig war, zum Tode bzw. 25 Jahren Haft verurteilt. Ein gut funktionierendes Warnsystem verhinderte die Verhaftung weiterer Studenten. Sie konnten rechtzeitig über Westberlin in die Bundesrepublik fliehen.

Die Methoden des Vorgehens zur Zerschlagung der oppositionellen Hochschulgruppen der LDP und der CDU sowie zur Beseitigung des Widerstandes in den studentischen Vertretungen waren vielfältig. Neben den Verhaftungen der wichtigsten Personen kam es zu Exmatrikulationen, Entzug von Stipendien und Verwarnungen. Damit gelang es der SED, die Rostocker Universität „zu einem Hort sozialistischer Erziehung“ zu machen.

Als es zum Aufstand des 17. Juni kam, hatte die SED an den Universitäten von Rostock und Greifswald die Opposition bereits zerschlagen. Somit war auch nicht zu erwarten, dass die Arbeiter seitens der Universitäten Unterstützung erfahren würden.

Für die SED-Führung kam der Protest der Arbeiterschaft, der in den Ereignissen vom 17. bis 19. Juni 1953 kulminierte, nicht so überraschend. Die Intervention der Sowjetunion, Auseinandersetzungen in der Führungsspitze und ablehnende Positionen aus der Bevölkerung führten zu Reaktionen, die Veränderungen in der Politik signalisierten.

2. Der Aufstand in den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg

Kein Jahrzehnt war nach dem Untergang des Herrschaftssystems der Nationalsozialisten vergangen, da geriet die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in Gefahr, ebenfalls beendet zu werden. Nur die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht und die Anwendung militärischer Gewalt hat das verhindert.

Nachdem in Berlin, Magdeburg, Leipzig und anderen Städten in vielen Betrieben gestreikt wurde und die Arbeiter in Protestmärschen und Kundgebungen die Erfüllung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderungen sowie grundlegende Veränderungen im Gesellschaftssystem der DDR verlangten, wurde auch in den Betrieben der Nordbezirke Solidarität zugesichert. Die Militärkommandanten reagierten umgehend mit der Verhängung des Ausnahmezustandes. „Ab 21.00 Uhr vom 17. Juni des Jahres 1953 sind alle Versammlungen, Meetings, Demonstrationen und sonstige Ansammlungen über 3 Personen auf Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden verboten. Es ruht auch sämtlicher Fuß- sowie Kraftverkehr von 21. – 5.00 Uhr. Sämtliche Zuwiderhandlungen werden nach dem Kriegsgesetz bestraft.“³⁷ Welche Ursachen führten zu einer derartigen zugespitzten Situation?

Das ZK der SED hatte auf seiner 13. Tagung im Mai 1953 beschlossen, „daß Arbeitsnormen insgesamt um mindestens 10 Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung muss der erste Schritt zur Beseitigung der bestehenden rückständigen Arbeitsnormen und der Ausgangspunkt einer systematischen Arbeit auf dem Gebiet der technischen Arbeitsnormung sein.“³⁸ Seit Jahren wurde bereits versucht, auf freiwilliger Basis eine Anhebung der Normen zu erreichen, jedoch mit wenig Erfolg. Nun sollte administrativ und ohne ein Mitspracherecht der Arbeiter die Normerhöhung durchgesetzt werden. Das rief Empörung in der Arbeiterschaft hervor, da das ganze System von Arbeitsleistung und Entlohnung als Problem gesehen wurde.

Die SED-Führungen in Berlin und in den Bezirken erhielten zahlreiche Protestbriefe aus Industrie- und Baubetrieben, in denen die Arbeiter deutliche ihre Ablehnung zum Ausdruck brachten. Die ohnehin schon vorhandene negative Stimmung wurde mit diesem Beschluss weiter angeheizt. Es war offensichtlich,

³⁷ LHA Schwerin. BDVP, 13/91.

³⁸ Vgl. Beschluss des ZK der SED vom 14. Mai 1953, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. IV, S. 410 ff.

dass die SED diese Krisensituation selbst verschuldet hatte, indem überstürzt die Entwicklung vorangetrieben wurde, ohne dass die Menschen in diesen Prozess einbezogen wurden, eher durch Willkür und Ungerechtigkeiten viele zum Verlassen der Heimat gezwungen wurden.

In dieser zugespitzten Situation wurde die Partei- und Staatsführung durch die Leitung der KPdSU veranlasst, das Tempo der geplanten Maßnahmen zu verringern und in wichtigen Positionen Kurskorrekturen vorzunehmen. Am 11. Juni beschloss der Ministerrat, was das Politbüro des ZK der SED „empfohlen“ hatte. Partei und Regierung räumten ein, Fehler gemacht zu haben, was anhand bisheriger Selbstherrlichkeit nicht einfach war. Im einzelnen war vorgesehen, die angeordneten Preiserhöhungen rückgängig zu machen, die Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung rückständiger Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge auszusetzen, enteignete Betriebe zurückgegeben und Republikflüchtige zur Rückkehr aufzufordern und ihnen das Eigentum zurückzuerstatten. Auch gegen die Kirchen sollten alle Aktivitäten unterlassen werden und relegierte Schüler sofort wieder an die Schulen zurückkehren dürfen. Die Bildung von LPG'en sollte verlangsamt werden, die beschlossenen Normerhöhungen wurden aber nicht zurückgenommen.

Erst am 16. Juni erfolgte dann der Rückzug durch die SED-Führung. „Das Politbüro hält es für völlig falsch, die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Betrieben der volkseigenen Industrie um 10 Prozent auf administrativem Wege durchzuführen. Die Erhöhung der Arbeitsnormen darf und kann nicht mit administrativen Methoden durchgeführt werden, sondern einzig und allein auf der Grundlage der Überzeugung und Freiwilligkeit“³⁹ Bezeichnend ist, wie die SED-Führung versuchte, den erzwungenen Wandel in ihrer Haltung bedenkenlos als eigene Leistung auszugeben und die Regierung als verantwortlich für die Normerhöhung hinzustellen. Die Arbeiterschaft fiel hierauf jedoch nicht herein.

Mit Unterstützung Westberliner Arbeiter und des RIAS wurden weitergehende Maßnahmen diskutiert. Auch die Ausrufung eines Generalstreiks wurde erwogen, dann aber doch nicht vorgenommen. Einigkeit bestand darüber, dass die Erfüllung wirtschaftlicher Forderungen nicht das Endziel einer Erhebung sein wird. Eine dauerhafte Lösung bedeutete politische Veränderungen im Gesellschaftssystem der DDR, wie ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen, Normalisierung der Beziehungen zu Bundesrepublik und Bestrafung der an der Situation Schuldigen. Zur SED-Führung hatte man kein Vertrauen. Deshalb gaben die Bauarbeiter Berlins das Signal zum Streik, der sich innerhalb kurzer Zeit zu einem Aufstand in den Hauptzentren der Arbeiterschaft der ganzen DDR ausweitete. Auch in den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg wurde das Signal zum Streik aufgenommen.

³⁹ Vgl. Ebenda, S. 432.

2.1 Werftarbeiter setzen sich zur Wehr

Der Beschluss des Ministerrats der DDR vom 28. Mai 1953 über die durchschnittliche Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent löste bei den Werft- und Hafentarbeitern der Ostseestädte erhebliche Unruhe aus. Dieser administrative, von der SED-Führung veranlasste Akt, war der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die seit dem Ende des Krieges ohne Rücksicht auf die elementaren Interessen der Bevölkerung durchgesetzt wurde. Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen hatten zwar den Auftrag, ihre Versammlungs- und Schulungstätigkeit zu intensivieren mit dem Ziel, die Politik der SED zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus zu erläutern, aber das Tempo, mit dem die Maßnahmen in der Produktion durchgesetzt werden sollte, zwang die Betriebsleitungen den Weg des Administrierens zentraler Vorgaben mitzumachen. Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme auf die Produktion verringerten sich in dem Maße, wie der Alleinvertretungsanspruch der SED und der Zentralismus in der Verwaltung durchgesetzt wurden.

Angesichts eklatanter Mängel in der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln war das eine Aufgabe, die wenig Verständnis bei erheblichen Teilen der Arbeiterschaft hervorrief. Die Losung „Erst mehr arbeiten, dann mehr essen“ wurde als eine Provokation aufgefasst. Wenn die ohnehin schon geringen Löhne – das Durchschnittseinkommen eines Produktionsarbeiters betrug 313,- Mark und die normale Altersrente belief sich auf 65,- Mark – durch ein neues Normensystem abgesenkt werden, drohte für viele Arbeiter und ihre Familien eine Existenzkrise.

Die Empörung in der Bevölkerung war bereits durch die Preiserhöhungen für Fleisch und Wurst, für Süßwaren und andere Lebensmittel im April 1953 gewachsen. Jede Argumentation für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen fand nur bei wenigen Menschen Zustimmung. Die von der SED, den Blockparteien und anderen Organisationen in die Betriebe ausgesandten Emissäre konnten die Fragen der Menschen nicht befriedigend beantworten. Sie beschwerten sich bei den Bezirks- bzw. Kreisleitungen der SED, dass ihnen keine ausreichende Begründung für die krisenhafte politische und wirtschaftliche Situation gegeben wurde.

Über den Inhalt der streng geheimen Mission einer SED-Delegation in Moskau Anfang Juni 1953 erhielten die Parteimitglieder durch ein Kommuniqué der Politbürositzung vom 5. und 6. Juni Kenntnis, in dem die bisherige Politik der SED als fehlerhaft kritisiert und ein Neuer Kurs proklamiert wurde. Aber der Beschluss zur Erhöhung der Arbeitsnormen wurde nicht zurückgenommen, so dass sich die Aufgebrachtheit insbesondere in den Betrieben nicht minderte und die angekündigten Änderungen nicht als „ehrlicher Wille zur Korrektur“ der bisherigen Politik aufgenommen wurden.

Am Abend des 16. Juni 1953 erfahren die Arbeiter in den Betrieben der Küstenregion über den Nachrichtendienst des RIAS von den Forderungen der Berliner Bauarbeiter:

- „Auszahlung der Löhne nach den alten Normen schon bei der nächsten Lohnzahlung
- sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten
- freie und geheime Wahlen
- keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher“⁴⁰

Eine Signalwirkung zum landesweiten Generalstreik konnte aus dieser Meldung jedoch nicht entnommen werden, was eine Orientierung für die weitere Entwicklung und Ausweitung der Aktionen bedeutet hätte und zugleich, dass Berlin die Rolle als Führungszentrum übernimmt. Es fehlte hierzu eine führende Kraft, um den Protest in das ganze Land zu tragen. Von den etablierten Parteien und Organisationen war hierzu offensichtlich keine in der Lage und eine oppositionelle Abspaltung hatten sich bisher nicht formiert. Somit waren die Belegschaften der Betriebe in Rostock, Wismar und Stralsund auf sich allein gestellt.

Eine „Einschätzung der Stimmung der Industriearbeiter“ der SED Bezirksleitung Rostock lässt vermuten, dass es nach der Ausstrahlung dieser Meldung zu ersten Kontakten zwischen einzelnen Arbeitern kam, vornehmlich solchen, die Erfahrungen in der Streikbewegung besaßen. Das waren Sozialdemokraten und Kommunisten, die entweder nicht in die SED eingetreten oder im Zuge der Parteisäuberung ausgeschlossen worden waren, aber auch ältere Gewerkschafter und junge Leute, die nicht mit den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen einverstanden waren.⁴¹ Über eine Erörterung der augenblicklichen Situation konnten diese Gespräche jedoch nicht hinausgehen, denn die Teilnehmer verfügten weder über eine Legitimation noch waren sie in der Lage, den Gang der weiteren Entwicklung vorherzusehen. Einzig ihre Unzufriedenheit über die bisherige Entwicklung in der DDR führte sie zusammen.

Am Morgen des 17. Juni verbreiteten der RIAS und der NWDR die Nachricht von den Arbeitsniederlegungen in Betrieben Berlins. Der DDR-Rundfunk meldete im Laufe des Tages, dass der Streik auch auf andere Städte übergreifen habe. Genannt wurden besonders Magdeburg, Leipzig und Dresden. Innerhalb weniger Stunden sind Tausende Arbeiter in die Aktionen einbezogen. Andere Bevölkerungsschichten schließen sich an. Der Streik eskaliert zum Aufstand. In einigen Industrie- und Baubetrieben Mecklenburgs und Vorpommerns werden indes

⁴⁰ 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand in der DDR, hrsg. von Ilse Splittmann/Karl Wilhelm Fricke, Köln 1982, S. 13.

⁴¹ LA Greifswald. SED-BL Rostock, Sign. IV/A/2/5/677, Bl. 191.

Forderungen an die Leitungen der Betriebe herangetragen und Unzufriedenheit geäußert. Aber schon am Nachmittag verschärfte sich die Lage, indem Solidarität mit den Streikenden in Berlin gefordert wurde.

Das Zentrum der Streiks an der Ostseeküste am 17. bzw. 18. Juni bildete sich in Rostock mit den Betrieben Neptunwerft, Warnowwerft, Dieselmotorenwerk, Schiffs- und Bootswerft Gehlsdorf, Schiffsmontage und Isolier- und Kältetechnik Rostock. Als Schwerpunkte erwiesen sich die Warnowwerft, Neptunwerft und die Bootswerft Gehlsdorf. Zunächst gelang es den Leitungen der Betriebe noch, Arbeitsniederlegungen und gewaltsame Aktionen gegen öffentliche Einrichtungen und Personen zu verhindern, indem Belegschafts- bzw. Partei- und Gewerkschaftsversammlungen einberufen wurden, auf denen die Arbeiter ihre Forderungen stellten. Im Dieselmotorenwerk fand eine Betriebsversammlung statt, auf der ca. 1.200 von 2.000 Betriebsangehörigen anwesend waren. Der Verlauf dieser Zusammenkunft war von heftigen Reden einiger Arbeiter bestimmt, die die Belegschaft zum Streik aufforderten und zugleich ultimativ Forderungen wirtschaftlichen und politischen Inhalts aufstellten. Die Betriebsleitung signalisierte ihre Bereitschaft, soweit sie dazu von sich aus in der Lage sein würde, diese Forderungen zu erfüllen. Es wurde vorgeschlagen, eine Delegation zu wählen, die am Nachmittag mit der Betriebs- und Gewerkschaftsleitung die Einzelheiten aushandeln sollte.

Das wurde von der Mehrheit der Anwesenden akzeptiert. Wortführer waren die Arbeiter Goebel, Ahrend, Gohlbeck und Thomas, die zunächst feststellten, dass die Schuld an der entstandenen Situation die SED-Führung selbst und die Sowjetunion tragen. Insbesondere Walter Ulbricht müsse zur Rechenschaft gezogen und abgesetzt werden. Auf den Betrieb bezogen sagte Goebel: „Wir sind absolut nicht damit einverstanden, dass die Bonbonträger (damit meinte er die Mitglieder der SED) von allen Seiten gefördert werden.“⁴² Der anwesende Parteisekretär versprach, dieses Anliegen seiner übergeordneten Leitung zu übermitteln.

Es wurde Einigkeit darin erzielt, dass die beschlossene Erhöhung der Normen im Betrieb rückgängig gemacht wird, eine Erhöhung der Löhne erfolgt und eine Senkung der Verwaltungskosten durch die Einsparung von Personal erreicht wird. Die Forderung nach Senkung der HO-Preise um 50 Prozent sollte unterstützt und deshalb den zuständigen Organen zugeleitet werden. Nach einer z. T. heftig geführten dreistündigen Auseinandersetzung kam es zur Bildung einer Kommission, die den Auftrag erhielt, alle Forderungen entweder an eine überbetriebliche Stelle zu leiten oder die betrieblichen Dinge umgehend einer Klärung zuzuführen. Mit dieser Verfahrensweise waren die Arbeiter in ihrer Mehrheit einverstanden. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen und ein Streik damit verhindert.

⁴² LA Greifswald. SED-BL Rostock, Sign. IV/A/2/4/13, Bl. 42.

Wesentlich bestimmter stellte sich die Eskalation der Auseinandersetzungen aber in anderen Betrieben dar. In der Warnowwerft in Warnemünde forderten Mitglieder der SED und der Gewerkschaft die unverzügliche Einberufung von Versammlungen, um die entstandene Lage zu beraten. Von den Funktionären gab es hierzu jedoch wenig Bereitschaft, da sie von ihren übergeordneten Leitungen weder eine Direktive erhalten hatten noch über Informationen zu den Vorgängen in Berlin verfügten. Somit lag die Initiative des Handelns bei Arbeitern, die sich im Weiteren zu Führern der Streikbewegung entwickelten.

Die Belegschaft der Halle 4 (Mechanische Werkstatt) nutzte spontan die Mittagspause zu einer Kurzversammlung, in der nach einer heftigen Diskussion verlangt wurde: „1. Wiederherstellung der Zeitvorgaben, die vor einem halben Jahr bestanden haben, 2. Einsetzen der alten Lohngruppen, 3. Zeitvorgaben sind von der Technologie zu erstellen, 4. die Unterabteilung für Arbeit hat sich sofort ernstlich mit Zeitstudien zu befassen“⁴³ Weitergehende politisch motivierte Äußerungen fanden in diesem Positionspapier keinen Niederschlag. Ganz anders dagegen entwickelte sich der Verlauf einer am Nachmittag eilig einberufenen außerordentlichen Parteiversammlung.

In einem Bericht an die SED-Bezirksleitung Rostock wurde zum Ausdruck gebracht, dass es in dieser Versammlung vor allem um politische Inhalte ging, die prononciert von Robert Dahlem⁴⁴ vorgetragen wurden. Als Sohn des SED-Spitzenfunktionärs Franz Dahlem war er über die Entwicklung in Berlin und deren Hintergründe bestens orientiert. Er wusste von den Auseinandersetzungen in der Parteiführung, denen auch sein Vater zum Opfer gefallen war.⁴⁵ Die Parteileitung beabsichtigte in der Versammlung, die Genossen davon zu überzeugen, dass die Parteiführung mit den beschlossenen Maßnahmen des „Neuen Kurses“ bereits die erforderlichen Kurskorrekturen vorgenommen habe, die nun in Berlin von den Bauarbeitern eingefordert wurden. Neben Robert Dahlem wurden Gerhard Bürgel, Willi Grieg und Helmut Ziemer als Hauptredner namentlich genannt, die zum Ausdruck brachten, dass man Ulbricht und Grotewohl nicht trauen könne und es jetzt um mehr gehe als nur um die Rücknahme der Normerhöhung. Sie forderten Kurskorrekturen bezogen auf den sozialistischen Aufbau, ein ehrliches Verhältnis zur Bundesrepublik, freie Wahlen und eine Bestrafung der an diesem Zustand verantwortlichen Funktionäre. In einem Bericht des Volkspolizeikreisamtes wurde vermerkt: „Die Versammlung musste auf Grund

⁴³ Kathrin Möller, Wunder an der Warnow. Zum Aufbau der Warnow Belegschaft in Rostock-Warnemünde (1945 bis 1961), Bremen 1998, S. 181/182.

⁴⁴ Lebensweg von Robert Dahlem siehe im Anhang.

⁴⁵ Franz Dahlem (* 14.1.1892, + 17.12.1981), wurde im Mai 1953 aus dem Politbüro des ZK der SED im Zusammenhang mit der „Slansky-Affäre“ ausgeschlossen, ab 1955 in hohen staatlichen Funktionen, 1957-1981 erneut Mitglied des ZK der SED.

dieser Diskussionsreden abgebrochen werden. Diese vorliegenden Hinweise vom 16. und 17.6.53 ließen aber erkennen, dass damit gerechnet werden musste, dass auch von den genannten Betrieben evtl. Streiks- und Demonstrationen durchgeführt werden würden.⁴⁶ Die Arbeiter waren empört über den ergebnislosen Abbruch der Versammlung. Hierdurch wurde ihre Kampfbereitschaft eher noch erhöht.

Durch den Einsatz von Agitatoren und Funktionären der Kreis- und Bezirksleitung der SED gelang es zunächst, die Gemüter etwas zu beruhigen und eine Arbeitsniederlegung zu vermeiden. Die Arbeiter ließen sich mit den Versprechungen noch beschwichtigen. Das sollte sich aber am darauffolgenden Tag grundlegend ändern. Informationen über die westlichen Rundfunkstationen, aber auch die Kommentare des DDR-Rundfunks, die die Aktionen in Berlin und anderen Orten als von der Bundesrepublik gelenkten faschistischen Putsch darstellten und die Teilnehmer beschimpften, trugen dazu bei, den Zorn der Arbeiter erneut anzufachen.

Für die Betriebe im Norden der DDR begann der eigentliche Aufstand am 18. Juni 1953. Entscheidender Impuls für die Aktionen der Werftarbeiter, die bereits mit der Frühschicht begannen, war die Verhängung des Ausnahmezustandes des sowjetischen Militärkommandanten der Stadt und des Bezirkes Rostock mit Wirkung vom 17. Juni 22.00 Uhr. Schmerzlich wurde damit ins Bewusstsein gerückt, dass die Nachkriegssituation keineswegs beendet war und die eigentliche Macht bei den sowjetischen Besatzungstruppen lag. Im Punkt 1 des Befehls heißt es: „Ich verbiete jegliche Kundgebungen, Versammlungen, Ansammlungen und Verstöße gegen die öffentliche Ordnung in der Stadt und im Bezirk Rostock.“⁴⁷

Bereits vor dem Beginn der Frühschicht waren erste Anzeichen für eine Arbeitsniederlegung festzustellen. An den Werkstoren wurden Schilder mit dem Aufruf angebracht, die Arbeit nicht zu beginnen und die Anweisungen der Streikleitung zu befolgen. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Hinweise befolgt. Auf den sowjetischen Schiffen, die auf der Werft im Rahmen der Reparationsverpflichtungen repariert werden sollten, waren zur Bewachung sowjetische Soldaten erschienen. Das erregte die Werftarbeiter zusätzlich und sie bekundeten, unter diesen Bedingungen keinesfalls die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen.

Ab 5.00 Uhr begann der Streik auf der Warnowwerft. Um 8.00 Uhr versammelte sich die Belegschaft zu einer Kundgebung in der Halle 1. In kurzen Reden von Arbeitern aus der Produktion wurde dargelegt, dass es sich bei der Arbeitsniederlegung in der Warnowwerft nicht um eine separate Aktion der Belegschaft dieses Betriebes handelt, sondern der Streik Teil eines Aufstandes in der ganzen

⁴⁶ LA Greifswald. BDVP Rostock, 12/052, Bl. 99.

⁴⁷ Ebenda, 12/052.

DDR gegen die Politik von SED und Besatzungsmacht war. Es war wiederum vor allem Robert Dahlem, der eine Absetzung der Regierung und freie Wahlen mit dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands verlangte. Andere Redner forderten die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, einen Friedensvertrag mit Deutschland und den Abzug der sowjetischen Truppen. Es war nun eine Verlagerung in der Gewichtung der Forderungen erkennbar, indem wirtschaftliche und soziale Forderungen, wie die Normerhöhung oder eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung nunmehr nach den politischen Dingen kamen. Diese Veränderung trat ein, weil hier eine Zusage bereits erfolgt war. „Unter entscheidender Mitarbeit des zweiten BGL-Vorsitzenden und mehrerer AGL-Vorsitzender als Vertreter der anwesenden Abteilungen sind Delegationen gewählt worden, die mit der Werfleitung über die genannten Forderungen verhandeln sollten.“⁴⁸ Die Verhandlungen wurden sofort aufgenommen, an denen auch der gerade in der SED-Bezirksleitung Rostock weilende Minister Weinberger und das Mitglied des Sekretariats des ZK Adalbert Hengst teilnahmen. Beide vertraten die Auffassung, weitgehende Zugeständnisse bei den wirtschaftlichen Forderungen zu machen und die politischen den zentralen Gremien in Berlin zu unterbreiten, um damit eine weitere Eskalation der Auseinandersetzungen zu verhindern. Weder Karl Mewis als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung noch Walter Ulbricht waren mit dieser Auffassung einverstanden. Hengst und Weinberger wurden wegen ihres „versöhnlichen Verhaltens“ zur Verantwortung gezogen. Sie verloren ihre Funktionen und wurden aus der SED ausgeschlossen.

Während der Verhandlungen mit der Betriebsleitung ruhte die Arbeit vollständig. Es formierte sich ein Protestzug von ca. 2.000 Beschäftigten, die durch den Betrieb zum Werkstor marschierten. Arbeiter von Fremdfirmen schlossen sich an und es kam zu Gewaltanwendungen und Ausschreitungen. Offensichtlich wurde beabsichtigt, das Werksgelände zu verlassen, sich mit der Belegschaft anderer Betriebe und der Bevölkerung der Stadt zu vereinigen und in einem Demonstrationzug zu einer Kundgebung nach Rostock zu gelangen. Am frühen Morgen waren jedoch bereits Soldaten der Roten Armee und Einsatzkräfte der Kasernierten Volkspolizei vor den Werkstoren aufgezogen und hatten diese verschlossen, so dass die Werftarbeiter das Betriebsgelände nicht verlassen konnten.

Nachdem das Verhandlungsergebnis mit der Betriebsleitung von Adalbert Hengst über den Betriebsfunk bekanntgegeben worden war, zeigte sich die Mehrzahl der Arbeiter zufrieden und zog sich zurück.

Ein Teil war jedoch nicht bereit aufzugeben. Sie versuchten das Werkstor aufzubrechen und das Vorhaben, nach Rostock zu gelangen, doch noch zu realisieren. In Sprechchören forderten sie die Öffnung des Werkstores. Auch vor der Werft

⁴⁸ Kathrin Möller, Wunder an der Warnow. Zum Aufbau der Warnow Belegschaft in Rostock-Warnemünde (1945 bis 1961), Bremen 1998, S. 184.

hatte sich eine Menschenmenge angesammelt. Arbeiter der Spätschicht wurden nicht eingelassen. Als die Ausschreitungen immer bedrohlichere Formen annahmen, erhielten die sowjetischen Soldaten den Befehl, Warnschüsse über die Köpfe der Demonstranten abzuschießen. Das zeigte Wirkung. Da die Arbeiter kein Blutvergießen riskieren wollten, zogen sie sich in die Werkhallen zurück. Somit wurde eine Vereinigung mit den Arbeitern, die zur Spätschicht kamen, verhindert.

Das Ausmaß der Gewaltanwendung in der Werft hielt sich in Grenzen. Der rote Stern am Werktor wurde runtergerissen, die Aktivistentafel zerschlagen, kleinere Zerstörungen in den Hallen, an Werkbänken und Vorrichtungen sowie leichte Verletzungen von Polizisten durch Steinwürfe waren die sichtbarsten Folgen.

Ein weiterer erheblicher Herd des Aufruhrs war Stralsund. Wie in Rostock begannen auch hier am 17. Juni heftige Diskussionen unter den Schiffbauern zu den aktuellen wirtschaftlichen Problemen. Zunächst forderten sie die Rücknahme der Festlegung, dass qualifizierte Facharbeiter willkürlich von der Lohngruppe V in die Lohngruppe IV abgestuft wurden, die Normerhöhungen sollten rückgängig gemacht und die Preise für Nahrungsmittel gesenkt werden. In Kenntnis der Forderungen und Aktivitäten der Bauarbeiter in Berlin erhielt die Diskussion zunehmend politische Inhalte. So wurde beispielsweise gefordert: „Wir brauchen Parteien und nicht nur eine (SED).“⁴⁹ Demonstrativ wurde der Name Walter Ulbricht in einer Verpflichtung gestrichen, die zu Ehren seines Geburtstages zur vorfristigen Fertigstellung eines Loggers angebracht war. Die Schiffbauer waren bereit, zur Durchsetzung ihrer Anliegen in den Ausstand zu treten.

Am Morgen des 18. Juni legten die Arbeiter im Maschinenbau und in der Rohrlegerei die Arbeit nieder. Sie waren erbost über den Ausnahmezustand zu dem es nach ihrer Auffassung in Stralsund keinen Grund geben würde. Sie waren der Meinung, dass dies eine Machtdemonstration und ein Versuch der Einschüchterung der Bevölkerung sei. Weitere Bereiche wie Ausrüstung, Schiffsbau und Malerei schlossen sich dem Ausstand an.

Auch auf der Werft tätige Fremdfirmen traten in den Streik. Streikleitungen wurden gebildet. Gegen 8.00 Uhr formierten sich etwa 900 Personen vor dem Haupttor der Werft zu einem Demonstrationszug. Der Betriebsschutz vermochte sie nicht daran zu hindern, das Werftgelände zu verlassen.

Die bereits in der Nacht in Alarmzustand versetzte Polizei hatte die Volkswerft und den Rügendamm abgeriegelt, um zu verhindern, dass es zu einer öffentlichen Demonstration im Stadtgebiet und zu einem Zusammenschluss mit streikenden Arbeitern anderer Betriebe kommt. Im Bericht des VPKA heißt es in diesem Zusammenhang: „Trotz dieses Aufgebotes nahm ein Teil der Arbeiter eine drohende Haltung gegenüber der VP ein. Diese Situation wurde dem Ge-

⁴⁹ LA Greifswald. BDVP Rostock, 12/052.

nossen Kommandanten sofort berichtet und es erfolgte nunmehr der erste Einsatz unserer Freunde in einer Stärke von 12 Mann. Auch gegen unsere Freunde wurde eine drohende Haltung eingenommen, so dass der Kommandant sich gezwungen sah, weitere Verstärkung heranzuziehen. Nach etwa einer Stunde wurden auf Befehl des Kommandanten drei Panzerspähwagen eingesetzt, mit überschweren Maschinengewehren.⁵⁰

Einige der Arbeiter waren bereit, bis zum Äußersten zu gehen. Sie wollten unbedingt das Werftgelände verlassen und sich nicht den Weisungen des sowjetischen Kommandanten und der Polizei beugen. Über den Betriebsfunk wurde verkündet, wer sich dem Befehl zum Rückzug widersetzt, hat „mit schärfsten Maßnahmen“ zu rechnen. Erst Warnschüsse aus den Maschinengewehren bewirkten eine allmähliche Auflösung der Demonstration und die Rückkehr an die Arbeitsplätze. Agitatoren wurden eingesetzt, die den Werftarbeitern erklärten, dass ihr Aufstand nicht zu gewinnen sei. 15 Arbeiter wurden verhaftet. In der Produktion wurde die Arbeit an diesem Tag nicht wieder aufgenommen. In ähnlicher Weise wie in Warnemünde und Stralsund verlief der Ausstand auch in Rostock und Wismar.

In der Neptunwerft in Rostock wurde am Morgen des 18. Juni per Handzettel aufgefordert, um 9.20 Uhr im gesamten Betrieb die Arbeit niederzulegen. Um den drohenden Streik in letzter Minute abzuwenden, setzten Partei-, Gewerkschafts- und Betriebsleitung in allen Bereichen Agitatoren ein. Sie hatten die Aufgabe, die zum Streik bereiten Betriebsangehörigen umzustimmen. Sie erreichten jedoch eher das Gegenteil, denn sie hatten keine überzeugenden Argumente für die Fehler von Partei und Regierung und schon gar nicht dafür, dass die DDR mit der Verhängung des Ausnahmezustandes immer noch als Besatzungsgebiet behandelt wurde. Die Arbeit wurde sowohl im Produktionsbereich als auch z. T. in der Verwaltung niedergelegt, Treffpunkt war am Verwaltungsgebäude.

Nachdem es auch dem Betriebsleiter nicht gelungen war, beruhigend auf die Arbeiter einzuwirken, wurde der Entschluss gefasst, einen Protestmarsch zum Rathaus zu organisieren. Aus der Menge heraus wurden Forderungen erhoben wie: Sofortige Beendigung des Ausnahmezustandes, bessere Versorgung der Bevölkerung, Absetzung der Regierung, Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, Zurücknahme der Normerhöhung usw. Die Versammlung von ca. 500 Betriebsangehörigen setzte sich in Richtung Haupttor in Bewegung. Kurz bevor der Zug das Tor erreichte, wurde es verschlossen und von Polizisten abgeriegelt. Mit allen Mitteln sollte verhindert werden, dass sich ein Demonstrationzug in die Stadt formierte. In einem Befehl des Chefs der BDVP erfolgten hierzu eindeutige Anweisungen: „Provokateure oder sonstige Personen, die versuchen sollten, dennoch eine Demonstration zu organisieren, laufen Gefahr, erschossen

⁵⁰ Siehe ebenda.

zu werden.“⁵¹ Eine zu Hilfe gerufene Streife der Roten Armee forderte weitere Verstärkung an, da die Demonstranten das Tor zu sprengen drohten. Aus der Kaserne rückte ein Kommando mit drei LKWs an, Warnschüsse wurden abgegeben und die Ansammlung gewaltsam aufgelöst.

Erst nach dem 23.6. wurde die Arbeit wieder voll von allen Betriebsangehörigen aufgenommen. An den folgenden Tagen forschte die Staatssicherheit verstärkt nach „Rädelsführern“, die auch schon bald mit Hilfe von Denunzianten ausgemacht wurden. Es kam zu 8 Verhaftungen, die jedoch nach 24 Stunden wieder aufgehoben wurden.

Im Gegensatz zu den Werften in Rostock und Stralsund wandte sich der sowjetische Stadtkommandant von Wismar, Gardemajor Makarow, mit einem Befehl an die Werftarbeiter. Er wurde über den Betriebsfunk verlesen und hatte folgenden Wortlaut: „Genosse, Werker, Arbeiterinnen, schaffende Intelligenz! Mit Hilfe von Feindeshand haben in letzter Zeit Provokateure eine Diversantentätigkeit auf dem Territorium der DDR gegen die Politik der DDR entfaltet, indem sich versuchen, Werke und Fabriken in die Luft zu sprengen. Aus diesem Anlass hat das sowjetische Oberkommando zum Zwecke der Erhaltung der Industrie der DDR sowjetische Truppen ausschließlich zum Schutze der Werke entsandt, und nicht zur Überwachung Eurer Arbeit. Im Falle von Arbeitseinstellung und Organisieren von Versammlungen, Kundgebungen und Streiks werden die Urheber sofort lt. Kriegsgesetz erschossen.“⁵² Diese Warnung vermochte die Werftarbeiter jedoch nicht davon abzuhalten, gegen den Ausnahmezustand und den Aufmarsch der Soldaten vor und in dem Werk zu protestieren. Niemand ist jedoch nach diesem Befehl verhaftet oder gar erschossen worden.

Am Vormittag des 18. Juni legten ca. 300 Werksangehörige die Arbeit nieder. Das betraf vor allem das Reparationsobjekt „Aleksandr Mozhajskej“, ein ehemals deutsches Passagier- und Frachtschiff mit dem Namen „Svir“, das auf der Werft wieder seetüchtig gemacht werden sollte. Die Arbeiter lehnten es ab, unter diesen Bedingungen zu arbeiten und forderten den Abzug der Soldaten, was auch um 13.00 Uhr geschah. Daraufhin wurde die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen.

In den Vormittagsstunden hatten die Werftarbeiter auf der Helling eine Protestversammlung durchgeführt. In einer Resolution forderten sie, dass sämtliche Normen auf der Werft überprüft werden, eine Reduzierung der HO-Preise erfolgen muss und der Ausnahmezustand sofort zu beenden ist. Die Betriebsleitung sicherte zu, das in ihrer Macht Stehende zu veranlassen und weitergehende Forderungen an die zuständigen Organe weiterzuleiten.

⁵¹ LA Greifswald. BDVP Rostock, 12/052.

⁵² Zitiert aus: Dietrich Strobel/Günter Dame. Mit MTW zur See. Rostock 1996, S. 40.

Obwohl die Auseinandersetzungen im Norden der DDR, in den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg nicht die Intensität und die Gewaltbereitschaft vor allem von Seiten der Arbeiterschaft wie in anderen Teilen der DDR besaßen, kann man ohne Übertreibung feststellen, dass der in Berlin ausgelöste Aufstand auch auf diese Region übergegriffen hatte. Nach den Polizeiberichten an die SED-Bezirksleitung, waren ca. 10.000 Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieure in der Ostseeregion an dem Aufstand beteiligt.⁵³ Die führende Kraft waren Arbeiter. In der Zeit vom 17. bis zum 20. Juni kam es zu 52 Verhaftungen. 11 Personen wurden dem MfS übergeben und 5 Ermittlungsverfahren eingeleitet.⁵⁴

Zu einem Sturz des politischen Systems führte der Aufstand nicht. Vor allem das massive Eingreifen der Besatzungsmacht, bis hin zum Gebrauch der Schusswaffe, führte zu seiner Niederschlagung. An den zögerlichen Reaktionen der Polizei, etwa vor der Warnowwerft, der Volks- und der Neptunwerft, war die Unsicherheit der SED-Führung erkennbar. Für sie bedeuteten die Ereignisse eine völlige Überraschung, auf die sie keine adäquate Antwort hatte. Eine besondere Enttäuschung war für die SED-Führung, dass die Arbeiterklasse, dessen Avantgarde sie sein wollte, gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse rebellierte. Allein auf den Werften und Zulieferbetrieben Rostocks beteiligten sich etwa 21.500 Arbeiter an dem Ausstand.⁵⁵ Unter den demonstrierenden Arbeitern wurden auch Mitglieder der SED, der Blockparteien und gesellschaftlicher Organisationen ausgemacht. In einem Polizeibericht heißt es: „In der Neptunwerft wurden nach dem Krawall 30 Parteiabzeichen der SED vom Erdboden aufgesammelt.“⁵⁶

Geführt wurden die Protestaktionen und Streiks in den Betrieben fast ausschließlich von Arbeitern. In der offiziellen Propaganda der SED-Führung galten sie zwar als verblendete Werkzeuge des Imperialismus, was aber die Enttäuschung darüber nicht zu verbergen vermochte, dass sie Teil jener Bevölkerungsschicht waren, deren Avantgarde die SED sein wollte. 75 Prozent der Verhafteten waren Arbeiter. Das mag auch ein Grund dafür gewesen sein, weshalb die Bestrafung von sogenannten Rädelsführern der Streikaktionen in den Betrieben der Werft-

⁵³ Kathrin Möller vertritt die Auffassung, dass es sich zumindest in Warnemünde nicht um einen Aufstand handelte. „Der Warnemünder Streik und die Demonstrationen können als „Arbeiterprotest“ charakterisiert werden. Der Terminus „Arbeiteraufstand“ ... erfasst m.E. nicht das Wesen des 17. Juni an der Ostseeküste.“ Vgl. Kathrin Möller, Wunder an der Warnow. Zum Aufbau der Warnow Belegschaft in Rostock-Warnemünde (1945 bis 1961), Bremen 1998, S. 198.

⁵⁴ LA Greifswald. BDVP Rostock, 12/052.

⁵⁵ LA Greifswald. SED-Bezirksleitung Rostock, IV/A/2/4/13.

⁵⁶ Vgl. ebenda.

industrie und Hafenwirtschaft relativ milde war. Als exemplarisch könnte beispielsweise der Umgang mit Robert Dahlem angesehen werden. Er wurde nach den Protestaktionen auf der Warnowwerft verhaftet und nach einigen Tagen wieder entlassen, aber nicht verurteilt. Als Mitglied der SED wurde er zur Rechenschaft gezogen, erhielt ein Parteiverfahren und wurde ausgeschlossen. Gleichzeitig erhielt er seine fristlose Entlassung aus dem Betrieb.

Im Bezirk Rostock wurden in zwei Gerichtsverfahren 5 Personen zu Strafen unter einem Jahr verurteilt, weil sie die Bestimmungen des Ausnahmezustandes nicht eingehalten hatten.

Die SED-Bezirksleitung gelangte in der Analyse der Ereignisse vom 17. und 18. Juni zu dem Schluss, dass die SED in den Betrieben, insbesondere den Werften, nicht die führende Rolle der Partei ausgeübt hatte und sich mehr um Verwaltungsakte kümmerte als um das Bewusstsein der Belegschaftsangehörigen. Als Folge ergab sich die Unkenntnis der Forderungen und Wünsche der Arbeiter und deren angeblich mangelndes Verständnis größerer politischer Zusammenhänge. Auch die FDJ und andere Organisationen hatten in der ihnen übertragenen Aufgabe nach Auffassung der SED-Führung versagt.

Funktionäre auf allen Leitungsebenen waren überfordert und wurden von den Ereignissen überrollt. Eine Welle der Auseinandersetzungen in den Parteigremien begann. Das Verhalten von Parteisekretären, Funktionären von Bezirks- und Kreisleitungen, auch der gesellschaftlichen Organisationen, wurde kritisch beurteilt. In den Großbetrieben, in Partei- und Organisationsleitungen des Bezirkes Rostock waren etwa 200 Mitglieder und Funktionäre von Maßnahmen der Parteierziehung im Zusammenhang mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 betroffen.

2.2 Streiks von Güstrow bis Ludwigslust

Im Bezirk Schwerin erreichte der Aufstand bei weitem nicht das Ausmaß wie in den südlichen Bezirken der DDR. Nur in einzelnen Städten und Betrieben kam es zu öffentlichen Kundgebungen, Protestveranstaltungen und Streiks, während auf dem flachen Land die Aktionen sich im wesentlichen auf Gaststätten, Versammlungen in Betrieben und Flugblättern mit den Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Veränderungen konzentrierten. Schwerpunkte der Aktivitäten waren Güstrow, Ludwigslust, Grabow, Wittenberge und Schwerin. Es beteiligten sich Arbeiter aus Klein- und Mittelbetrieben und Teile der Bevölkerung unterschiedlicher sozialer Zugehörigkeit. Gestreikt wurde in einigen Betrieben und darüber hinaus kam es auch zu Kundgebungen vor öffentlichen Gebäuden, ohne dass die beiden Formen des Protestes in einem unmittelbaren Zusammenhang standen.

Die Forderungen ähnelten sich inhaltlich in allen Städten und Betrieben: Rücktritt der Regierung und Bestrafung derjenigen Funktionäre, die maßgeblich für die entstandene Lage verantwortlich waren, freie Wahlen und Schaffung eines einheitlichen Deutschland, Aufhebung der Zonengrenze, Zulassung gleichberechtigter Parteien, Herabsetzung der HO-Preise, keine Normenerhöhungen, eine freie bäuerliche Wirtschaft und Verringerung des Ablieferungssolls für tierische und pflanzliche Produkte.

Im Kreis Ludwigslust kam es im Treuhandbetrieb WÖMAG Ludwigslust, ehemals die Rudolf Wördel Maschinenfabrik GmbH, am 17. zu einer teilweisen Arbeitsniederlegung und heftigen Auseinandersetzungen mit Vertretern der SED-Kreisleitung. Beabsichtigt war, dass von dieser Belegschaft das Signal für einen Protestzug durch die Straßen der Stadt ausgeht, an den sich die Belegschaften anderer Betriebe und die Einwohner der Stadt anschließen sollten. Emissäre wurden in andere Betriebe entsandt, um die Unterstützung und die Bereitschaft für ein solches Vorhaben zu erreichen. In der Fleischwarenfabrik war ein Teil der Belegschaft entschlossen, der Aufforderung der Kollegen der WÖMAG zu folgen. Zunächst wurden in beiden Betrieben von der Gewerkschaft Versammlungen einberufen, in denen sehr deutlich formuliert wurde, was die Arbeiter wollten. Missstände in den Betrieben wurden aufgezeigt und die DDR als ein Polizeistaat bezeichnet, in dem es sehr viele Ungerechtigkeiten gäbe. Einige Argumente und Fragen an die Funktionäre lauteten: „Warum haben wir so viel Polizei und weshalb erhalten sie so hohe Gehälter?; Die Intelligenz mästet man, den Arbeiter lässt man verrecken!; Die Polizei bekommt große Gehälter, den Arbeiter zwingt man zur Normerhöhung und zieht ihm durch Erhöhung der Lebensmittelpreise die Gelder ab.; Die Polizei setzt sich zusammen aus den faulsten Elementen und aus denen, die nicht arbeiten wollen, darum hat auch

der Bauer keine Arbeitskräfte, man hat ihm die Arbeitskräfte abgenommen, weil er mit seinem Betrieb nicht fertig werden konnte.“⁵⁷

Wenn es den anwesenden SED-Funktionären auch nicht gelang, alle diese Fragen und Probleme für die Arbeiter befriedigend zu beantworten, erreichten sie doch zumindest eine Beruhigung der Lage und die Aufgabe des Vorhabens, eine öffentliche Demonstration zu veranstalten. Obwohl es sogar einige betriebliche Funktionäre gab, wie den stellvertretenden BGL-Vorsitzenden Otto, die sich nicht so leicht beschwichtigen lassen wollten und zur Solidarität mit den Berliner Arbeitern aufriefen, konnten sie sich letztlich doch nicht durchsetzen. Die Diskussion wurde geschickt auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelenkt, Fehler eingestanden und versprochen, schnellsten eine Änderung, beispielsweise bei der Festlegung von Akkordsätzen, herbeizuführen.

Es gelang nach dreistündiger Diskussion, dass die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Auch an den folgenden Tagen wurde in beiden Betrieben nicht versucht, die Streikaktionen wieder aufzunehmen. Streikleitungen wurden nicht gewählt.

Dagegen kam es in dem nur wenige Kilometer entfernten Grabow am 17. Juni zu einer Arbeitsniederlegung mit anschließender öffentlichen Kundgebung auf dem Marktplatz der Stadt. Die Spätschicht im VEB Fahrzeug- und Gerätebau legte geschlossen die Arbeit nieder, organisierte den Gemeinschaftsempfang des RIAS und NWDR und wollte gemeinsam mit den Belegschaften der Leisten- und Fassfabrik sowie der Brauerei den Streik organisieren und öffentlich demonstrieren. Es zeigte sich aber auch hier, genau wie in Ludwigslust, dass eine einheitliche Führung der Aktion nicht erreicht wurde. Somit fiel es der Partei- und staatlichen Leitung mit Hilfe von Agitatoren relativ leicht, die vorhandene Unsicherheit, verbunden mit erheblichen Informationsdefiziten in der Arbeiterschaft, auszunutzen, um sie von weitergehenden Handlungen und vor allem der Anwendung von Gewalt abzuhalten. Als sogenannte Rädelsführer wurden verhaftet: Wilhelm Dehn, Egon Bolsmann, Gustav Bolsmann und Karl-Heinz Grambow. Sie wurden dem MfS übergeben, mussten aber nach einigen Tagen wieder entlassen werden, weil ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, dass sie im Auftrag westlicher Organisationen tätig waren, denn für ihren Aufruf zum Streik konnten sie gerichtlich nicht belangt werden, da das Streikrecht verfassungsmäßig garantiert war.

Anders verhielt es sich jedoch mit der Demonstration am Abend des 17. Juni auf dem Marktplatz der Stadt. Es hatten sich etwa 250 Einwohner der Stadt versammelt, um ihre Sympathie mit den Forderungen und Aktionen der Arbeiter an diesem Tag zum Ausdruck zu bringen. Nach den Bestimmungen des Ausnahme-

⁵⁷ LHA Schwerin. BDVP Schwerin, Nr. 34.

zustandes war eine solche Demonstration jedoch verboten. Reden wurden gehalten, in denen die Aufhebung des Ausnahmezustandes gefordert wurde und dass die Besatzungsmacht unverzüglich die DDR verlassen müsse, damit es zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen könne. Als SED- und Staatsfunktionäre, wie der 1. Kreissekretär Bierholz und der Ratsvorsitzende Voss herbeieilten und versuchten, die Politik der SED und der Sowjetunion zu verteidigen, drohten einige der Demonstranten mit der Anwendung von Gewalt. Auch gegenüber den anwesenden Angehörigen der Roten Armee verhielt man sich furchtlos. Die Aufforderung des sowjetischen Offiziers, den Platz zu räumen und nach Hause zu gehen, wurde mit einem Pfeifkonzert und Schimpfworten beantwortet. Die Anwesenden schienen alle Scheu gegenüber der Besatzungsmacht verloren zu haben. Erst die herbeigeholte militärische Verstärkung und die Androhung des Einsatzes der Schusswaffe, falls die Weisungen weiterhin missachtet würden, führte zu einer Auflösung der Demonstration. Die Wortführer wurden von der Polizei verhaftet und der Staatssicherheit übergeben.

In Güstrow kam es bereits am 16. Juni zum Streik der Belegschaft in den Treuhandbetrieben Möbelfabrik Bruchhäuser und Autofirma Emil Dähn. Werner Bruchhäuser, Geschäftsführer der Autofirma Dähn und gemeinsam mit seinem Vater Besitzer der Möbelfabrik P. Bruchhäuser und Sohn, war aufgrund des Befehls 147 der Besatzungsmacht wegen angeblich „illegaler Hortung von Waren“ inhaftiert. Mit einer derartigen Beschuldigung hatten in den letzten Jahren Hunderte Besitzer von Handwerksbetrieben, Fabriken, Hotels und Gaststätten ihren Besitz verloren. Gleiches war nun mit diesen Betrieben in Güstrow geplant. Die Arbeiter dieser Unternehmen wollten keine Verstaatlichung. Hinzu kam, dass die Möbelfabrik nicht mehr in der Lage war, die Löhne und Gehälter zu zahlen, weil HO und Konsum die Rechnungen für gelieferte Waren nicht bezahlten.

Gefordert wurde die Entlassung Werner Bruchhäusers aus dem Gefängnis, die von der Staatsanwaltschaft für den 16. Juni zugesagt war. Schon am Morgen versammelten sich etwa 400 Beschäftigte beider Betriebe sowie Bürger der Stadt vor dem Untersuchungsgefängnis. Mit Blumen und Jubel wurde Werner Bruchhäuser gegen 10.30 Uhr empfangen. Nach einer kurzen Ansprache, in der er den Anwesenden für ihre Solidarität dankte, kam spontan der Vorschlag aus der Menge, nun für höhere Löhne, Senkung der Normen sowie eine Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln zu demonstrieren. Hierzu konnte jedoch keine Einheitlichkeit hergestellt werden und die gezielte Einflussnahme durch Funktionäre und Agitatoren von SED und Gewerkschaften führte dazu, dass sich die Versammlung zum Mittag auflöste. Mfs und Kriminalpolizei waren zahlreich unter den Demonstranten vorhanden. Sie hatten den Befehl gegen eine Eskalation einzuschreiten und Personen, die sich durch besondere Aktivitäten als Streikführer zeigten, unverzüglich zu verhaften. Dazu kam es jedoch nicht.

Am darauffolgenden Tag wurde in beiden Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. In der Stadt gab es am Abend auf dem Güstrower Marktplatz kleinere Ansammlungen insbesondere von Jugendlichen, die aber durch die starke Präsenz von Polizei und Staatssicherheit rasch wieder aufgelöst wurden. Es kam zu einigen vorübergehenden Verhaftungen, im wesentlichen wurden jedoch die Bestimmungen des Ausnahmezustandes eingehalten. Die Polizei war in den Alarmzustand versetzt worden. Die ganzen Nacht patrouillierten Polizeistreifen durch die Straßen der Stadt. Die Reisenden der Spätzüge durften nicht mehr allein vom Bahnhof in ihre Wohnungen gehen. Sie wurden auf Lastkraftwagen nach Hause gebracht. Wie in Schwerin, Ludwigslust und anderen Städten wurden die öffentlichen Gebäude während des Ausnahmezustandes von sowjetischen Soldaten bewacht. Übergriffe auf diese Objekte wurden nicht gemeldet.

In Schwerin, Wittenberge, Parchim, Boizenburg und Wittenburg wurden am 17. Juni auf Forderung der Arbeiter der großen Industriebetriebe Versammlungen durchgeführt. Das betraf in Schwerin die Bau-Union, Abus-Werke und die Zigarettenfabrik Unitas, in Boizenburg die Elbewerft und in Wittenberge das Nähmaschinenwerk. Streiks konnten jedoch dadurch verhindert werden, dass die Betriebs- und Parteileitungen auf die Forderungen der Arbeiter sofort eingingen, Agitatoren in die Arbeitskollektive gingen und mit den Arbeitern diskutierten und Verhaftungen von sogenannten Rädelsführern vorgenommen wurden.

In den kleineren Städten und den Dörfern wurde seit dem 16. Juni versucht, widerständisches Verhalten von Personen aufzuspüren. In einem Bericht an die Bezirksleitung der SED Schwerin heißt es hierzu: „Die Verbindung von MfS, der Partei sowie der sowjetischen Kontrollkommission, mit dem Rat des Kreises und allen Verwaltungsdienststellen ist gut. Täglich findet bei der Kreisleitung eine Lagebesprechung statt, bei der sämtliche Ereignisse analysiert und sämtliche Fragen erörtert und die notwendigen Anweisungen gegeben werden.“⁵⁸ Die sowjetische Kontrollkommission ließ sich nicht nur über alle Bewegungen Bericht erstatten, sondern bestätigte auch vorgesehene Maßnahmen oder traf selbst Anweisungen, denn regiert wurde in diesen Tagen nach dem Kriegsrecht.

VPKA und Grenzpolizei befanden sich in ständiger Alarmbereitschaft. Die Gruppenposten an der Grenze hatten gemeinsam mit den VP-Revieren die Kontrollen verstärkt. Sogenannte freiwillige Helfer und Polizisten in Zivil mischten sich unter die Bevölkerung, um mögliche Unruhen frühzeitig zu erkennen. Trotz alledem gelang es nur bedingt, den lange aufgestauten Unmut in der Bevölkerung zu dämpfen, aber keineswegs zu beseitigen.

So wie in den Städten gab es auch in den Dörfern öffentlichen Protest von Teilen der Bevölkerung. Dabei waren es durchaus nicht nur Großbauern, die ihrer

⁵⁸ Vgl. ebenda.

Unzufriedenheit Luft machten. Versorgungsfragen und schlechte Bezahlung der Arbeitsleistung spielten auch bei Landarbeitern und Genossenschaftsmitgliedern eine Rolle für Demonstrationen.

Ein Beispiel sind die Ereignisse in der Nacht vom 16. zum 17. Juni im Dorf Muchow im Kreis Ludwigslust. In einer Dorfversammlung wurde die Politik der SED von Mitarbeitern der SED-Kreisleitung erläutert. Es gab viele kritische Fragen zur Zwangskollektivierung, zur Politik gegenüber den Großbauern und warum so viele Menschen in den Westen gingen, weshalb die Mängel in der Versorgung eher größer würden und weshalb die SED gegen die Kirche eingestellt sei, wie das Verhältnis zur Jungen Gemeinde beweisen würde. Die Funktionäre waren offensichtlich mit diesen Fragen überfordert. Die Antworten befriedigten die Anwesenden nicht. Allgemeinplätze und propagandistische Losungen wie etwa über den Zusammenhang von Frieden und Sozialismus hatte man zur Genüge gehört. Somit wurde die Versammlung ein Misserfolg.

Mit den Informationen zu den Vorgängen in Berlin zogen etwa 30 Bauern und Jugendliche nachts durch das Dorf, forderten den Rücktritt des Bürgermeisters, drangen in die Gaststätte ein, rissen die Bilder von Marx und Engels von der Wand und zerstörten sie. Da es keine weitere Reaktion seitens der übrigen Bevölkerung gab und auch die Polizei sich zunächst nicht sehen ließ, beruhigten sich die Demonstranten, die z.T. alkoholisiert waren und gingen nach Hause. Am frühen Morgen kam es dann zur Verhaftung eines Altbauern, den man als den Anstifter der nächtlichen Vorkommnisse bezeichnete und der offensichtlich denunziert worden war. Nach kurzer Zeit ist er jedoch wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Insgesamt war die Anzahl der verhafteten und verurteilten Demonstranten im Bezirk Schwerin wesentlich kleiner als im Bezirk Rostock. Die Bereitschaft, sich dem Aufstand anzuschließen war hier auch insgesamt erheblich geringer. Eine Ursache hierfür war sicherlich der geringere Anteil von Industrie- und Baubetrieben. Aber vor allem fehlten die oppositionellen Kräfte und die Führungspersönlichkeiten für durchgreifende Aktionen. Somit gelang es der SED-Führung gemeinsam mit den Sicherheitskräften und der sowjetischen Kontrollkommission den Widerstand in den Betrieben und in einigen Städten relativ schnell zu unterdrücken.

2.3 Proteste von Ueckermünde bis Teterow

Der Bezirk Neubrandenburg war Anfang der 1950er Jahre eine von der Landwirtschaft maßgeblich geprägte Region mit nur wenigen Industriebetrieben über 100 Beschäftigten. Dementsprechend gering war die Beteiligung am Aufstand. Die heftigsten Auseinandersetzungen gab es auf der Großbaustelle Groß-Dölln

im Kreis Templin. Auf dieser Großbaustelle waren über 2.000 Arbeitskräfte mehrerer Baubetriebe aus verschiedenen Bezirken der DDR tätig.

Am Morgen des 18. Juni wurde eine Betriebsversammlung einberufen, auf der eine Streikleitung gebildet wurde. Die Bauarbeiter erklärten sich solidarisch mit den Bauarbeitern in Berlin, die am Vortag in den Streik getreten waren und forderten: „40 prozentige Preissenkung in sämtlichen HO-Geschäften, Herabsetzung der erhöhten Norm und Lohnerhöhung, Abzug der sowjetischen Einheiten aus dem Objekt, sowie freie Wahlen.“⁵⁹ 1.600 Bauarbeiter folgten dem Aufruf zum Streik. Damit ruhte die Arbeit auf der Baustelle. Dringende Arbeiten, wie die Entladung ankommenden Materials u. dgl., wurden von zugeführten Schülern der landwirtschaftlichen Berufsschule und der Gewerbeschule Templin ausgeführt.

In Groß-Dölln wurde deutlich, dass ein Streik ohne Führung durch die Gewerkschaft nicht zu gewinnen ist. Die Streikleitung war auf sich allein gestellt und verfügte nicht über die Erfahrung, um die erforderlichen Maßnahmen festzulegen. Hauptprobleme waren: Es gab keine Streikposten zur Bewachung des Objektes und damit zur Verhinderung, dass Streikbrecher eingesetzt werden oder fremde Personen in das Objekt gelangen können. Sowohl Agitatoren der Parteischule als auch Polizeibeamte in ziviler Kleidung konnten ungehindert Kontakt zu den Streikenden aufnehmen. Die Polizei ermittelte die Initiatoren des Streiks und verhaftete sie. Negativ war auch, dass etwa zwei Drittel der Arbeiter die Baustelle verließen und in ihre Heimatorte fuhren, ohne Abstimmung mit der Streikleitung. Die Spontaneität des Streiks schloss ein Programm in konkreten Schritten bis zum Erfolg aus. Somit konnten die Bauarbeiter zwar den längsten Streik im Norden der DDR durchführen, denn erst am 20. Juni wurde die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Ziele der Aktion wurden nicht erreicht.

12 Arbeiter wurden als „Rädelsführer“ des Streiks ermittelt, verhaftet und dem MfS übergeben. Nach tagelangen Verhören, ohne dass sie den Beistand eines Rechtsanwaltes in Anspruch nehmen konnten, mussten sie wieder entlassen werden. Vom Betrieb erhielten sie die Kündigung oder gingen aus eigener Initiative und fanden Arbeit in Betrieben ihrer Heimatorte.

In Teterow versammelten sich am 17. Juni um 9.30 etwa 200 Personen vor dem Untersuchungsgefängnis und forderten die Freilassung der Inhaftierten. Es war bekannt geworden, dass an diesem Tag einige Entlassungen angeordnet waren. Motiviert durch die Ereignisse in Berlin wollte man alle politischen Häftlinge frei bekommen. Innerhalb kurzer Zeit hatte sich die Anzahl der Menschen auf dem Platz verdoppelt. Aus dem Verhalten eines Teils der Bürger war Gewaltbereitschaft zu erkennen. Gegenüber den Polizisten, die zum Schutz des Gefäng-

⁵⁹ LHA Schwerin. BDVP Neubrandenburg, Nr. 14/104.

nisses aufgezogen waren, nahmen sie eine drohende Haltung ein und rief ihnen zu: „Die Inhaftierten sind keine Verbrecher, sondern ihr seid die Verbrecher, gebt die Leute frei, ihr Halunken!“ und „Wenn nicht sofort die Zellentüren geöffnet werden, gebrauchen wir Gewalt.“⁶⁰ Die herbeigeholten Funktionäre der SED-Kreisleitung und Agitatoren vermochten die Menschenmenge nicht von ihrem Protest abzuhalten. Man kam nicht umhin, einige der Untersuchungshäftlinge frei zu lassen und konnte damit eine vorläufige Beruhigung der Menschen erreichen. In Gruppen zog die Mehrzahl der Bürger mit den Entlassenen in die Innenstadt.

Gegen 18.00 Uhr, kurz nach Bekanntwerden der Verhängung des Ausnahmezustands, kamen erneut etwa 500 Demonstranten vor dem Untersuchungsgefängnis zusammen und forderten den Abzug der Besatzungsmacht, einen sofortigen Friedensvertrag, freie Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands. Außerdem wurde verlangt, alle Untersuchungshäftlinge sofort zu entlassen. Die Polizisten wichen vor der in das Gebäude drängenden Menge zurück. Ein sowjetisches Kommando war inzwischen zur Verstärkung herbeigeholt. Sie forderten die Menschen auf, den Platz zu verlassen und die Demonstration zu beenden. Zur Bekräftigung dieser Forderung, feuerten sie Warnschüsse aus ihren Maschinenpistolen. Die Wirkung trat bei den Menschen augenblicklich ein, denn ein Blutvergießen wollten sie nicht. Rasch zerstreute sich die demonstrierende Menge. Noch am gleichen Abend wurden 22 der am Tag ausgemachten Initiatoren verhaftet und von der Staatssicherheit verhört.

Neben den Demonstrationen in Teterow und Groß-Dölln kam es im Bezirk Neubrandenburg in weiteren Orten und Betrieben zum Ausstand. So legten im Reichsbahnausbesserungswerk Malchin 50 – 60 Arbeiter für eine Stunde die Arbeit nieder. Sie forderten: „Bestrafung der Hauptschuldigen an der verfehlten Politik und sofortige Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung.“⁶¹

In Blumenhagen brachten die Bauern des Ortes zum Ausdruck, dass sie einen Streik beginnen und ab sofort keine Milch mehr liefern werden. Der am Anschlagbrett des Dorfes angebrachte Befehl über die Verhängung des Ausnahmezustandes wurde abgenommen und an seine Stelle geschrieben: „Aufruf an alle! Befreit euch von der SED, liefert keine Erzeugnisse ab, sucht Stricke heraus für Sch., H., B. und R. Befreit euch von dieser Pest.“⁶² Die Ermittlungen der Polizei, den Verfasser ausfindig zu machen, verliefen ergebnislos.

In einigen Orten wurden Losungen und Bilder von Partei- und Staatsfunktionären entfernt und teilweise zerstört. Flugblätter wurden aufgefunden, auf denen zum

⁶⁰ Vgl. ebenda.

⁶¹ Vgl. ebenda.

⁶² Vgl. ebenda. Personen aus datenrechtlichen Gründen anonymisiert.

Generalstreik aufgerufen wurde. Alle wichtigen öffentlichen Gebäude wurden vom 17. bis 19. Juni bewacht, die Polizei hatte sich in ständiger Bereitschaft zu halten.

Im Bezirk Neubrandenburg wurden im Zusammenhang mit den Aktionen des 17. Juni insgesamt 60 Personen verhaftet. Nachdem sie von der Staatssicherheit verhört worden waren, wurden 29 wieder frei gelassen und 31 der Sabotage und des Angriffs gegen die Staatsordnung beschuldigt und verurteilt.

3. Eine Niederlage und doch gewonnen

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 musste in einer Niederlage enden, aber nicht weil Panzer stärker sind als unbewaffnete Volksmassen. „Volksmassen sind stärker als Panzer, aber nur dann, wenn sie ein klares politisches Ziel haben, das unter den gegebenen Umständen überhaupt erreichbar ist, und wenn sie eine entschlossene Führung haben, der sie vertrauen. Beide Voraussetzungen waren nicht erfüllt.“⁶³ Die Arbeiter machten jedoch die Erfahrung ihrer eigenen Stärke und der Verwundbarkeit der SED-Herrschaft. Letztlich haben die Bajonette der Besatzungsmacht entscheidend dazu beigetragen, mit Kriegsrecht und Ausnahmezustand eine grundsätzliche Wende im Gesellschaftssystem der DDR zu verhindern. Als diese Hilfen 1989 ausblieben, weil Michael Gorbatschow nicht mehr bereit war, die SED vor dem Volk zu schützen, brach die DDR zusammen trotz hochgerüsteter Volksarmee, Polizei und Staatssicherheit.

Die Ereignisse des 17. bedeuteten ein ernstes Signal an die SED-Führung: Die Mehrheit der Bevölkerung war mit dem politischen Kurs der Partei in Richtung Sozialismus nicht einverstanden und beharrte darauf, dass die beiden Teile Deutschlands zusammengehörten. Die SED bejahte dies zwar mit Worten, tat in der Praxis seit dem Ende des Krieges aber das genaue Gegenteil.

Die Arbeiter hatten in der Auseinandersetzung mit einem mächtigen Gegner an Selbstbewusstsein gewonnen. Sie erlebten, wie die SED, gestützt auf die Sowjets, vor der Macht der Arbeiterschaft erzitterte. Mit starkem propagandistischen Aufwand wurde zwar versucht herunter zu spielen, dass sie dieser Aufstand zutiefst bestürzte, aber sie kamen nicht umhin, ernste Fehler in ihrer Politik einzugestehen. Auf einer Sitzung der SED-Bezirksleitung Rostock nahm sich die SED vor, „die Werften in Festungen der Arbeiterklasse zu verwandeln, damit die Klassenkraft der Arbeiter auf die Städte, aber vor allem auf die Landbevölkerung ausstrahlen kann. Wir müssen feststellen, dass diese Aufgabe nicht geklärt ist.“ Und: „Die Massen folgten dem Ruf der Partei und der Gewerkschaft nicht.“⁶⁴

Die SED hatte nach dem Aufstand vom 17. Juni fortan eine panische Angst vor Protesten oder gar Streiks der Arbeiterschaft. Immer dann, wenn es in einzelnen Betrieben zu derartigen Aktivitäten kam – und bis zum Ende der DDR gab es in den Industrie- und Baubetrieben der Nordbezirke einige davon – wurde der

⁶³ Robert Havemann. Fragen-Antworten-Fragen – Aus der Biographie eines deutschen Marxisten. Zitiert aus: 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand in der DDR. Edition Deutschland Archiv, S. 168.

⁶⁴ LA Greifswald. Bezirksleitung der SED Rostock, Nr. IV/A/2/1/8.

gesamte Sicherheitsapparat in Bewegung gesetzt. Das Streikrecht war in den kommenden Verfassungen nicht mehr enthalten.

Das große Ziel: Freie Wahlen, Sturz der Regierung Grotewohl-Ulbricht, Ende der Einparteienherrschaft, Wiedervereinigung des Vaterlandes wurden nicht erreicht. Forderungen sozialer und wirtschaftlicher Art wurden jedoch erfüllt und das Tempo der sozialistischen Entwicklung reduziert.

3.1 „Neuer Kurs“ oder Lernfähigkeit der SED?

Am 9. Juni 1953 beschloss das Politbüro des ZK der SED eine Politik des Neuen Kurses. Schwerwiegende Fehler vor allem wirtschaftlicher Art wurden eingestanden und eine Korrektur versprochen. Die Normerhöhung war zunächst von den Maßnahmen, die der Ministerrat daraufhin beschloss, ausgenommen. Somit wurde eine wesentliche Forderung nicht erfüllt, die vor allem die Arbeiter berührte. Entscheidend aber war, dass es der SED- und Staatsführung nicht gelang, eine Beruhigung in der Bevölkerung zu erreichen. Was als „Neuer Kurs“ deklariert wurde, überzeugte die Menschen nicht, weil an dem beschlossenen Ziel „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ keine Abstriche gemacht wurden. „Die Politik des Neuen Kurses vermochte die revolutionäre Situation in Ost-Berlin und der DDR dennoch nicht mehr zu entspannen. Eher wirkte sie stimulierend, weil die bis dahin als ‚unfehlbar‘ gepriesenen Partei, ‚die immer recht hat‘, offiziell schwerwiegende Fehler zugeben und damit ihre Funktionäre und Genossen um ihre Selbstsicherheit gebracht hatte, während sich umgekehrt die Bevölkerung in ihrer kritischen Haltung bestätigt, in ihrer oppositionellen Stimmung bestärkt fand.“⁶⁵

Berichte aus den Werften und anderen Betrieben an die SED-Bezirksleitung informierten zwar darüber, dass es in den Brigaden heftige Diskussionen über die beabsichtigte Normerhöhung und die schlechte Versorgung gibt, aber das wurde nicht als so schwerwiegend gedeutet, um es als Auslöser für einen Streik oder gar Aufstand zu erfassen. Daraufhin gab es zwar die Forderung im Sekretariat der Bezirksleitung, künftig den Signalen aus der Arbeiterschaft eine größere Bedeutung beizumessen, aber diese Schlussfolgerung kam zu spät, um die Aktionen um den 17. Juni noch verhindern zu können. Auch danach vormochte die Parteiführung die tieferen Ursachen der Erhebung nicht zu erkennen und war deshalb auch nicht in der Lage, wirksame Maßnahmen zur Lösung der grundlegenden Gesellschaftsprobleme zu ergreifen.

Auf der Tagung des Zentralkomitees der SED am 21. Juni 1953 wurde eine Wertung der Ereignisse um den 17. Juni vorgenommen und Maßnahmen beschlossen,

⁶⁵ Wie Anmerkung 1, S. 11.

die künftig eine derartige Erhebung unmöglich machen sollten. Die SED-Bezirksleitungen in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg führten Parteiaktivtungen durch, auf denen eine regionale Einschätzung gegeben wurde, die jedoch in ihren grundsätzlichen Wertungen der Linie des ZK folgten. Demnach handelte es sich bei dem Aufstand um eine „faschistische Provokation“⁶⁶, angezettelt von westlichen Agenten und Provokateuren, die die Unzufriedenheit der Arbeiter in Berlin und anderen Städten der DDR ausnutzend eine Veränderung des politischen Systems herbeiführen wollten. Dass dies nicht gelang, ist dem Eingreifen der sowjetischen „Freunde“ zu verdanken, wobei es „natürlich besser gewesen wäre, wenn wir als Deutsche selbst mit den Provokateuren fertig geworden wären.“⁶⁷

Da es nur ein relativ kleiner Teil der Arbeiterschaft war, der sich am Aufstand beteiligt hatte – in den drei Nordbezirken nur ca. fünf Prozent – wurde daraus geschlossen, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung mit dem Aufbau des Sozialismus einverstanden sei und sich deshalb nicht aktiv am Ausstand beteiligte. Der Wahrheit entspricht aber wohl eher die Einschätzung, die in einer „Analyse über die Lage im Bezirk Schwerin aufgrund des faschistischen Abenteuers“ vom 20. Juni 1953 zum Ausdruck kommt: „Ein großer Teil der wirklichen Stimmung der Bevölkerung war uns nicht bekannt. Die Ursachen sind darin zu suchen, dass die Parteileitungen eine ungenügende Verbindung zu den Grundorganisationen und damit zur Bevölkerung hatten... Eine weitere Schwäche ist die mangelnde Parteiinformation. Es wurden im überwiegenden Teil nur Einzelstimmen berichtet, aber keine Analyse der Stimmung der Bevölkerung gegeben. Ein Teil der Berichte war schön gefärbt und spiegelte nicht die richtige Lage wider.“⁶⁸ Dabei waren die Signale aus der Bevölkerung als Reaktion auf sozialistische Orientierung der SED-Politik eindeutig. Die Bevölkerung wollte mehrheitlich keinen Sozialismus und schon gar nicht den stalinistischen Prägung.

Vielfach wurde eine mangelnde Qualifikation von Partei- und Staatsfunktionären für ihre Tätigkeit bemängelt. In den Werften und anderen großen Industriebetrieben gab es Parteimitglieder, die ihre Unzufriedenheit über die Partei dadurch zum Ausdruck brachten, dass sie sich sogar auf die Seite der Streikenden stellten. So glaubte die SED-Bezirksleitung Rostock herausgefunden zu haben, dass eine Untergrundbewegung vorhanden gewesen sei, deren wichtigste Mitglieder ehemalige Sozialdemokraten waren, von denen die meisten nicht in die SED eingetreten waren oder bei der Parteisäuberung ihr Mitgliedsbuch verloren hatten. Herausgehoben wurden in diesem Zusammenhang die Warnowwerft,

⁶⁶ Vgl. LHA Schwerin. Bezirksleitung der SED Neubrandenburg, Nr. IV/A/2/2/212.

⁶⁷ LHA Schwerin. Bezirksleitung der SED Schwerin, Nr. 96.

⁶⁸ LHA Schwerin. Bezirksleitung der SED Schwerin, Nr. 569.

Neptunwerft, Dieselmotorenwerk Rostock, Zuckerfabrik Barth, Volkswerft Stralsund und die Universität Rostock. Genannt wurden Verbindungen zum Ostbüro der SPD, die noch immer vorhanden wären. Ohne den Beweis hierfür zu liefern, schwang Karl Mewis die ideologische Keule des Sozialdemokratismus: „Es gibt aber noch immer Mitglieder der Partei, z. B. in Barth, denen die Gefährlichkeit der verbrecherischen Rolle der rechten SPD-Führung nicht klar ist, die nicht wissen, dass die rechten Führer der Sozialdemokratie, wenn sie an unserer Regierung beteiligt wären, sich als Agenten des Monopolkapitals betätigen würden.“⁶⁹ Da bot es sich geradezu an, Albert Schulz, obwohl er bereits vor vier Jahren in die Bundesrepublik geflüchtet war, als einen ideologischen Rädelsführer des Aufstandes der Arbeiter zu benennen. In seinem Referat auf der Bezirksleitungssitzung führte Mewis aus: „In Rostock ist allen bekannt, dass Albert Schulz vor 1933 ein rechter Sozialdemokrat war, nach 1945 hat er sich als Anhänger der Einheit getarnt. In seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister unterstützte er die Bestrebungen der Kapitalisten in Rostock. Als er dafür zur Verantwortung gezogen werden sollte, floh er nach dem Westen. Hier gehört er heute zu denjenigen Führern der rechten Sozialdemokratie Westdeutschlands, welche mit den amerikanischen Milliardären gegen den Aufbau des Sozialismus bei uns, in den Volksdemokratien und gegen die sozialistische Sowjetunion marschieren wollen mit dem Ziel, den Monopolkapitalisten ihr Eigentum und das vom Volk geschaffene neue Eigentum zu übergeben.“⁷⁰

Wie ehrlich es die SED mit der Politik des Neuen Kurses meinte, ist vor allem an der Tatsache festzustellen wie sie die Mitglieder und Funktionäre in ihrer Haltung zum 17. Juni beurteilte. Auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparates und in den von der SED kontrollierten Massenorganisationen fanden sich „Wankelmütige“, die sich nach Auffassung der Partei in dieser oder jener Weise als unzuverlässig erwiesen hatten. Das waren nicht nur diejenigen, die aus eigenem Antrieb ihr Parteibuch abgegeben hatten – in den drei Nordbezirken waren es etwa 50 – sondern auch Mitglieder, die eine wahrheitsgemäße Analyse der Ursachen für den Aufstand forderten und nicht mit propagandistischen Losungen abgespeist werden wollten. Selbst die Funktionäre der Kreis- und Bezirksleitungen wurden daraufhin durch die Parteikontrollkommissionen untersucht. Etwa 20 Prozent von ihnen fielen bei der Prüfung durch.

Die SED schien zunächst den Warnschuss des 17. Juni verstanden zu haben. Bernhard Quandt, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin, formulierte die Wende in der Politik wie folgt: „1. die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik stärken und festigen, die Lebenshaltung der Bevölkerung entschieden verbessern; 2. die Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik

⁶⁹ LA Greifswald. Bezirksleitung der SED Rostock, Nr. IV/A/2/1/8.

⁷⁰ Vgl. ebenda.

gewährleisten; 3. die Deutsche Demokratische Republik zu einem vorbildlichen demokratischen Staat entwickeln.“⁷¹

Durch Kürzungen des Investitionsplans für die Schwerindustrie wurden ca. 10 Mio. DM zusätzlich bereitgestellt, um in den Nordbezirken den Wohnungsbau zu beschleunigen und neue kulturelle und soziale Einrichtungen zu bauen. Lohn- und Rentenerhöhungen, Preissenkungen und eine verbesserte Warenbereitstellung führten zu einer Beruhigung der Gemüter.

Es sollten landwirtschaftliche Betriebe, deren Besitzer in den Westen geflüchtet waren, weil sie nicht in die LPG eintreten wollten, zurück gegeben werden, falls diese zurückkehren würden. Austritte aus den LPGen waren möglich und wurden in kurzer Zeit in über 300 Fällen realisiert. Die Mehrheit jedoch glaubte den Versprechungen nicht und schuf sich eine neue Existenz in der Bundesrepublik. Damit hatten sie Recht, denn der Prozess der Zwangskollektivierung wurde fortgesetzt und der Bezirk Rostock meldete an Walter Ulbricht als erster den Vollzug.

Überprüft wurden Gerichtsverfahren insbesondere gegen Bauern, in denen überhöhte Strafen verhängt worden waren, weil das Soll nicht erfüllt oder sogenannte Schwarzschlachtungen vorgenommen worden waren, weil die Familien hungerten.

Relegierte Oberschüler, die wegen ihrer Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde von der Schule verwiesen worden waren, konnten die Schulausbildung nach Rückkehr an der gleichen Schule fortsetzen, wenn sie inzwischen in den Westen gegangen waren. Die SED versprach, keinen Kirchenkampf mehr führen zu wollen, was sie aber nicht einhielt, denn schon bald begann die Auseinandersetzung um die Teilnahme an der Jugendweihe.

Es dauerte nur wenige Jahre bis die SED-Führung wieder in den alten Trott verfiel. Spätestens mit den Ereignissen in Ungarn 1956 war der Neue Kurs vergessen, obwohl die Linie des sozialistischen Aufbaus auch nach dem 17. Juni konsequent weiter verfolgt wurde. In den Betrieben wurden Kampfgruppen der Arbeiterklasse mit dem Ziel geschaffen: „...die Interessen der Arbeiterklasse und das gesellschaftliche Eigentum gegen feindliche Angriffe und Sabotageakte zu verteidigen und zu schützen.“⁷² Streiks und Aufständen, sollte es sie erneut geben, würden künftig mit Waffengewalt begegnet werden, ohne die Hilfe der „Freunde“ in Anspruch zu nehmen.

⁷¹ LHA Schwerin. Bezirksleitung der SED Schwerin, Nr. 96.

⁷² LHA Schwerin. Bezirksleitung der SED Schwerin, Nr. 1597.

3.2 Der Aufstand in der Wertung der SED-Führung

„Es ist kein Geheimnis, dass die faschistischen Provokateure, die am 17. Juni in einigen Orten randalierten, gekaufte Subjekte waren.“⁷³ Das war der Grundtenor der Einschätzung des Aufbegehrens der Arbeiterschaft. Diese in den Medien und auf zahlreichen Veranstaltungen durch die SED, die anderen Blockparteien und Massenorganisationen verbreitete Version hatte den Zweck, den Klassegegner jenseits der Elbe verantwortlich zu machen und das eigene Versagen herunterzuspielen. Indem bewusst von einem „faschistischen Putsch“ gesprochen wurde, hoffte man bei der Bevölkerung einen Solidarisierungseffekt zu erreichen, denn der Faschismus war noch als Verursacher des Krieges und seinen Folgen in den Menschen lebendig. SED und Staat stellten sich als Retter einer friedlichen Entwicklung Deutschlands und des Friedens dar. Die vermeintlichen Drahtzieher des Aufstandes: Adenauer, Lehr, Kaiser und Ollenhauer wurden in einem Atemzug Faschisten und Kriegstreibern genannt, die im Bündnis mit den „Konzernherren und Monopolisten der Wallstreet in Amerika“ gehandelt hätten. Die aufständischen Arbeiter in Berlin, Rostock, Wismar und vielen anderen Orten waren danach entweder von ihnen Verführte oder Gekaufte. Diese Differenzierung folgte dem simplen Klischee von Gut und Böse. Sich selbst stellten die Kommunisten seit 1945 als Inkarnation des Guten dar. Sie waren die Antifaschisten und Verfechter eines einheitlichen und friedlichen Deutschland.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass zu Beginn der fünfziger Jahre sich der kalte Krieg zwischen den Systemen erheblich zugespitzt hatte und die westlichen Staaten keineswegs nur defensiv agierten. Der Schlagabtausch wurde mit zunehmender Härte geführt. Dabei kämpften die Kommunisten an zwei Fronten. Nach außen gegen das westliche System, das sichtbar und zunehmend seine Überlegenheit zum Ausdruck brachte, nach innen gegen die eigene Bevölkerung, die ganz andere Wünsche und Hoffnungen an die Entwicklung hatte als die SED. Der Slansky-Prozess in der Tschechoslowakei, die Auseinandersetzung um Gomolka in Polen, der Aufstand des 17. Juni in der DDR – und weitere Ereignisse lassen sich beliebig bis zum Ende des Sozialismus aufzählen – sind Belege für diese inneren Auseinandersetzungen. Immer war die Sowjetunion mit ihrer militärischen Macht präsent und half bei der Rettung des diktatorischen Systems. Die westlichen Staaten mussten in der Regel Zaungäste beleiben, waren ihnen doch die Hände gebunden im Interesse des übergreifenden Ziels, der Erhaltung des Friedens.

Die Ereignisse des 17. Juni hätten für die SED ein Signal sein können, die strategische Orientierung ihrer 2. Parteikonferenz ernsthaft zu überdenken. Es gab durchaus im ZK wie auch in den Bezirksleitungen Funktionäre, die dazu bereit

⁷³ LHA Schwerin. Rat des Bezirkes Schwerin, Nr. 8.

waren und ihr eigenes politisches Schicksal damit verbanden. Anton Ackermann, Wilhelm Zaisser, Rudolf Herrnstadt, Adalbert Hengst, um nur einige zu nennen, waren die bekanntesten. Für sie war damit aber auch die politische Karriere beendet. Auch in der LDPD, CDU, DBD und NDPD gab es auf allen Leitungsebenen Mitglieder, die einen Neuanfang mittragen wollten. Die Massierung der ökonomischen Probleme ließ deutlich werden, dass eine Übernahme des sowjetischen Modells für die DDR nicht in Frage kommen konnte. Leute wie Ulbricht im Politbüro oder Mewis, damals 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, vertraten dagegen die Meinung, die Entwicklung in der Sowjetunion sei entscheidend weiter vorgeschritten als in der DDR, und deshalb müsse man diesen Weg, wenn auch modifiziert konsequent weitergehen.

Bei der Analyse der Ursachen für den Aufstand kristallisieren sich im wesentlichen zwei Linien heraus. Die orthodoxe Position der entschiedenen Stalinisten um Walter Ulbricht machte den Imperialismus im Zusammenwirken mit „reaktionären Kräften“ in der DDR verantwortlich. Das Eingeständnis von Fehlern in der Führung der SED sei von den Gegnern aufgegriffen worden, um Unruhe in der Bevölkerung zu stiften. Nach der Kurskorrektur vom 9. Juni habe keinerlei Anlass mehr für einen Streik bestanden.

Paul Verner, Mitglied des ZK, äußerte auf einer Sondersitzung der Bezirksleitung Rostock, dass es neben den Einflüssen des imperialistischen Gegners vor allem Kräfte aus dem Kleinbürgertum und Bürgertum gab, unter ihnen nicht wenige ehemalige aktive Faschisten, die unter allen Umständen verhindern wollten, dass es zu einer sozialistischen Entwicklung in der DDR komme. Sie seien die Drahtzieher des „faschistischen Putsches“ gewesen, die im Auftrag der Adenauer-Regierung und der Amerikaner seit Jahren daran gearbeitet hätten, den Tag X vorzubereiten.

Auf einer Parteiaktivtagung der BDVP hieß es hierzu: „Es besteht wohl bei niemandem mehr ein Zweifel darüber, dass die Ereignisse der Junitage keineswegs ein zufälliges Zusammentreffen von unglücklichen Umständen und Irrtümern sind. Es war vielmehr ein seit langem vorbereiteter und organisierter Angriff auf die Deutsche Demokratische Republik mit dem Ziel, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die DDR unter die Herrschaft der amerikanischen Imperialisten zu bringen oder in Deutschland einen neuen 38. Breitengrad (in Anspielung auf die Ereignisse in Korea) zu schaffen.“⁷⁴ Erstaunlich war, dass die SED von ehemaligen Nazis sprach, wo doch ständig betont wurde, in der DDR sei der Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgeremert worden und nur in der Bundesrepublik gäbe es keine Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Aber um die wirklichen Ursachen zu verschleiern, kam ihnen auch eine solche Argumentation gerade recht.

⁷⁴ LHA Schwerin. BDVP Schwerin, Nr. 58.

Eine zweite Argumentationslinie der SED-Führung bestand in der Behauptung, die Tätigkeit antidemokratischer, feindlicher Elemente in Betrieben unterschätzt zu haben und somit dem Kampf gegen den Sozialdemokratismus nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet zu haben. „Die Tatsache, dass in fast allen Werften an dem entscheidenden Tag die Partei von den Massen isoliert war, muss uns veranlassen, für die Arbeit der Partei ernste Schlussfolgerungen zu ziehen.“⁷⁵

In der SED wurde nach dem Juni-Aufstand über den Weg zum Sozialismus erneut heftig diskutiert. Eine Revision der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz, wie es viele erhofften, wurde von der Gruppe um Walter Ulbricht kategorisch abgelehnt. Vielmehr wurde die Auseinandersetzung mit denen geführt, die eine Liberalisierung des Sozialismusbildes anstrebten. Unter dem Vorwand einer Parteisäuberung von Opportunisten und Revisionisten sowie Erscheinungen des Sozialdemokratismus wurden nun jene Parteimitglieder mit Parteierziehungsmaßnahmen belegt, die sich nicht der stalinistischen Doktrin des Sozialismus beugen wollten.

Die Haltung zu den Ereignissen während und nach dem 17. Juni war entscheidendes Kriterium, ob ein Mitglied in der Partei bleiben konnte oder ein Ausschlussverfahren eingeleitet wurde. Auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparates sowie in den von der SED kontrollierten Organisationen wurde nach einer Weisung des ZK eine Überprüfung vorgenommen, bei der vor allem die haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre ins Visier der Kontrollkommissionen gerieten. Das waren nicht nur diejenigen, die aus eigenem Antrieb ihr Parteibuch abgegeben und ihren Austritt aus der Partei erklärt hatten – in den drei Nordbezirken waren es etwa 50 – sondern auch Mitglieder, die eine wahrheitsgemäße Aufarbeitung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 forderten und nicht mit allgemeinen propagandistischen Losungen abgespeist werden wollten.

Aber nicht nur in der SED wurde die Auseinandersetzung geführt. Auch in den sogenannten befreundeten Parteien gab es Diskussionen, die auch den Herrschaftsanspruch und die Führungsrolle der SED beinhalteten. In allen diesen Parteien gab es willige Funktionäre, die sich der SED anbiederten und bereit waren, potentielle Feinde des sozialistischen Aufbaus in der DDR zu benennen und auszugrenzen. Hierbei hatte auch die Staatssicherheit ihre Aufgabe zu erfüllen. So kam der damalige Chef der Bezirksverwaltung Rostock zu der Feststellung: „Es war keine leichte Aufgabe, den ersten Bezirkssekretär der LDP, John, zu entlarven. Er konnte der Spionage zugunsten der FDP in Westberlin überführt werden. Er hat außerdem Militärspionage betrieben und zu diesem Zweck andere Personen angeworben.“⁷⁶ In Wahrheit war diese Anschuldigung erfunden

⁷⁵ Vgl. ebenda, Nr. 34.

⁷⁶ Vgl. ebenda.

und diene dem Ziel, die politische Auseinandersetzung mit der LDP zu führen und sie zu disziplinieren. Jeder Kontakt mit Personen aus dem westlichen Ausland konnte unter Umständen genutzt werden, um demjenigen Spionage oder andere Vergehen gegen die DDR vorzuwerfen.

Interessant ist, wie die SED-Führung die Tatsache wertete, dass gerade die Arbeiterklasse an der Spitze des Aufstandes stand, obwohl diese als revolutionärster Teil der Bevölkerung doch am ehesten für eine sozialistische DDR eintreten sollte. Begründet wurde dies damit, dass nach dem Krieg die fortschrittlichsten Arbeiter aus den Betrieben in Funktionen der SED, des Staates und der Organisationen geholt wurden. Gleichzeitig kamen Tausende ehemalige Nazis, die die neue Ordnung nicht akzeptieren wollten, als Arbeiter in die Betriebe. Verbunden mit einer mangelnden Aufklärung durch die Partei und dem Einfluss des Gegners konnte dann diese Situation entstehen. Kein Wort über die eigene Selbstherrlichkeit und Arroganz gegenüber den Wünschen der Menschen. Zu keinem Zeitpunkt wurde die Arbeiterklasse oder das Parteivolk in den Findungsprozess gesellschaftlicher Ziele einbezogen. Das sollte sich auch nach dem 17. Juni nicht ändern.

Nicht die Partei sah einen Anlass zur Kursänderung, sondern die Bevölkerung sollte dahin gebracht werden, sich die Wunschvorstellungen der SED zu eigen zu machen. Deshalb sei es erforderlich, so heißt es auf einer Sondersitzung der Bezirksleitung der SED Schwerin, „die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewusstsein zu erfüllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu führen.“ Das erfordere zuallererst das „Studium der Geschichte der KPdSU, das die Grundlage der gesamten Parteischulung bildet und das Studium der Werke des Genossen Stalin noch gründlicher durchzuführen.“⁷⁷ Eine solche Aussage ignorierte die Ablehnung des stalinistischen Sozialismus durch die Bevölkerungsmehrheit völlig.

Die SED-Führung erwies sich als unfähig, aus dem Aufstand der Arbeiter die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein Abrücken vom Kurs der 2. Parteikonferenz wäre für die SED mit weitreichenden Folgen verbunden gewesen. Hierzu hätte es aber nicht nur der Aufgabe ihres Indoktrinismus bedurft, sondern auch der Entfernung der orthodoxen Stalinisten aus der Partei. Doch genau das Gegenteil trat ein.

Unter diesen Bedingungen nutzten weiterhin Hunderttausende die offene Grenze, um ihre Heimat zu verlassen. Sie glaubten den Reden der Propagandisten und Funktionäre von Partei und Regierung nicht. Die Mehrheit der Bevölkerung aber begann sich dem scheinbar Unausweichlichen zu fügen und richtete sich, so gut es eben ging ein.

⁷⁷ Vgl. ebenda.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AGL	Abteilungsgewerkschaftsleitung
APO	Abteilungsparteiorganisation
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BPA	Bezirksparteiarchiv
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BPO	Bezirksparteiorganisation
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GO	Grundorganisation
HO	Handelsorganisation
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPKK	Kreispartei kontrollkommission
LDP	Liberaldemokratische Partei
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MDI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
LA	Landesarchiv
LHA	Landeshauptarchiv
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKWD	Narodny Kommissariat Wnutrennych Del (Volkskommissariat für Innere Sicherheit)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

Zeittafel

09.-12.07.1952	II. Parteikonferenz der SED beschließt, den Aufbau des Sozialismus zu beginnen
04.01.1953	Das ZK der SED kündigt neuerliche Überprüfung ehemaliger Westemigranten an
27.01.1953	Politbüro des ZK der SED beschließt Schauprozesse gegen Mitglieder der evangelischen „Jungen Gemeinde“
10.02.1953	Beginn der „Aktion Rose“, Enteignungswelle an der Ostsee
05.03.1953	Tod J. W. Stalin
27.03.-02.04.1953	Relegierung von Schülern an Oberschulen, die kirchlichen Jugendorganisationen angehören
09.04.1953	Ministerrat beschließt die Einziehung der Lebensmittelkarten für einige soziale und berufliche Gruppen
16.05.1953	Das Bezirksgericht Rostock verurteilt einen Diakon wegen „falscher Auslegung der christlichen Lehre“ zu acht Jahren Zuchthaus
29.05.1953	Der Ministerrat beschließt eine Anhebung der Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent
09.06.1953	Das ZK der SED beschließt einen „Neuen Kurs“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik
16.06.1953	Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in Berlin
16.06.1953	Proteste der Belegschaften der Betriebe Bruchhäuser und Dähn in Güstrow
17.06.1953	Beginn des Aufstandes in der DDR
17.06.1953	Arbeitsniederlegung der Womag Ludwigslust, Demonstration in Grabow
17.06.1953	Verhängung des Ausnahmezustandes durch die sowjetischen Militärkommandanten in den Bezirken
17.06.1953	Versammlungen im Dieselmotorenwerk Rostock und der Warnowwerft in Warnemünde

- 18.06.1953 Arbeitsniederlegung auf den Werften und Seehäfen sowie der Großbaustelle
Dölln
- 19.06.1953 Beendigung aller Streiks
- 21.06.1953 ZK der SED nimmt die Normerhöhungen zurück und bezeichnet den Auf-
stand als „faschistischen Putsch“
- 25.06.1953 Aufhebung des Ausnahmezustandes

Lebensweg von Robert Dahlem

Robert Dahlem, Sohn der bekannten deutschen Kommunisten Franz und Käthe Dahlem, wurde am 11. März 1922 in Köln geboren. Seine Kindheit und Jugend wurde wesentlich durch das politische Engagement seiner Eltern geprägt. Nur wenige Jahre besuchte er die Volksschule in Köln, denn die 1933 einsetzende Kommunistenverfolgung zwang die Eltern zur Emigration. Mit seiner Mutter und seiner Schwester Liesel fanden sie Zuflucht in Frankreich. Einige Zeit lebte er mit seiner Mutter zusammen, der, wie seinem Vater auch, verantwortungsvolle Aufgaben in der Auslandsarbeit der KPD übertragen wurden und die damit relativ wenig Zeit für die Kinder hatte. Robert besuchte bis 1935 eine französische Schule und lernte hier vor allem die französische Sprache. Kurzeitig war er auch in einem Kinderheim der Internationalen Arbeiterhilfe bei Paris untergebracht.

1935 verließ die Familie Frankreich und gelangte über Prag nach Moskau. Er wohnte mit seiner Familie in dem legendären Hotel „Lux“ und musste hier die Verfolgung und Verhaftung von Kommunisten, zu denen auch enge Freunde gehörten, erleben.

In Moskau erhielt die Familie die sowjetische Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten. Robert Dahlem besuchte bis zu deren Schließung die deutsche Schule „Karl Liebknecht“ und beendete die Schulausbildung an einer sowjetischen Schule mit dem erfolgreichen Abschluss der Mittelschule 1941, was auch zugleich nach sowjetischem Maßstab die Hochschulreife bedeutete. 1938 trat er der sowjetischen Jugendorganisation „Komsomol“ bei.

Nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion gehörte Robert Dahlem zu den ersten deutschen Emigranten, die sich zur Verteidigung der neuen Heimat in den Reihen der Roten Armee meldeten. Es erfolgte jedoch eine Ablehnung, ohne dass es hierfür eine Erklärung gab. Diese Ablehnung bedeutet für ihn eine Demütigung und hinterließ bei ihm psychische Spuren, die durch seine Internierung und Einweisung in eine Nervenklinik mit Zwangsarbeit noch verstärkt wurden. Erst eine Intervention der Komintern bei Stalin befreite ihn aus dieser Zwangslage.

Im Herbst 1941 erfolgte die Evakuierung in das Hinterland. Er begann eine Ausbildung als Dreher in einer Straßenbahnreparaturwerkstatt und arbeitete danach in einem Rüstungsbetrieb als Dreher. 1943 kehrte er nach Moskau zurück und arbeitete hier als Autoschlosser bzw. LKW-Fahrer. Ein Jahr später fuhr er im Auftrag des NKFD und der sowjetischen Behörden in ein Kriegsgefangenenlager, um hier als Politinstrukteur deutschen Kriegsgefangenen zu helfen, eine geistige Neuorientierung in ihrem Leben zu finden.

Mit Unterstützung seines Vaters, der nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager in Moskau weilte, gelangte er im November 1945 zurück nach Deutschland. Sein Aufenthalt in der Sowjetunion, die Erziehung im Elternhaus sowie die politische Arbeit unter den Kriegsgefangenen hatten ihn zum Kommunisten reifen lassen, jedoch hatten negative Erfahrungen, vor allem im Zusammenhang mit der Kommunistenverfolgung in der Sowjetunion, ihm die Kritikfähigkeit gegenüber dem Stalinismus erhalten. Er wurde Mitglied der KPD bzw. SED und des FDGB. Eine politische Karriere beabsichtigte er vorerst nicht, zumal er auch gesundheitliche Probleme hatte.

Zunächst arbeitete er als Redaktions-Volontär bei der Berliner Zeitung, konnte diese Arbeit aber nur bis Mitte 1946 ausüben, weil er erkrankte. Im September 1946 wurde er Praktikant im Kabelwerk Oberspree Berlin. Auch diese Tätigkeit wurde durch eine erneute monatelange Krankheit abgebrochen. Im Oktober 1947 verließ er Berlin und wurde Sachbearbeiter in der Landesregierung Sachsen. Bereits nach knapp einem Jahr verließ er Sachsen wieder und kehrte nach Berlin zurück. Er wurde Sachbearbeiter in der Deutschen Wirtschaftskommission, Hauptabteilung Materialversorgung. Es war ein außerordentlich schwieriges Aufgabengebiet angesichts der komplizierten Nachkriegssituation, den Reparationsverpflichtungen und angespannten Beziehungen zum westlichen Teil Deutschlands. Hinzu kam sein instabiler Gesundheitszustand mit dem Ergebnis, dass er bereits im Februar 1949 diese Tätigkeit aufgab und wieder eine Anstellung bei der Landesregierung Sachsen, Abteilung Gewerbelenkung und Sicherung der Wirtschaft aufnahm. Bis 1950 arbeitete er in dieser Funktion, ging dann für kurze Zeit in die Produktion, wurde Transportarbeiter im Hüttenwerk Döhlen, war aber dieser schweren körperlichen Arbeit nicht gewachsen. Nur wenige Wochen arbeitete er als Sachbearbeiter in der Landesbehörde der Deutschen Volkspolizei, um dann wieder Arbeiter in einem Dresdener Baubetrieb zu werden. Die Unstetigkeit in seinem Berufsleben setzte sich fort, indem er 1952 für nur wenige Wochen nach Riesa ins Stahl- und Walzwerk ging, dann in Schwerin bei der Reichsbahn anfang und schließlich ab März 1952 Elektroschweißer auf der Warnowwerft in Warnemünde wurde.

Nach Warnemünde kam er zusammen mit seiner Frau in der Absicht, hier seine innere Ruhe wieder zu finden und ein geordnetes Familienleben zu führen. Sowohl seine eigene politische Entwicklung mit den negativen Erfahrungen in der Sowjetunion als auch die Tatsache, Sohn eines politisch hochrangigen Vaters zu sein – Franz Dahlem gehörte als Mitglied des Politbüros des ZK der SED der Führungsspitze der Partei an –, forderten ihn stets dazu heraus, Positionen zu beziehen. Als sein Vater im März 1953 im Zuge des Machtkampfes in der Parteiführung aus dem ZK und dem Politbüro ausgeschlossen wurde, ergriff Robert Partei für seinen Vater. In seiner Parteigruppe vertrat er die Auffassung, dass nach dem Tod Stalins sich auch in der SED eine Abkehr vom Stalinismus voll-

ziehen müsste. Dementsprechend sollten Parteikader wie Ulbricht, Matern und Honecker aus der Parteiführung ausscheiden. Diese Position erregte auch das Missfallen der SED-Bezirksleitung, dessen 1. Sekretär Karl Mewis war.

Robert Dahlem galt in seinem Betrieb beruflich zwar als zuverlässiger Arbeiter, politisch jedoch als eigenwillig und kritisch mit einer Neigung zum Opportunismus und Individualismus. Schon nach kurzer Zeit wählten ihn die Arbeitskollegen zum Vertrauensmann der Brigade. Die erste große Bewährungsprobe in dieser Funktion eröffnete sich mit den Ereignissen des 17. Juni 1953.

Sofort, nachdem die Informationen über den Beginn des Aufstandes in Berlin ihn erreichten, war ihm klar, auf welche Seite er sich stellen würde, stand er doch der stalinistischen Politik Ulbrichts kritisch gegenüber. Die Angriffe gegen seinen Vater hatten das nur noch verstärkt. Sein politischer Sachverstand gepaart mit einem Sinn für unbedingte Gerechtigkeit machten ihn zu einem der wichtigsten Wortführer und Verfechter der Forderungen der streikenden Arbeiter der Warnowwerft. Die Parteileitung des Betriebes erkannte seine Gefährlichkeit, da er nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Parteimitglied über einen großen Einfluss auf die gesamte Belegschaft verfügte. Nicht nur seine Verbindungen nach Berlin und Sachsen hoben ihn heraus, auch zur SED-Bezirksleitung Rostock hatte er einen direkten Kontakt, denn der 1. Sekretär Karl Mewis war sein Schwager, allerdings gab es zwischen ihnen erhebliche Differenzen.

Unter dem Vorwand, dass bei ihm faschistische Flugblätter gefunden worden seien und sein Vater unter dem Verdacht stehe, amerikanischer Agent zu sein, wurde er verhaftet und der Besatzungsmacht übergeben. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Begründung für die Verhaftung falsch war, erfolgte seine Freilassung. Am 31. August 1953 wurde auf Initiative der SED-Bezirksleitung ein Parteiausschlussverfahren in der Parteiorganisation der Warnowwerft geführt. In der Begründung für den Parteiausschluss heißt es: „Dahlem wurde als Provokateur und feindliches Element entlarvt.“ Darüber hinaus erfolgte auch der Ausschluss aus dem FDGB und seine fristlose Entlassung aus dem Betrieb.

Nach Berlin zurückgekehrt, gelingt es ihm nicht, hier eine berufliche Existenz zu finden. Er ist seelisch tief erschüttert und misstraut sogar seinen Eltern. Seine Ehe wird geschieden und seine Tochter gelangte in die Obhut seiner Eltern.

1954 verlässt er die DDR und geht nach Westberlin. Hier wird versucht, ihn gegen die SED-Politik zu benutzen. Er wird gebeten, im RIAS über seine Erfahrungen während der Ereignisse um den 17. Juni zu berichten und seinen Vater zu bewegen, ebenfalls die DDR zu verlassen. Beides lehnt er ab. Seine Mutter versuchte, nach Aufforderung durch Erich Mielke, ihn zu bewegen, in die DDR zurückzukehren. Er befürchtete aber eine erneute Verhaftung und beschließt statt dessen nach Hamburg zu ziehen und dort eine Tätigkeit als Hafendarbeiter zu beginnen. Dieser schweren körperlichen Arbeit war er jedoch nicht gewach-

sen. Er erkrankte und ging nach seiner Genesung nach Frankreich, findet aber auch hier nicht die erhoffte Ruhe. Er verdiente seinen Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeit. 1959 kehrte er mit Unterstützung französischer Freunde in die DDR zurück. Sein Vater war inzwischen rehabilitiert und verfügte über die Möglichkeit, seinem Sohn hilfreich zur Seite zu stehen.

Robert Dahlem erhielt seine VdN-Anerkennung zurück, wurde invalidisiert und lebte zunächst in Magdeburg und später wieder in Berlin. Er litt unter schweren Depressionen und Verfolgungswahn und wurde in einer psychiatrischen Klinik behandelt.

1970 stellte Franz Dahlem einen Antrag an die zentrale Parteikontrollkommission, seinen Sohn zu rehabilitieren in der Hoffnung, damit seinen Gesundheitszustand zu stabilisieren. Robert Dahlem wurde rehabilitiert mit der Begründung, dass sein schlechter Gesundheitszustand und nicht „bewusste Parteifeindlichkeit“ der Grund für sein parteifeindliches Verhalten 1953 war. Seine Parteimitgliedschaft sollte aber bis zu völligen Genesung ruhen. Hierzu kam es jedoch nicht. Am 30. März 1976 ist er in Berlin gestorben.

Literaturauswahl

17. Juni 1953 Arbeiteraufstand in der DDR. Herausgegeben von Ilse Splittmann und Karl Wilhelm Fricke. Edition Deutschland-Archiv. Köln 1988.

Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Köln 1990.

Stalins DDR – Berichte politisch Verfolgter, Leipzig 1992

Kathrin Möller, Wunder an der Warnow. Zum Aufbau der Warnow Belegschaft in Rostock-Warnemünde (1945 bis 1961), Bremen 1998

Die SED – Ein Handbuch, herausgegeben von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, Berlin 1997.

Michael F. Scholz, Bauernopfer der Deutschen Frage – Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997.

Herbert Wehner, Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften, Bonn 1986.

Jürgen Weber, Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994.

Der 17. Juni 1953 – Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums, Reihe Bautzen Forum Nr. 4, Leipzig 1993.

Ilse Splittmann, Der 17. Juni im Wandel der Legenden, Sonderdruck zur Einheit, Köln 1984.

Der Arbeiteraufstand in Halberstadt vom 17. - 19. Juni 1953, Zeitzeugenbericht eines Sozialdemokraten, Halberstadt 1990.

Dokumentenauswahl (Abschriften)

1. Befehl über die Verhängung des Ausnahmezustands in der Stadt und im Bezirk Rostock. In: BDVP Rostock 12/52.
2. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 19.06.1953 (Abschrift). In: Rat des Bezirkes Schwerin.
3. Fernschreiben über die teilweise Aufhebung des Ausnahmezustands. In: BDVP Rostock 12/52.
4. Anweisung an alle VPKA-Leiter zum Verhalten bei Widerstand. BDVP Rostock 12/52.
5. Rede des Abgeordneten ... auf der Sondersitzung des Bezirkstages vom 09. Juli 1953 (Auszug). Rat des Bezirkes Nr. 8.
6. Abschlussbericht über die "Aktion Rose" (Auszug). BDVP Rostock.
7. Information über einen Austritt aus der SED. BDVP Schwerin. 13/92.
8. Relegation von Schülern an Oberschulen im Bezirk Schwerin. BDVP

Dokument Nr. 1

Befehl über die Verhängung des Ausnahmezustands in der Stadt und im Bezirk Rostock (Abschrift)

B e f e h l Nr.1

des Militärkommandanten der Stadt und des Bezirkes Rostock vom 17.6.53

Für die deutsche Bevölkerung des Bezirkes und der Stadt Rostock erkläre ich den Ausnahmezustand. Ab heute, den 17. Juni 1953, 22 Uhr

1. Ich verbiete jegliche Kundgebungen, Versammlungen, Ansammlungen und Verstöße gegen die öffentliche Ordnung in der Stadt und im Bezirk Rostock.
2. Ab 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr morgens verbiete ich jeglichen Personen- und Transportverkehr für die deutsche Bevölkerung sowie die Offenhaltung aller Restaurants und öffentlichen Einrichtungen in der Stadt und im Bezirk Rostock.
3. Arbeiter, die wegen der Nachtarbeit die Straße betreten müssen, haben den Dienstausweis ihres Betriebes bei sich zu tragen.
4. Diejenigen, die gegen meinen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen zur Verantwortung gezogen.
5. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes hat durch die Vorsitzenden der Räte der Kreise und die Bürgermeister der Städte und Gemeinden diesen Befehl der Bevölkerung der Stadt und des Bezirkes Rostock bekannt zu machen.
6. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes und der Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei haben die Bekanntmachung des Befehls zu kontrollieren.
7. Den Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei beauftrage ich mit der Kontrolle der Durchführung dieses Befehls.

Militärkommandant

der Stadt und des Bezirkes Rostock

gez. Oberst Barinow

Dokument Nr. 2

Beschluss des Ministerrats der DDR vom 19.6.1953 (Abschrift)

Rat des Bezirkes Rostock

Rostock, den 24.6.1953

Vorsitzender

Beschluss des Ministerrats vom 19.6.1953

Kontrollen die seitens der Instruktoren der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden durchgeführt werden, haben ergeben, dass die örtlichen Organe der Staatsgewalt die Beschlüsse der Regierung vom 11.6.1953 nicht genügend konsequent und unbürokratisch durchführen. Der Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse wird nicht die genügende Beachtung geschenkt. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die Anleitung durch die zentralen Dienststellen der Regierung nicht im erforderlichen Maße erfolgt, um unmittelbar auftauchende Schwierigkeiten zu beheben. Die Räte der Bezirke haben die Bedeutung einer schnellen und unbürokratischen Durchführung der Beschlüsse der Regierung unterschätzt und deshalb nicht mit genügend Ernst ihre Durchführung organisiert.

Deshalb werden die Vorsitzenden der Räte der Bezirke angewiesen:

1. Die Abgeordneten der Volksvertretungen, insbesondere der Bezirks- und Kreistage sind sofort über die Beschlüsse der Regierung aufzuklären, damit sie in die Lage versetzt werden, in den Dörfern und Wohnbezirken den Werktätigen die Maßnahmen der Regierung zu erläutern.

Die Vorsitzenden der Räte der Kreise und die Bürgermeister der Städte und Gemeinden sind ernsthaft darauf hinzuweisen, dass sie sich bei der Durchführung der Beschlüsse auf die Ständigen Kommissionen und Ausschüsse stützen müssen. Sie sind daher anzuweisen, alle Hinweise und Vorschläge der Kommissionen und Ausschüsse sofort zu beachten und auszuwerten.

2. In den ländlichen Bezirken muss die Vorbereitung zur Durchführung der Ernte im Vordergrund stehen. Hierzu ist die gesamte Bevölkerung auf dem Lande und in der Stadt zu mobilisieren. Der Tag der Bereitschaft am 20. und 21.6.1953 ist unter Berücksichtigung der Bedingungen der derzeitigen Lage durchzuführen. Auf der Grundlage des Ergebnisses des Tages der Bereitschaft sind entschiedene Maßnahmen zur unbedingten Sicherung der verlustarmen Einbringung der Ernte zu treffen.
3. Zum Schutze unserer Betriebe - VEB, MTS, LPG usw. - müssen die Arbeiter, Angehörige der Intelligenz, werktätige Bauern und Genossenschaftsbau-

- ern in Verbindung mit den zuständigen Organen der Volkspolizei mobilisiert werden.
4. Die Räte der Bezirke und Kreise haben, soweit das noch nicht erfolgt ist, Instrukteurgruppen zu bilden. Die Mitarbeiter der Instrukteurgruppen sind so zu schulen, dass sie in der Lage sind, die Kontrolle der Beschlüsse zu gewährleisten und Missstände an Ort und Stelle zu beseitigen. Sie sind in Schwerpunktgebiete zu entsenden.
 5. Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke werden angewiesen, sofort beim Rat des Bezirkes und bei den Räten der Kreise Auskunftsstellen einzurichten, die ständig mit mindestens einen qualifizierten Mitarbeiter und einer technischen Kraft besetzt sein müssen, um schnell und unbürokratisch Anträge und Anfragen der Bevölkerung, die im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Regierung stehen, zu erledigen bzw. für die Erledigung zu sorgen.
 6. Es ist sofort festzustellen, welche Dokumente innerhalb der örtlichen Organe der Staatsgewalt abhanden gekommen sind bzw. vernichtet wurden. Die für das Abhandenkommen und Vernichten verantwortlichen Personen müssen festgestellt und zu Verantwortung gezogen werden. Es sind Maßnahmen zu treffen zur Verstärkung der Sicherung der Dokumente und Arbeitsmaterialien in allen örtlichen Organen.
 7. In allen örtlichen Organen der Staatsgewalt ist sofort ein ständiger Bereitschaftsdienst zu organisieren. Über die Durchführung der Beschlüsse der Regierung muss eine laufende Berichterstattung von Bürgermeistern an die Räte der Kreise, von den Räten der Kreise an die Räte der Bezirke und von den Räten der Bezirke an die Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe erfolgen, die einen genauen Überblick über den Stand der Durchführung der Beschlüsse vermittelt. Diese Maßnahme ist bis auf Widerruf beizubehalten. Der Presse sind laufend Beispiele zu Verfügung zu stellen, die die ständig wachsende Festigung des Vertrauens der Bevölkerung gegenüber der Regierung zum Ausdruck bringen. Ferner Material über Durchführung der Beschlüsse des Ministerrates mit konkreten Beispielen.
 8. Es hat sich gezeigt, dass einige Mitarbeiter der örtlichen Organe der Staatsgewalt offen und versteckt mit den Feinden zusammenarbeiten. Es ist notwendig diese Elemente festzustellen und den Sicherheitsorganen zu übergeben.

Der Ministerpräsident

gez. Otto Grotewohl

F.d.R.

Unterschrift

Dokument Nr. 3

Fernschreiben über die teilweise Aufhebung des Ausnahmezustands

Fernschreiben: B l i t z

Rostock, den 19. Juni 1953

An alle VPKA-Leiter des Bezirkes Rostock.

Betrifft: Befehl Nr. 1 des Militärkommandanten des Bezirkes Rostock.

Bezug: Ohne.

1. Ab 20. Juni 53 ist der Personen- und Transportverkehr ab 04.00 Uhr erlaubt.
2. Es ist auch erlaubt, dass die Bauern auf Märkten verkaufen.
3. In den Kirchen sind Taufgottesdienste erlaubt. Entsprechend dieser Lockerung ist die Wachsamkeit zu verstärken.

Stellv. Chef der BDVP Rostock

(W.)

VP.-Inspekteur

Dokument Nr. 4

Anweisung an alle VPKA-Leiter zum Verhalten bei Widerstand

Fernschreiben: B l i t z

Rostock, den 18. Juni 1953

An alle VPKA-Leiter und VPA (B) Leiter des Bezirkes Rostock.

Ich weise nochmals darauf hin, wenn Anzeichen vorhanden sind, eine Demonstration zu organisieren, ist jeglicher Widerstand rücksichtslos zu brechen. Provokateure oder sonstige Personen, die versuchen sollten, dennoch eine Demonstration zu organisieren, laufen Gefahr, erschossen zu werden.

Weiterhin ist zu veranlassen in Verbindung mit dem Kommandanten der sowjetischen Truppen, Verhaftungen vorzunehmen der Rädelsführer bzw. Provokateure, die ständig versuchen, Demonstrationen zu organisieren.

Ich bitte, dieses FS auch der Partei bekannt zu geben.

Chef der BDVP Rostock

(L.)

Chefinspekteur

Dokument Nr. 5

Rede des Abgeordneten ... auf der Sondersitzung des Bezirkstages Schwerin vom 9. Juli 1953 (Auszug)

Verehrte Abgeordnete des Bezirkstages Schwerin!

Die heutige Sitzung des Bezirkstages Schwerin hat außerordentlich große Bedeutung. Diese Bedeutung liegt darin, dass in der Deutschen Demokratischen Republik nach der Zerschlagung der faschistischen Provokation am 17. Juni die Etappe der Festigung und Stärkung unserer Republik begonnen hat.

Der neue Kurs, den die Partei der Arbeiterklasse und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eingeschlagen haben, wird zur schnelleren Hebung des Lebensstandards der breiten Massen sowie der Herstellung der Einheit Deutschlands und zu Erhaltung des Friedens erheblich beitragen.

Es wird heute darauf ankommen, dass die Abgeordneten des Bezirkstages und die führenden Funktionäre des Staatsapparates des Bezirkes ernst darüber beraten, wie der neue Kurs der Politik der Regierung im Bezirk Schwerin schnell und unbürokratisch verwirklicht werden kann.

Wie ist die gegenwärtige Lage in der Deutschen Demokratischen Republik und besonders in unserem Bezirk Schwerin?

Der Tag X. von dem seit einigen Jahren die in- und ausländischen Kriegstreiber gefaselt haben, ist vorbei. Am 17. Juni sind faschistische Rowdys zu Tausenden in den demokratischen Sektor von Berlin eingedrungen. Sie nutzten die Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung aus, die infolge einiger fehlerhafter Maßnahmen entstand. Sie steckten HO-Kioske in Brand, verbrannten Autos und versuchten, faschistische Kriegsverbrecher aus den Gefängnissen zu holen. Unsere Arbeiter und die übergroße Mehrheit der Werktätigen erkannten sehr schnell, dass diese sinnlosen Zerstörungen, die von faschistischen Rowdys angefangen wurden, nichts mit dem Willen der ehrlich arbeitenden Menschen in unserer Republik zu tun hatten.

Deshalb setzten sich breite Teile der Bevölkerung entschlossen gegen die faschistischen Provokateure zur Wehr und kämpften heldenhaft um die Erhaltung ihrer Betriebe, die sie seit 1945 in harter Arbeit aufgebaut hatten.

Unsere Volkspolizei verteidigte heroisch die Interessen der friedliebenden Bevölkerung unserer Republik. - Die Sowjetunion lieferte einen erneuten Beweis der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion und half entscheidend, den faschistischen Spuk innerhalb 24 Stunden hinwegzufegen. So endete die Provokation mit einem vernichtenden Schlag für ihre Urheber und in der Deutschen Demokratischen Republik herrscht wieder Ruhe und Ordnung...

Dokument Nr. 6

Abschlussbericht über die "Aktion Rose" (Auszug)

Bezirksbehörde der Volkspolizei

R o s t o c k

Einsatzleitung "Rose"

A b s c h l u s s b e r i c h t

- I. In der Zeit vom 10.2. bis 1.3.1953 fand im Küstengebiet der Deutschen Demokratischen Republik eine Überprüfung von Hotels und Pensionen einschl. der Taxiunternehmen auf der Insel Rügen statt.
Es bestand der begründete Verdacht, dass im Ostseegebiet der Deutschen Demokratischen Republik durch die Besitzer von Hotels und Pensionen laufend gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen wird und diese Kreise eine Basis für Spionage und Agententätigkeit bilden. Das Ziel der Aktion war es, sämtliche Hotels und Pensionen in dieser Hinsicht zu überprüfen und den bestehenden Gefahrenherd zu beseitigen.
- II. Die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei beauftragte die Volkspolizei-Schule für Kriminalistik Arnsdorf mit der Durchführung dieser Aktion.
Am 2.1.1953 fand mit den Vertretern der Hauptverwaltung, den Vertretern der Volkspolizei-Schule für Kriminalistik, des Vertreters der Generalstaatsanwaltschaft und der Leitung der Abteilung K der BDVP Rostock die erste vorbereitende Sitzung statt.
Das gesamte Küstengebiet wurde für den taktischen Einsatz in folgende Abschnitte unterteilt:
 1. Abschnitt Bergen
 2. Abschnitt Putbus, Rügen
 3. Abschnitt Wolgast
 4. Abschnitt Ribnitz-Damgarten
 5. Abschnitt Bad-Doberan
 6. Abschnitt Wismar(Die Insel Hiddensee sollte ausgenommen werden.)

Dokument Nr. 7

Information über einen Austritt aus der SED

Volkspolizeikreisamt Gadebusch

Gadebusch, den 15.4.1953

Abteilung PM Referat PM 2

An die

Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei

Abteilung PM Referat PM 2

S c h w e r i n/Meckl.

Betr.: Informationsbericht

Bezug: dortige Anordnung

Der Schulleiter A. hat den Antrag gestellt, aus der SED auszutreten. Er begründet seinen Austritt wie folgt:

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass der Materialismus nicht vollkommen ist. Der Mensch muss etwas haben, wofür er sich einsetzt und es sich lohnt zu leben. Ich bin im Laufe des 2. Weltkrieges zu der Meinung gekommen, dass das Christentum etwas besonderes ist und der Mensch diesen Glauben braucht. Ich habe selber erlebt, wie Menschen, die im Todesbett zu Gott beten. Trotz ihrer Schmerzen aber lächeln. Wenn ich die Geschichte betrachte, so muss ich feststellen, dass zu allen Zeiten an den Dingen gedreht wurde, um sie parteilich zu machen. Idealismus ist nicht Christentum. Er ist meiner Meinung nach die Lehre von Christus. Wenn auch die Russen sagen, dass er nie gelebt hat, so gibt es doch Beweise, dass er lebte. Mit dem Marxismus kommt man nicht an alle Dinge heran z. B. die Weltbildung, die Umbildung vom Affen zum Menschen.

Die Kreisleitung der SED und das Amt für Volksbildung ist über diese Dinge informiert. A. wurde aus der Partei ausgeschlossen, ist aber immer noch Schulleiter in R. Nach genauen Erkundigungen macht es Schwierigkeiten, ihn als Schulleiter abzulösen, da er bei den Einwohnern und bei den Schülern sehr beliebt ist. Es ist meine Meinung, dass man hier nicht versöhnlerisch handeln darf, indem man ihm noch Zeit gibt, unsere Jugend ideologisch in einer falschen Richtung zu erziehen.

(L.)

VP-Hwm.

Dokument Nr. 8

Relegation von Schülern an Oberschulen im Bezirk Schwerin.

SSD

Schwerin, den 27.3.1953

BDVP Schwerin, Abt. PM

An alle VPKA-Leiter außer VPKA Sternberg

Entfernung von reaktionären Elementen von den Oberschulen.

Rücksprache mit der Bezirksleitung der SED.

In der Zeit vom 27.3. - 2.4.1953 werden alle reaktionären Schüler der kirchlichen Jugendorganisationen in den Versammlungen der Oberschulen entlarvt und von den Schulen verwiesen. In den Versammlungen wird besonders gegen die feindliche Tätigkeit der "Jungen Gemeinde" Stellung genommen.

Es ist damit zu rechnen, dass seitens der Kirche gegen diese Aktion Stellung genommen wird. Aus diesem Grunde sind in der Zeit vom 28.3. - 2.4.1953 alle Kulturhandlungen der ev. und kath. Kirche zu überwachen.

Zu diesem Zweck hat der PM-Leiter mit dem verantwortlichen Funktionär der Kreisleitung der SED für Agitation und Propaganda in Verbindung zu treten. Diesem Genossen ist mitzuteilen, dass er sich auf Anordnung des Genossen B. von der Bezirksleitung der SED sofort mit der Abteilung Staatliche Organe in Verbindung zu setzen hat, um die erforderliche Anzahl der ehrenamtlichen Kräfte, die für die Überwachung der Kirchen notwendig sind, zu beschaffen.

Die Verantwortung für die Durchführung der Aktion trägt der Genosse der Abteilung Agitation und Propaganda der Kreisleitung der SED. Dieser Genosse ist verpflichtet, die Lageberichte telefonisch auf den Direktapparat des Sekretariats der Bezirksleitung der SED täglich durchzugeben.

Die Abt. PM hat die Versammlungen zu sichern und nur besondere Vorkommnisse der BDVP, Abt. PM zu melden. Der Abschlussbericht ist zum 7.4.1953 einzureichen.

Um eine Republikflucht der von der Schule gewiesenen Schüler zu verhindern, ist der DPA einzuziehen und dafür ein Formblatt PM 12 bis zum 13.4.1953 befristet auszustellen.

Terminplan der Schülerversammlungen:

27. - 28.3.1953	30. - 31.3.1953	31.3. - 1.4.1953
Güstrow	Wittenberge	Wilsnack
Parchim	Schwerin	Schwerin
Perleberg	Ludwigslust	Wittenburg
Schwerin	Boizenburg	Dömitz
	Gadebusch	Bützow
	Lübz	Hagenow

Stellv. Allgemein der BDVP Schwerin

(M)

VP-Inspekteur

Orts- und Personenregister

Orte

- Bad-Doberan..... 80
Bautzen.....8, 72
Bergen..... 80
Berlin... 4, 6, 7, 14, 22, 29, 36, 39, 40,
41, 42, 43, 44, 47, 53, 54, 57, 58,
61, 68, 70, 71, 72, 79
Blumenhagen..... 55
Boizenburg..... 52, 83
Bonn..... 12, 15, 72
Bützow..... 83
Döhlen..... 70
Dömitz..... 83
Gadebusch 81, 83
Grabow..... 49, 50, 68
Greifswald.13, 17, 23, 25, 30, 31, 32,
34, 35, 39, 40, 42, 44, 46, 47, 56,
59, 86
Groß-Dölln..... 53, 54, 55
Güstrow..... 14, 25, 49, 51, 68, 83
Hagenow 22, 83
Halberstadt..... 72
Hamburg 12, 71
Köln 39, 68, 72
Leipzig 7, 36, 39, 72
Lübz 83
Ludwigslust 22, 49, 50, 52, 53, 68, 83
Magdeburg 7, 36, 39, 71
Malchin 55
Moskau 34, 38, 69
Muchow..... 53
Neubrandenburg..... 7, 20, 22, 28, 34,
36, 37, 47, 53, 54, 55, 56, 58
Parchim..... 19, 52, 83
Paris..... 69
Perleberg..... 83
Prag 69
Putbus 80
Ribnitz-Damgarten..... 80
Rostock...4, 7, 12, 13, 14, 16, 18, 20,
22, 23, 25, 28, 30, 31, 32, 34, 35,
36, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45,
46, 47, 48, 53, 56, 58, 59, 60, 61,
62, 63, 68, 71, 73, 74, 75, 77, 78,
80
Schwerin 5, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 17,
18, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 28, 30,
34, 36, 37, 47, 49, 50, 52, 53, 54,
58, 59, 60, 61, 62, 64, 70, 73, 78,
79, 82, 83, 86
Stralsund .4, 7, 14, 18, 39, 44, 45, 46,
59
Templin..... 53, 54
Teterow..... 53, 54, 55
Ueckermünde..... 53
Warnemünde7, 18, 41, 45, 47, 68, 70
Wilsnack..... 83
Wismar.... 4, 7, 12, 14, 18, 39, 45, 46,
61, 80
Wittenberge..... 49, 52, 83
Wittenburg 52, 83
Wolgast 7, 80

Personen

- Ackermann, Anton 62
Adenauer, Konrad 61, 62
Barinow..... 74
Bernitt, Hartwig..... 34
Bierholz, Karl..... 51
Bolsmann, Egon..... 50
Bolsmann, Gustav..... 50
Brinkmann, Robert..... 12
Brunner, Detlev 17
Bürgel, Gerhard..... 41
Bürger, Kurt..... 16
Dahlem, Franz..... 41, 70, 71
Dahlem, Robert.... 41, 42, 47, 68, 69,
70, 71
Dähn, Emil..... 51
Dähn, Horst..... 26
Dame, Günter..... 46
Dehn, Wilhelm 50
Esch, Arno 7, 34
Fank, Max..... 7, 14
Fricke, Karl Wilhelm 39, 72

Gerlach, Alfred	34	Ollenhauer, Erich	61
Glückauf, Erich	12	Pohlmeier, Heinz	12
Gohlbeck	40	Quandt, Bernhard.....	13, 25, 59
Grambow, Karl-Heinz	50	Scholz, Michael F.	72
Grieg, Willi	41	Schulz, Albert.....	7, 12, 14, 59, 87
Grotewohl, Otto.....	41, 57, 76	Schwabe, Klaus	10, 11, 25, 86, 87
Grünberg, Gottfried	13	Schwarze, Heinrich	26
Gurjew, G. A.....	29	Semjonow	30
Havemann, Robert.....	56	Slansky, Rudolf	41, 61
Hengst, Adalbert	43, 62	Sparing, Michael.....	17, 25
Herbst, Andreas.....	72	Splittmann, Ilse	39, 72
Herrnstadt, Rudolf.....	62	Starosson, Alfred	14
Höcker, Wilhelm	12, 13	Stephan, Gerd-Rüdiger.....	72
Honecker, Erich	70	Strobel, Dietrich.....	46
Jacoby, Günther	32	Theek, Bruno.....	26, 28
Jeschke.....	33	Timm, Gottfried	5
Jesse, Willi.....	7, 12	Tito, Josip.....	27
Jüchen, Aurel von	26, 28	Ulbricht, Walter 9, 16, 21, 22, 40, 43,	44, 60, 62, 63
Kleinschmidt, Karl.....	26	Vieweg, Kurt	72
Köpke, Horst	34	Voss.....	51
Kuntsche, Siegfried.....	18, 20, 21	Warnke, Johannes.....	13
Liebknecht, Karl.....	69	Weber, Jürgen.....	72
Londe, Erich	30	Wehner, Herbert.....	72
Makarow	46	Weinberger, Bernd	43
Malycha, Andreas	12	Wiese, Friedrich-Franz	34
Matern, Hermann.....	70	Wiesner, Erich.....	16
Mehl, Otto	34	Winkler, Jürgen	72
Mewis, Karl 16, 32, 43, 59, 62, 70, 71		Wördel, Rudolf	49
Mielke, Erich.....	71	Xaver, Karl.....	12
Möller, Kathrin	10, 41, 43, 47, 87	Zaisser, Wilhelm	62
Moltmann, Carl.....	12	Ziemer, Helmut	41
Moritz, Karl.....	14		
Niekisch, Ernst	30		

Der Autor

Klaus Schwabe, geb. am 10. Dezember 1944 in Danzig, Studium der Philosophie, Pädagogik und Psychologie von 1968 bis 1973 an der Universität Greifswald, Promotion 1979 zum Dr. phil. in Greifswald. Seit dem Ausschluss aus der SED 1986 und dem Verbot, seine Tätigkeit in der URANIA weiter auszuüben, arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landeshauptarchiv Schwerin.

Veröffentlichungen (Auswahl):

Entnazifizierung in Mecklenburg und Vorpommern 1947 bis 1949 (1992)

Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern (1992)

Verfassungen in Mecklenburg zwischen Utopie und Wirklichkeit (1992)

Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern (1993)

Zwischen Krone und Hakenkreuz. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag 1919 - 1932 (1994)

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1946 (1996)

Arroganz der Macht - Herrschaftsgeschichte von KPD und SPD in Mecklenburg und Vorpommern 1945 - 1952 (1997)

Ende einer Illusion (1999).

In der Reihe „*Geschichte Mecklenburg-Vorpommern*“ sind bislang folgende Publikationen erschienen (kostenlose Bestellungen über das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung sind möglich):

1. Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1945 - 1949. Anmerkungen zur Geschichte einer Region
(Klaus Schwabe)
2. Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern
(Klaus Schwabe)
3. Verfassungen in Mecklenburg zwischen Utopie und Wirklichkeit
(Klaus Schwabe)
4. Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern
(Klaus Schwabe)
5. Mecklenburg-Vorpommern - Land am Rand für immer?
(Büschel/Fronius/Gurgsdies/Pfüller/Witt) (vergriffen)
6. Spuren jüdischen Lebens in Mecklenburg
(Heinz Hirsch)
7. Albert Schulz - Ein Leben für soziale Gerechtigkeit und Freiheit
(Klaus Schwabe)
8. Juden in Vorpommern
(Wolfgang Wilhelmus)
9. Wurzeln, Traditionen und Identität der Sozialdemokratie in Mecklenburg und Vorpommern
(Klaus Schwabe u.a.)
10. Beiträge zur Geschichte der Industrialisierung in Mecklenburg und Vorpommern
(Kathrin Möller u.a.)
11. Rüstung und Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Mecklenburg-Vorpommern
(Martin Albrecht u.a.)
12. Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern
(Hans Coppi, Kyra T. Inachin u.a.)
13. Technikgeschichte kontrovers: Zur Geschichte des Fliegens und des Flugzeugbaus in Mecklenburg-Vorpommern
(Martin Albrecht u.a.)